

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Jemen

Maali Jamil
JEMEN – HIN UND ZURÜCK

Marieke Brandt
KLEINE GESCHICHTE
DES JEMEN

Marie-Christine Heinze
EINE EINFÜHRUNG
IN DEN JEMEN-KONFLIKT

Rafat Al-Akhali
WIRTSCHAFTLICHE
AUSWIRKUNGEN
DES KONFLIKTS IM JEMEN

Guido Steinberg
DER JEMEN
ZWISCHEN IRAN
UND SAUDI-ARABIEN

Mareike Transfeld
ANSATZPUNKTE FÜR EINEN
NACHHALTIGEN FRIEDEN
IM JEMEN

Alex de Waal · Bridget Conley
HUNGER
ALS KRIEGSWAFFE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Jemen

APuZ 1-3/2020

MAALI JAMIL

JEMEN – HIN UND ZURÜCK

Wenn ich erzähle, dass ich Jemenitin bin, brauchen die meisten Leute erst einmal eine Minute, um mein Herkunftsland auf ihrer inneren Landkarte zu verorten. Ehe ich als 15-Jährige 2005 mit meinen Eltern wieder nach Sanaa zog, wusste auch ich nicht allzu viel über den Jemen.

Seite 04–07

MARIEKE BRANDT

KLEINE GESCHICHTE DES JEMEN

Die jemenitische Geschichte zeigt, dass es keine einheitliche Vergangenheit des lange in kleinere Reiche und Einflussphären zersplitterten Landes gibt. Auch die heute vielbeschworene nationale Einheit des Jemen ist eine junge Erscheinung mit geringer geschichtlicher Substanz.

Seite 09–17

MARIE-CHRISTINE HEINZE

EINE EINFÜHRUNG IN DEN JEMEN-KONFLIKT

Der Konflikt im Jemen ist ein Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung, der aufgrund seiner Komplexität nur schwer zu lösen ist. Seine Wurzeln liegen in der jüngeren Geschichte des Landes und vor allem im nach den Protesten 2011 gescheiterten Transitionsprozess.

Seite 18–25

RAFAT AL-AKHALI

WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DES KONFLIKTS IM JEMEN

Bereits vor Ausbruch des aktuellen Krieges im Jemen 2015 litt das Land unter Instabilität, einer entsprechend schwachen Wirtschaft und verbreiteter Armut. Nach fünf Jahren bewaffneten Konflikts im Land ist die jemenitische Wirtschaft fast komplett zusammengebrochen.

Seite 26–33

GUIDO STEINBERG

DER JEMEN ZWISCHEN IRAN UND SAUDI-ARABIEN

Der Krieg im Jemen ist auch ein Konflikt zwischen den Regionalmächten Saudi-Arabien und Iran. Riad intervenierte 2015, um ein Erstarken der schiitischen Huthi-Rebellen zu verhindern. Iran baute gleichzeitig seine militärische Hilfe an die Aufständischen aus.

Seite 34–40

MAREIKE TRANSFELD

ANSATZPUNKTE FÜR EINEN NACHHALTIGEN FRIEDEN IM JEMEN

Auch ohne eine politische Lösung des Konflikts im Jemen gibt es viele Punkte, an denen bereits jetzt angesetzt werden kann, um das Leben der Zivilbevölkerung auf der lokalen Ebene zu verbessern und dazu beizutragen, Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Seite 41–46

ALEX DE WAAL · BRIDGET CONLEY

HUNGER ALS KRIEGSWAFFE

In der Geschichte moderner Kriegsführung hat Aushungerung viele Zwecke erfüllt und sich als mächtige und oft tödliche Waffe erwiesen. Einige Hungerverbrechen sind klar umrissen, bei anderen wirken ökonomische und Umweltfaktoren neben politischen Entscheidungen.

Seite 47–52

EDITORIAL

Auch im Jemen hatte der „Arabische Frühling“ zunächst Hoffnungen geweckt. Nachdem der seit über drei Jahrzehnten regierende Präsident Ali Abdullah Salih 2011 infolge von Massenprotesten zurückgetreten war, leitete die Übergangsregierung einen gesellschaftlichen Dialogprozess ein, dessen Ziel unter anderem eine neue Verfassung war. Jene Akteure, die wieder einen eigenen südjemenitischen Staat anstreben, zogen sich jedoch frühzeitig aus den Beratungen zurück. 2014 kehrten auch die schiitischen Huthis, die sich in den 2000er Jahren einen Guerillakrieg mit den Truppen des Regimes geliefert hatten, dem Prozess den Rücken und gingen, nun im Verbund mit dem gestürzten Präsidenten Salih, militärisch in die Offensive. Bis September brachten sie den Nordwesten des Landes unter ihre Kontrolle und nahmen die Hauptstadt Sanaa ein, wenig später rückten sie weiter in Richtung der südlichen Hafenstadt Aden vor.

Anfang 2015 griff Saudi-Arabien an der Spitze einer Militärkoalition in den Konflikt ein, um die international anerkannte Regierung und Präsident Abd Rabbuh Mansur Hadi gegen die Huthis zu unterstützen, die ihrerseits Waffenlieferungen aus Iran erhielten. Seitdem herrscht im Jemen ein Krieg, dessen Folgen die Vereinten Nationen als die derzeit größte humanitäre Katastrophe weltweit einstufen: Nach UN-Schätzungen sind fast eine Viertelmillion Menschen durch Waffengewalt oder infolge von Mangelernährung, Krankheit und fehlender medizinischer Versorgung ums Leben gekommen. Fast die Hälfte der Bevölkerung, rund 14 Millionen Menschen, ist von Hunger bedroht.

In der westlichen Öffentlichkeit ist der Krieg im bereits zuvor von Instabilität geprägten „Armenhaus der arabischen Welt“ weniger präsent als etwa jener in Syrien. Dabei reichen die Verbindungen insbesondere US-amerikanischer, britischer, französischer und deutscher Unternehmen über Waffenhandelsverträge mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten auch bis in den Jemen. Derzeit prüft der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, ob Rüstungskonzerne und Regierungen sich durch die Lieferung von Waffen beziehungsweise deren Genehmigung der Beihilfe zu Kriegsverbrechen schuldig machen.

Anne-Sophie Friedel

ESSAY

JEMEN – HIN UND ZURÜCK

Maali Jamil

Der Jemen ist die Wiege eine der ältesten Zivilisationen der Welt. Seine reiche und vielfältige Geschichte ist in unser Essen, unsere Musik, unsere Kleidung und Traditionen eingeschrieben, die sich von Region zu Region und von Stadt zu Stadt unterscheiden können – von meinen geliebten Meeresfrüchten in roter Sauce in Aden bis zu den warmen, luftig gebackenen und mit Honig beträufelten Süßigkeiten von Sanaa; von den hellen Blau-, Grün- und Goldtönen der traditionellen Kleider von al-Hudaidah bis zu den kräftigen, erdigen Farben der Trachten von al-Mahra. Jemen ist ein Wandteppich mit einem nicht enden wollenden kulturellen Panorama, gewoben von der Zeit, der Migration und der Geschichte, mit Bildelementen aus Indien, der Türkei und Äthiopien, die in unserem Alltag immer und überall wiederzufinden sind.

Wenn ich den Menschen erzähle, dass ich Jemenitin bin, brauchen sie häufig erst einmal eine Minute, um mein Herkunftsland auf ihrer inneren Landkarte zu verorten oder sich zu erinnern, mit welcher herzerreißenden Schlagzeile sie den Namen dieses Staates aufgeschnappt haben. Der Jemen, wie wir ihn aus den Nachrichten kennen, ist beherrscht von Bildern des Grauens: Krieg, Zerstörung, humanitäre Krisen, Gesundheitskrisen. Vor dem Krieg ging es in Nachrichten aus dem Jemen vor allem um Themen, die mit Terrorismus zu tun hatten, wie zum Beispiel Drohnenangriffe, bei denen unschuldige Zivilisten getötet wurden. Die meisten Menschen sehen den Jemen durch diese Brille und sind sich der Existenz dieses Landes überhaupt erst seit Kurzem bewusst.

UNBEKANNTE
HEIMAT

Ehe ich als 15-Jährige 2005 mit meinen Eltern wieder nach Sanaa zog, wusste auch ich nicht allzu viel über den Jemen, auch wenn ich mich einigermaßen in der südarabischen Umgangsspra-

che meiner Mutter verständigen konnte und die traditionellen Gerichte meiner beiden Eltern aß. Ich spielte mit Kindern, die wie ich den Jemen vor allem aus den Erzählungen ihrer Eltern kannten, aus den Traditionen und Fotoalben mit Bildern von einem Land, das sie einst verlassen hatten und von dem sie dachten, dass sie es bei ihrer Rückkehr unverändert vorfinden würden. Wenn wir zusahen, wie unsere Mütter und Großmütter zu der traditionellen jemenitischen Musik tanzten, warteten wir geduldig, bis ein westliches Lied lief und es an ihnen war, sich hinzusetzen und uns beim Tanzen zuzuschauen. Ich wusste eigentlich gar nicht genau, was der Jemen überhaupt war oder was ich zu erwarten hatte, als ich zum ersten Mal in Sanaa landete.

Da war dieser altmodische Flughafen und dann die flauschigen Sitzbezüge in dem Auto, in dem mich ein Cousin abholte, den ich vorher noch nie getroffen hatte, und all die Bilder und Geräusche der noch fremden Stadt, in der ich die nächsten zehn Jahre leben sollte. Auf der Fahrt durch die verschlungenen Straßen der Hauptstadt hörte ich vom Rücksitz aus die Unterhaltung zwischen meinem Vater und seinem Neffen mit, die bei diesem Wiedersehen einen Dialekt sprachen, mit dem ich nicht sehr vertraut war, da mein Vater uns gegenüber bisher immer den Dialekt meiner Mutter verwendet hatte. Beim Blick aus dem Fenster bemerkte ich bereits ein Hauptelement des ortsüblichen Personenkults: Die ganze Stadt war mit dem Bild des Präsidenten gepflastert. Die Märkte liefen über vor Autos, Menschen und Verkäufern, die mit ihrem in Endlosschleife wiederholten Geschrei um Aufmerksamkeit für ihr Obst oder Gemüse der Saison warben. Die Männer trugen Kleidung, die ich von Festen und Bildern kannte, aber als Alltagskluft sehr merkwürdig fand. Die Frauen waren von Kopf bis Fuß bedeckt, und ich kam mir ohne Kopftuch irgendwie fehl am Platz vor.

Wir erreichten das Haus meines kürzlich verstorbenen Onkels und wurden mit der Gast-

freundschaft und Wärme empfangen, die ich von Jemeniten kannte und erwartete. Einige meiner Verwandten hatte ich vorher noch nie gesehen. Es gab sogar ein paar, von denen ich überhaupt nichts wusste, nicht einmal die Vornamen. Ein paar Cousinen, die ungefähr so alt waren wie ich, sprachen Englisch mit mir – was für eine Erleichterung! Ich konnte mich also ins Englische flüchten, wenn mein Arabisch mich im Stich ließ, was unvermeidbar war und in der ersten Zeit sehr häufig passieren sollte.

Zum Mittagessen setzten wir uns um verschiedene bunte Schüsseln und Teller herum. Die Frauen aßen gemeinsam im einen Raum, die Männer im anderen. Es gab im Haus männliche und weibliche Bereiche. Die Männer, die nicht zur unmittelbaren Verwandtschaft gehörten, gingen bei ihrer Ankunft direkt in den Gästetrakt des Hauses, während die Frauen in den anderen Teil geleitet wurden. Nach und nach lernte ich, zu welchen männlichen Verwandten ich je nach Alter und Verwandtschaftsgrad Kontakt haben konnte. Diese Familientreffen folgten einem eigenen Rhythmus, und alle wussten, wo sie sich aufhalten durften und wo nicht. Das Essen fand stets reibungslos seinen Weg von der Frauenseite hinüber zu den Männern. Ein Mann, der einen Grund hatte, den für Frauen reservierten Trakt des Hauses zu betreten, hüstelte höflich oder sagte etwas, um sein Eintreten anzukündigen. Die Frauen wiederum klopfen an die Türen des Männertraktes, um zu signalisieren, dass sie eine Schüssel mit Essen davor abstellen würden. Es war nicht schwer für mich, das alles zu übernehmen, denn dieser Umgang mit Gästen war in den meisten Haushalten ganz ähnlich. Nach kurzer Zeit hatten meine Brüder und ich uns angepasst.

STARKE GEMEINSCHAFT

Wir lernten zu schätzen, wie gemeinschaftsorientiert der Jemen war, denn starke staatliche Institutionen oder funktionierende öffentliche Dienstleistungen gab es nicht. Daher taten die Leute sich automatisch im Kleinen zusammen, um ihre Probleme zu lösen. Im Jemen leben gut 30 Millionen Menschen. 70 Prozent von ihnen wohnen auf dem Land, in Gegenden ohne verlässliche Wasser- und Stromversorgung und mit schlechten Straßen. Die Ineffizienz der Regierung gleichen sie indessen mit eigenen, lokalen Lösungen aus –

manchmal mit finanzieller Hilfe von Verwandten aus dem Ausland, manchmal aber auch auf eigene Faust. Wir fuhren einmal zu einem Ort nicht weit vom Dorf meines Vaters, wo wir tagelang ohne Stromanschluss lebten. Aber vor dem Sonnenuntergang starteten die Bewohner eines der wohlhabenderen Haushalte ihren Generator. Die Nachbarn durften dann gegen eine geringe Gebühr den Strom mitnutzen.

Solche Systeme gibt es auch in größerem Maßstab. Wer im Jemen Post verschicken möchte, gibt seine Sendung jemandem, der in den Überlandbus steigt und diese dann gegen etwas Geld zum Empfänger befördert. Der entrichtet einen zweiten Betrag, um schließlich seine Post zu erhalten. Es ist bestimmt auch schon einmal etwas verloren gegangen, aber nach unserer Erfahrung ist die Mitwirkung bei dieser Art der Postbeförderung eine Frage der Ehre: In unserem Fall hat dieses System immer funktioniert – und war zuverlässiger als der ohnehin kaum vorhandene formelle Postdienst.

Das Leben in den Dörfern folgt naturgemäß einem anderen Rhythmus als jenes in den Städten. Das erste Dorf, das ich besuchte, war recht klein – es bestand aus vielleicht sieben oder acht Haushalten, in denen mehrere Generationen unter einem Dach lebten. Die Häuser waren jeweils durch ein Stück Land voneinander getrennt. Als ich einmal mit einer Verwandten vor dem Haus unserer Gastgeber stand, nannte sie mir die Namen der Familien, die in den benachbarten Häusern wohnten, und erzählte mir, wer auf der Hochzeit erwartet wurde, für die ich in den Ort gekommen war. Als sie mir die Namen nannte, sagte sie mir immer dazu, in welcher Beziehung die Personen zu Braut und Bräutigam standen, die ebenfalls entfernt verwandt waren. Es gab eine viel größere Nähe zwischen den Menschen, denn sie pflegten enge Beziehungen, zu denen es gehörte, dass die Menschen sehr stark am Leben ihrer Nachbarn und Verwandten Anteil nahmen. Gemeinsam lösten sie ihre Probleme, feierten, bewirtschafteten die Felder, trauerten. Als meine Verwandte auf die verschiedenen Häuser und Gehöfte zeigte, schmeichelte das satte Grün meinen Augen – was für ein herrlicher Kontrast zur trockenen Hauptstadt! Es hatte den Anschein, dass hinter den sanften Hügeln nichts mehr kam. Doch als wir auf einen dieser Hügel gestiegen waren, sahen wir auf einmal weitere Dörfer, zu denen sie mir dann ebenfalls einige Geschichten erzählte.

Ich hatte großen Respekt davor, wie die Menschen auf informellem Weg und ohne Hilfe der Regierung ihre gemeinschaftlichen Bedürfnisse befriedigten, denn es zeigte, wie widerstandsfähig und tüchtig sie waren. Doch das Fehlen starker staatlicher Institutionen hatte auch der Vetternwirtschaft Vorschub geleistet, die so tief verwurzelt war, dass sie Teil des Alltags geworden war. Gewisse Namen und familiäre Verbindungen hatten enormes Gewicht, und alles hing davon ab, wen man kannte. Die Reichen wurden immer reicher, weil ihre Kinder die am besten bezahlten Jobs und die besten Stipendien bekamen – allerdings nicht unbedingt wegen ihrer persönlichen Verdienste. Menschen ohne starkes Netzwerk mussten allzeit bereit sein, Entscheidern jeder Art Bestechungsgelder zu zahlen, und zwar vom kleinsten Beamten bis zum höchsten Amtsträger. Keine guten Beziehungen und kein Geld zum Bestechen zu haben, bedeutete für die verarmte Bevölkerung in der Regel, dass es keine Chance gab, Verwaltungsvorgänge – sei es nun in der Justiz, im Bildungswesen oder im Gesundheitsbereich – voranzubringen.

Während meiner Zeit im Jemen erlebte ich Augenblicke des Glücks, der Trauer, der Frustration und der Liebe. Was ich aber immer empfand, ist Bewunderung. 2008 fing ich an, Englisch als Fremdsprache zu unterrichten, und damals lernte ich erstmals Jemeniten jeder Couleur kennen. Zu jedem Semesterbeginn wuchs meine Schülerzahl und mit ihr meine Bewunderung für die Stärke dieser Menschen, die in ihre Bildung investierten. Wenn ich vormittags unterrichtete, kamen manchmal Mütter, die zuvor ihre Kinder zur Schule gebracht hatten, um dann selbst zum Unterricht zu gehen. Am späten Nachmittag kamen Hochschulstudenten in meinen Kurs, die bereits stundenlange Lehrveranstaltungen hinter sich hatten, oder Angestellte, die nach der Arbeit in den Englischunterricht kamen, statt nach Hause zu gehen. Der Zustand des Bildungssystems war und ist erschreckend, weshalb die Menschen sich privaten Instituten zugewendet haben, um dort die Sprache zu lernen, die es ihnen ermöglichen soll, national und international mitzuhalten, sich um Stipendien zu bewerben, ins Ausland zu reisen oder einen gutbezahlten Job zu finden. Vor mir saßen Sprachschüler aus unterschiedlichen sozialen Schichten, einige zahlten selbst, andere hatten ein staatliches Stipendium erhalten, und die unterschiedlichen Bezugsrahmen dieser Men-

schen gaben den Debatten im Unterricht eine gewisse Tiefe. Häufig nahmen sie unerwartet eine politische Wendung, wenn auch nur auf metaphorischer Ebene, denn die Menschen waren sehr vorsichtig, wenn es darum ging, Meinungen über den damaligen Präsidenten, den bis 2011 regierenden Ali Abdullah Salih, zu äußern.

STURM DER VERÄNDERUNG

2011 kam die Revolution. Sie war Ausdruck einer leidenschaftlichen Ablehnung des unglaublich niedrigen Lebensstandards, den politische und religiöse Eliten einem verarmten Volk aufgezwungen hatten. Es birgt eine gewisse Ironie, dass die Revolution nach wie vor Millionen Menschen mit Stolz erfüllt, obwohl auch sie am Ende zur Beute genau dieser Eliten wurde. Die Proteste waren nicht nur weitgehend friedlich in einem Land, in dem es fast so viele Waffen pro Kopf gibt wie in den USA, sondern sie führten auch zum Ende einer autokratischen Herrschaft, die ansonsten vom Vater an den Sohn weitergegeben worden wäre.

Im Sommer 2011, einige Monate nach Beginn der Revolution, hatte ich bereits seit dem Vorjahr eine dauerhafte Vereinbarung mit einem Taxifahrer, einem jungen Mann, der mich jeden Tag abholte und am Arbeitsplatz absetzte. Während der Revolution war das ein sehr unsicherer Ort, an dem es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam und Scharfschützen lauerten. Doch das Leben ging einfach weiter, und wir fuhren jeden Tag die 20 Minuten zu meinem Arbeitsplatz und wieder zurück. Ich hatte eine Freundin, die nur einige Häuserblocks entfernt lebte und eine Mitfahrgelegenheit brauchte. Sie wohnte zu weit entfernt zum Laufen, aber zu nah, als dass es sich für einen Fahrer gelohnt hätte, eine Tour in ihre Gegend zu riskieren. Also entschieden mein Taxifahrer und ich, sie jeden Tag abzuholen und mitzunehmen. Die Hauptstraßen waren blockiert, weshalb wir unbeleuchtete Nebenstraßen nehmen mussten, auf denen wir nur das sahen, worauf der Lichtkegel unserer Scheinwerfer fiel. Kurz vor der Straße, in der meine Freundin wohnte, blendete der Fahrer das Licht ab, öffnete sein Fenster und fuhr mit dem Auto langsam zu der Kreuzung, an der sie wohnte. Dort standen Regierungssoldaten, die jede Bewegung in der Straße überwachten. Zuvor hatte meine Freun-

din mir erzählt, dass sie beim Blick aus ihrem Fenster manchmal sehen konnte, wie eine Zigarettenkippe im Wind über die Dächer der umliegenden Häuser tänzelte. Von da an sah ich mich jedes Mal um, wenn wir sie absetzten, denn die herumwehenden Zigarettenkippen verrieten uns, dass irgendwo auf einem der Dächer ein Scharfschütze lag und uns beobachtete. Wochenlang hielten wir tagtäglich an diesem Punkt an. Die Soldaten sahen in das Auto, wiesen uns an, sie auf der anderen Straßenseite abzusetzen, zu wenden und auf demselben Weg zurück zu fahren. Bevor ich selbst anfang, zu fahren, war ich jahrelang von diesem Taxifahrer abhängig, wenn ich irgendwohin fahren wollte, und ich werde ihm ewig dankbar sein, dass er immer eine Möglichkeit gefunden hat, uns abzuholen.

Das Schönste an der Revolution war für mich die starke Beteiligung der Frauen. Führungspositionen waren bis dahin vor allem mit Männern besetzt gewesen, und obwohl bemerkenswerte Frauen es bereits geschafft hatten, zur Ministerin oder Botschafterin ernannt zu werden, mussten zahllose andere um Entscheidungsspielräume in ihren Familien, Gemeinden und in der Öffentlichkeit kämpfen. Die besondere Stärke, die jemenitische Frauen schon immer ausgezeichnet hat, ist für Menschen, denen dieses Land fremd ist, nur schwer erkennbar. Häufig werden wir als demütig, unterwürfig oder allzu gefällig wahrgenommen, und vielleicht ist das ja sogar die Wahrheit. Doch zu dieser Wahrheit gehört auch, dass es die Frauen sind, die unter all den Mängeln der Verwaltung und Gesellschaft am meisten zu leiden haben. Jemenitische Frauen mussten sich in einer äußerst patriarchalischen Gesellschaft ihren Weg durchs Leben bahnen, um jede Chance kämpfen, immer wieder aufs Neue ihren Wert unter Beweis stellen. Sie mussten die negativen Etiketten und Stigmata abwehren, die an jenen hängen bleiben, die gesellschaftliche Normen herausfordern. Sie mussten ihren Platz in einer Gesellschaft neu definieren, die ihren Beitrag außerhalb der eigenen vier Wände nicht immer schätzt, in einem Land, in dem Männer strukturell privilegiert sind. Der Konflikt hat inzwischen neue Entwicklungen angestoßen. Frauen haben die Gelegenheit genutzt, sich Rollen anzunähern, die noch vor wenigen Jahren für sie einen hohen sozialen Preis gehabt hätten. Es ist kaum vorstellbar, dass sie, sollte der Konflikt einmal ein Ende nehmen, diesen neu gewonne-

nen Raum wieder aufgeben, denn heute arbeiten mehr Frauen als je zuvor zum Beispiel als Mediatorinnen, Forscherinnen, Bloggerinnen, Gründerinnen von Graswurzelinitiativen, Betreiberinnen kleiner Unternehmen, Lehrerinnen, Händlerinnen, Bauingenieurinnen oder Webdesignerinnen. Trotz der häufigen Polarisierung durch die Politik scheint es im Land eine breite Bewunderung für die Erfolge zu geben, die Frauen trotz all der ideologischen und gesellschaftlichen Hindernisse und der Härten des Krieges errungen haben.

HEUTE

Heute lebe ich in Europa, in Sicherheit, aber auch gequält von den Schuldgefühlen einer Überlebenden, die ihren im Krieg verstorbenen Vater und ihre Familie zurückgelassen hat. Seit ich den Jemen 2015 mit meinem Mann und unserem kleinen Kind verlassen habe, denke ich ausnahmslos jeden Tag an die Sicherheit meiner Familie. Ich bin in Gedanken bei einer ganzen Generation von Kindern, die um ihre Bildung gebracht wurden, bei den Müttern und Vätern, die ihre Kinder beerdigen mussten und bei einem Land, dem schwere ökologische Krisen bevorstehen, auf die wir in keiner Weise vorbereitet sind. Ich denke an ein Volk, das durch Kriegsherren und Ideologen polarisiert ist. Doch ich habe auch Hoffnung für den Jemen angesichts der jungen Menschen, die nicht aufgeben. Sie schreiben, publizieren, filmen, forschen, gründen Firmen, finden technische Lösungen, führen friedliche Dialoge, vernetzen sich in der Diaspora. Wir wenden uns gegen diesen anhaltenden Zustand des Chaos und der Teilung, gegen die Abwärtsspirale, die den Jemen seit einigen Jahren erfasst hat. Ich hoffe, dass der Geist der Revolution wenigstens in den Künsten weiterlebt und dass ich einmal in einen Jemen zurückkehren kann, in dem die Revolution erfolgreich war.

Übersetzung aus dem Englischen: Jan Fredriksson, Herzberg am Harz.

MAALI JAMIL

ist eine jemenitische Lehrerin und Autorin. Sie lebt und studiert derzeit in den Niederlanden, wo sie weiter unterrichtet und über den Jemen schreibt.

Atlas des Arabischen Frühlings – die Video-Edition

Fast zehn Jahre nach Beginn der Proteste und Umstürze in vielen arabischen Ländern ist es an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen: Was ist in den Jahren des Arabischen Frühlings passiert, wie sieht es in Nordafrika und in Nahost in der Folge aus? Gemeinsam mit den Autorinnen und Autoren des Magazins zenith hat sich Younes Al-Amayra, Mitglied des Satirekollektivs „Die Datteltäter“, auf eine Spurensuche begeben. Sie nehmen die Umbrüche in Tunesien, Libyen, Syrien, Ägypten und ihren Nachbarländern unter die Lupe und sprechen mit Experten und Akteuren, um die Entwicklungen in der Region besser zu verstehen. Dabei beschäftigen sie sich auch mit den überregionalen Folgen – von Demokratisierung und Machtwechsel über Bürgerkriege bis hin zu Fluchtbewegungen. Die Veränderungen, die mit dem Arabischen Frühling ihren Anfang nahmen, haben tiefe Spuren hinterlassen. In zehn Episoden werden die historischen Umbrüche erfahrbar. Und es zeigt sich auch, wie stark Europa mit der arabischen Welt in Verbindung steht.

Episoden

- #0 Prolog
- #1 Eine Region im Aufbruch
- #2 Revolution und Rückfall
- #3 Stabilität und Gewalt
- #4 Flucht
- #5 Europas Dilemma
- #6 Geopolitik
- #7 Islam und Islamismus
- #8 Frauen und Männer
- #9 Jugend

Leitung: Daniel Gerlach (V.i.S.d.P.),
Florian Guckelsberger
Regie: Florian Guckelsberger
Producer: Riza-Rocco Avsar
Produktion: Bundeszentrale für politische
Bildung, Deutscher Levante Verlag GmbH



KLEINE GESCHICHTE DES JEMEN

Marieke Brandt

3000 Jahre Geschichte des Jemen auf wenigen Seiten darzustellen – eine Geschichte, die ebenso glanzvoll wie wechselhaft ist –, ist nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Es gibt keine gemeinsame Geschichte aller Landesteile des Jemen, ebenso wie es, bis auf wenige Dekaden, nie eine politische und staatliche Einheit gegeben hat. Die heutige Hauptstadt Sanaa und der Norden blicken auf eine andere Geschichte zurück als die Regionen al-Mahra und Hadhramaut im Osten; und die Geschichte der Stadt Aden und des Südens unterscheidet sich von beiden. In den vergangenen drei Jahrtausenden war das Gebiet, das wir Jemen nennen, keine politische Entität, sondern oft wenig mehr als eine amorphe und ständig wechselnde Ansammlung kleiner Reiche.

Die Idee vom Jemen als einer natürlichen Einheit hingegen ist sehr alt und geht bis auf die Zeit des frühen Islam zurück. Die Grenzen der meisten Staaten des Nahen Ostens wurden von Kolonialmächten erschaffen, viele von ihnen – etwa Jordanien und der Irak – sind Erfindungen mit wenig geschichtlicher Substanz. Im Jemen ist dies anders. Auf der Arabischen Halbinsel stellt der Raum des Jemen, obgleich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Naturräume bestehend, eine Einheit für sich dar, die durch natürliche Land- und Wassergrenzen definiert und von ihrem Umland unterschieden wird; schon früh sprechen Historiker und Geografen, etwa al-Hasan al-Hamdani im 10. Jahrhundert, von diesem Raum als „al-Yaman“.⁰¹ Im Süden und Westen ist der Jemen vom Meer umschlossen; im Osten, zwischen Jemen und Oman, befindet sich das dünn besiedelte Gebiet von al-Mahra. Nördlich des Hadhramaut wird der Jemen von der gewaltigen Sandwüste des Rub al-Khali, des Leeren Viertels begrenzt, die es von den Machtzentren Saudi-Arabiens trennt wie ein Meer. Nur im bergigen Nordwesten ist der Übergang zwischen Jemen und Saudi-Arabien fließend und umstritten; auf große Gebiete – die heute saudischen Provinzen Asir, Dschaizan und Nadschran – erheben beide Staaten Anspruch.

Es gibt die Idee vom Jemen als einer natürlichen Einheit, und es gibt die Vision eines politisch geeinten Jemen. Die Geschichte des Landes hat jedoch nur kurz und ausnahmsweise größere politische Strukturen gesehen, die weit mehr durch ihre Referenzen an Religion, Dynastien oder Ideologien definiert wurden als durch territoriale Integrität. Macht war auf eine Vielzahl kleiner Zentren verteilt, die auf ihre eigenen kleinen Lokalgeschichten zurückblickten. Nahezu immer regierten mehrere Herrscher gleichzeitig über Reiche, die einander oft bekämpften und sich überlagerten, wuchsen und zerfielen. Der Wunsch nach staatlicher Einheit bildete sich erst in einem Kontext heraus, der von ausländischen Mächten vorbereitet und geformt worden war, und der 1990 schließlich zur Vereinigung des damaligen Nord- und Südjemen führte, die sich schon vier Jahre später in einen Bürgerkrieg verstrickten, dessen Wunden niemals heilten und dessen Folgen Nord und Süd anschließend wieder auseinandertrieben. Heute, im Zeitalter erneuter Bürgerkriege und ausländischer Interventionen, ist der Traum von der politischen Einheit des Jemen abermals in weite Ferne gerückt.

DAS ANTIKE SÜDARABIEN

Trotz der natürlichen Land- und Seebarrieren, die das Land umgrenzen, war der Jemen nie isoliert; die geläufigen Beschreibungen als „verbotenes Land“ oder „verschlossenes Königreich“ sind unzutreffend. Der Jemen und seine Bewohner unterhielten immer Beziehungen mit dem Ausland und waren beständig durch Handel, Pilger-, Karawanen- und Gelehrtennetzwerke in die Außenwelt eingebunden.⁰²

Im Jahrtausend vor Christus boten die geografische Lage und die natürlichen Ressourcen des Landes die Voraussetzungen für die Entstehung hoch entwickelter Kulturen. Die legendären südarabischen Reiche der Antike – Saba,

Himyar, Main, Qataban, Hadhramaut – organisierten und kontrollierten den Karawanenhandel über die Arabische Halbinsel und später auch Teile des Seewegs von Afrika, Indien und China nach Mesopotamien, Ägypten und in den Mittelmeerraum inklusive Rom. Insbesondere der Handel mit Luxusgütern wie dem begehrten Weihrauch brachte ihnen großen Reichtum. Sie schufen einige der beeindruckendsten Bauten der Antike, etwa den Staudamm von Marib, der zu den Weltwundern der Antike gerechnet wurde, und die Tempelanlagen von Marib, Sirwah und Qarnaw. Ihr legendärer Reichtum weckte Begehrlichkeiten; ein Versuch des römischen Feldherrn Aelius Gallus 25 vor Christus, das Königreich von Saba zu erobern, scheiterte jedoch.⁰³

In den ersten Jahrhunderten nach Christus wurde den südarabischen Reichen durch die Verlagerung der Handelswege allmählich die wirtschaftliche Grundlage entzogen, und interne Kämpfe schwächten ihre Macht. 525 eroberten die christlichen, aus Abessinien stammenden Aksumiten mit byzantinischer Unterstützung Südarabien, nachdem sich zuvor Teile der Bevölkerung dem Judentum zugewandt hatten. Um 575 gelangte der Jemen in die Abhängigkeit des neupersischen Sassanidenreiches und wurde wenig später zur persischen Provinz.⁰⁴

ANKUNFT DES ISLAM UND DIE ISLAMISCHEN REICHE

Noch zu Lebzeiten des Propheten Muhammad, um 630 und während der Herrschaft des sassanidischen Gouverneurs Badhan kam der Jemen mit dem Islam in Berührung. Während dieser Zeit wurden die Moscheen von Dschana (nahe Taizz) und die Große Moschee von Sanaa erbaut. Der Übertritt des Jemen zum Islam war jedoch ein uneinheitlicher, zum Teil von schwe-

ren Rückschlägen begleiteter Prozess. Nach Muhammads Tod 632 fielen Teile der jemenitischen Stämme wieder vom Islam ab und wurden in den Feldzügen des ersten Kalifen Abu Bakr abermals unterworfen. Erst nach dem Sieg der Muslime in diesen sogenannten Ridda-Kriegen wurde der Jemen dem Islamischen Kalifat untergeordnet und Provinz des islamischen Reiches.⁰⁵ Bis zur Ankunft der Ayyubiden 1173 wurden große Teile des nördlichen und südlichen Jemen von einer Anzahl islamischer (sunnitischer und ismailitischer) Dynastien beherrscht – den Ziyaiden, Yufriiden, Najahiden, Sulayhidern, Sulaymaniden, Hamdaniden und Mahdiden –, deren Herrschaft jedoch lokal und fragmentiert blieb und die sich häufig in Machtkämpfen miteinander befanden.⁰⁶

Das Jahr 897 ist für Jemens islamische Geschichte besonders bedeutend. In jenem Jahr legte Yahya bin al-Husayn ar-Rassi, genannt al-Hadi ila l-Haqq („der zum Recht führt“), in der Region von Saada im nördlichen Jemen die Grundlagen für einen theokratischen zaiditisch-schiitischen Staat. Der Ankunft von al-Hadi war ein langwieriger Konflikt zwischen lokalen Stämmen vorausgegangen, den diese aus eigener Kraft nicht mehr zu lösen vermochten, weswegen sie al-Hadi aus Medina einluden, in ihrem Konflikt zu vermitteln.⁰⁷ Nach erfolgreicher Vermittlung schuf al-Hadi in Saada die Grundlagen eines zaiditischen Staates, der ungewöhnlich lange – vom 9. Jahrhundert bis 1962 – überdauerte.

Al-Hadi war ein *sayyid*, ein Nachfahre des Propheten Muhammad.⁰⁸ Die Zaidiyya, auch Fünfer-Schia genannt, ist eine schiitische Glaubensrichtung, die im 8. Jahrhundert am Kaspischen Meer entstand.⁰⁹ Herzstück der Zaidiyya

01 Vgl. David Heinrich Müller, *Al-Hamdanis Geographie der arabischen Halbinsel*, 2 Bde., Leiden 1884/1891.

02 Vgl. Laurent Bonnefoy, *Yemen and the World. Beyond Insecurity*, New York 2018.

03 Vgl. Hermann von Wissmann, *Die Geschichte des Sabaerreiches und der Feldzug des Aelius Gallus*, in: Hildegard Temporini (Hrsg.), *Aufstieg und Niedergang der Römischen Welt*, Teil II: Principat, Berlin 1977, S. 308–544.

04 Vgl. Walter W. Müller, *Outline of the History of Ancient Southern Arabia*, in: Werner Daum (Hrsg.), *Yemen. 3000 Years of Art and Civilisation in Arabia Felix*, Innsbruck 1987, S. 49–54.

05 Vgl. Elias S. Shoufani, *Al-Riddah and the Muslim Conquest of Arabia*, Toronto 1973. Der arabische Ausdruck *ridda* bedeutet „Apostasie“, also die Abwendung von einer Religion.

06 Vgl. Rex Smith, *The Political History of the Islamic Yemen down to the First Turkish Invasion (1–945/622–1538)*, in: Daum (Anm. 4), S. 129–139.

07 Vgl. Johann Heiss, *War and Mediation for Peace in a Tribal Society (Yemen, 9th Century)*, in: Andre Gingrich/Sylvia Haas/Gabriele Paleczek (Hrsg.), *Kinship, Social Change and Evolution*, Horn 1989, S. 63–74.

08 *Sayyid* (plural *sada*) ist ein Ehrentitel der Nachkommen des Propheten Muhammad, die über seine Tochter Fatima und deren Ehemann Ali ibn Abi Talib von ihm abstammen.

09 Vgl. Wilferd Madelung, *Der Imam al-Qasim ibn Ibrahim und die Glaubenslehre der Zaiditen*, Berlin 1965.

ist die Forderung nach der geistigen und weltlichen Führung der zaiditischen Gemeinschaft durch einen *sayyid*, einen Nachkommen des Propheten. Fortan gehörten der Herrscher des zaiditischen Staates – genannt Imam – und die meisten seiner Notabeln einer anderen genealogischen Linie an als seine Untertanen, von denen der größte Teil tribaler Abstammung war.

Trotz der glücklichen Begleitumstände bei seiner Etablierung unterlagen der Einfluss und die Ausdehnung des zaiditischen Reiches in den kommenden Jahrhunderten dramatischen Schwankungen. Der zaiditische Imam konkurrierte mit den Herrschern anderer kleiner Reiche, die sich im Jemen gebildet hatten. 1173 wurden Teile des Jemen von den Ayyubiden besetzt, die unter Turanshah – dem Bruder des ägyptischen Sultans Saladin – die südlichen Teile des Jemen inklusive der Küstenebene des Roten Meeres eroberten. Mit ihrer starken Armee und effizienten Verwaltung besiegten sie die kleinen Dynastien des südlichen Jemen und der Küstenebene und schufen auf diese Weise etwas, das der politischen Entität „Jemen“ zum ersten Mal entfernt ähnlich sah. Der Norden des Jemen blieb jedoch in der Hand der zaiditischen Imame.

Ab Mitte des 13. Jahrhunderts brachte der Aufstieg der Rasuliden, deren Herrschaft jener der Ayyubiden folgte, Teilen des Jemen eine mehr als zwei Jahrhunderte währende kulturelle Blütezeit. Die Rasuliden förderten nicht nur den Handel und sorgten damit für wirtschaftliche Prosperität, sondern auch die Wissenschaften, Astronomie, Literatur und Künste. Unter rasulidischer Herrschaft wurden einzigartige Moscheen, unter anderem die Aschrafiya-Moschee in Taizz, sowie Burgen und Paläste erbaut. Die Rasuliden beherrschten neben dem jemenitischen Kernland – der Norden blieb weiter unter Kontrolle der Zaiditen – auch Teile des Hadhramaut sowie des Hedschas bis nach Mekka. Das führte zu Konflikten mit den ägyptischen Mamluken, die ebenfalls die Herrschaft über die Heiligen Stätten Mekka und Medina beanspruchten.¹⁰ Im 14. Jahrhundert gelang es den Zaiditen, den Rasuliden Sanaa zu entreißen. Im 15. Jahrhundert konnten sich die Rasuliden nur noch in den südlichen Gebieten

ihres einstigen Herrschaftsbereiches behaupten, wo sie 1454 von den Tahiriden gestürzt wurden.¹¹

DIE OSMANISCHEN OKKUPATIONEN

1516 besetzten die Mamluken Gebiete des Jemen, denen bereits ein Jahr später – in Reaktion auf die portugiesischen Expansionen entlang des Roten Meeres und nach Indien – die Osmanen folgten. Während dieser sogenannten ersten osmanischen Okkupation eroberten die Osmanen Teile des Jemen inklusive Sanaa. Den Qasimiten – den Imamen der qasimitischen Dynastie, die zu jener Zeit über die Zaiditen herrschten – gelang es, große Teile der nördlichen Stämme hinter sich zu vereinen und für den Kampf gegen die ungeliebten osmanischen Besatzer zu mobilisieren. Beim Abzug der Osmanen 1635 befanden sich die Qasimiten auf dem Höhepunkt ihrer Macht und konnten ihre Herrschaft über große Teile des nördlichen und südlichen Jemen inklusive des Hadhramaut im Osten ausdehnen. Anschließend jedoch begannen sie sich zunehmend in internen Machtkämpfen aufzureiben und die Kontrolle über ihr Reich zu verlieren.¹²

Das zaiditische Reich befand sich noch in dieser Phase der Zerrüttung, als die Osmanen nach Öffnung des Suezkanals 1869 abermals den Jemen besetzten und sich 1872 in Sanaa etablierten.¹³ Auch die zweite osmanische Okkupation bewirkte galvanische Prozesse unter den zaiditischen Stämmen des Nordjemen. Im frühen 20. Jahrhundert gelang es Imam Yahya Hamid al-Din, auch er ein Abkomme der qasimitischen Linie, einen großen Teil der starken Stämme des nördlichen Hochlandes zu vereinen und mit ihnen gegen die Osmanen zu Felde zu ziehen, die zugleich in einem Krieg mit dem – mit Italien verbündeten – Idrisi-Herrscher des Asir verwickelt waren, der ebenfalls entlang der Küstenebene des Roten Meeres expandierte.¹⁴ Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches

¹⁰ Vgl. Noha Sadek, *Custodians of the Holy Sanctuaries: Rasulid-Mamluk Rivalry in Mecca*, Berlin 2019.

¹¹ Vgl. Rex Smith, *Rasulids*, in: *The Encyclopedia of Islam*, Bd. 8, Leiden 1995, S. 455ff.

¹² Vgl. Paul Dresch, *Tribes, Government and History in Yemen*, Oxford 1989, S. 212–218.

¹³ Vgl. Caesar E. Farah, *The Sultan's Yemen. 19th-Century Challenges to Ottoman Rule*, London 2002.

¹⁴ Vgl. Anne K. Bang, *The Idrisi State of Asir 1906–1934*, Bergen 1996.

während des Ersten Weltkrieges führte auch im Jemen zum Abzug der osmanischen Truppen. Imam Yahya dehnte seine Macht in jene Gebiete aus, die zuvor unter osmanischer Herrschaft gewesen waren.

Yahyas ungewöhnlich großes Machtbewusstsein und seine harte Hand bei der Durchsetzung seiner Ziele führten jedoch bald zu Auseinandersetzungen mit gerade jenen Stämmen, die die Basis seiner militärischen Macht gewesen waren und ihm zum Sieg gegen die Osmanen verholfen hatten.¹⁵ Yahyas Nachfolger, Imam Ahmad, setzte diese Politik der harten Hand gegenüber den Stämmen fort. Tribale Aufstände und Rebellionen nahmen zu, in deren Verlauf sich wichtige Stämme vom Imam abwandten und sich mit den „Freien Jemeniten“ verbündeten: nationalistischen Widerstandsgruppen, die hauptsächlich von Aden aus auf den Sturz des Imam hinarbeiteten.¹⁶

Als Imam Ahmad starb, kam es am 26. September 1962 zur Revolution. In dem anschließenden Bürgerkrieg wurden die Royalisten von Saudi-Arabien, hinter denen Großbritannien stand, und die Republikaner von Ägypten unterstützt. Mit Beginn des Sechstagekrieges 1967 mit Israel sahen sich die Ägypter jedoch gezwungen, ihr Engagement im Jemen aufzugeben. Da aber auch Saudi-Arabien begann, sich schrittweise von den Royalisten abzuwenden, vermochten die Republikaner 1970 zu siegen.¹⁷

DIE BRITEN IN ADEN

Im Süden des Jemen nahm die Geschichte einen besonderen Verlauf, als die Briten 1839 die Hafenstadt Aden besetzten.¹⁸ Die so entstehende Kronkolonie Aden war für das britische Empire aus mehreren Gründen von zentraler geostrategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Zunächst diente Aden als strategische Basis gegen die Präsenz mamlukisch-osmanischer Truppen auf der Arabischen Halbinsel, die im Auftrag des osmanischen Sultans die Wahhabiten in Zentralarabi-

en, die später den saudischen Staat formten, zurückgedrängt hatten und am Roten Meer entlang bis nach Taizz expandierten. Kurz darauf, mit der zweiten osmanischen Okkupation des jemenitischen Hochlandes, wurde die strategische Bedeutung des Stützpunkts Aden als Bollwerk gegen die Osmanen nochmals verstärkt. Zudem diente der Hafen von Aden, einer der größten natürlichen Seehäfen der Welt, der Bekohlung und Trinkwasserversorgung der britischen Schiffe auf dem Seeweg nach Indien. Ab 1869, mit der Eröffnung des Suezkanals, lag Aden am Schnittpunkt der Routen von und nach Suez und Indien, London und Singapur und war der drittgrößte Seehafen seiner Zeit.¹⁹

Nur die Kronkolonie mit dem Hafen befand sich unter der direkten Kontrolle der Briten. Im Hinterland entstand das sogenannte Protektorat Aden: ein Zusammenschluss neun lokaler Stämme, deren Herrscher – hier Sultane oder Emire genannt – Kooperationsverträge mit den Briten eingingen.²⁰ Das Protektorat wuchs, als die Briten auch Kooperationsverträge mit dem Sultan von al-Mahra und Sokotra sowie mit den Herrschern der Quayti- und Kathiri-Dynastien im Hadhramaut eingingen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit britischer Unterstützung staatsähnliche Gebilde aufbauten.²¹ Ihre Grenzen waren jedoch nicht immer eindeutig definiert; einige, wie das Sultanat von al-Mahra und Sokotra, verfügten nur über rudimentäre Verwaltungsstrukturen. Kronkolonie und Protektorat zusammen umfassten im Großen und Ganzen jene Territorien, die später zum Südjemen werden sollten. Die Trennlinie zwischen den Einflussphären der Briten und der Osmanen in Südarabien – die Anglo-Türkische Linie – wiederum ähnelte bereits der Grenze zwischen dem späteren Nord- und Südjemen.

NORD- UND SÜDJEMEN

Die Welle der Unabhängigkeitsbewegungen und des arabischen Nationalismus in den revolutionären 1960er Jahren brachten auch im

¹⁵ Vgl. Abd al-Aziz al-Masudi, *al-Yaman al-muasir* [Contemporary Yemen], Kairo 2006, S. 138f.

¹⁶ Vgl. J. Leigh Douglas, *The Free Yemeni Movement 1935–1962*, Beirut 1987.

¹⁷ Vgl. Asher Orkaby, *Beyond the Arab Cold War. The International History of the Yemen Civil War, 1962–68*, Oxford 2017.

¹⁸ Vgl. R.J. Gavin, *Aden Under British Rule. 1839–1967*, London 1975.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. John Matthew Willis, *Unmaking North and South. Cartographies of the Yemeni Past, 1857–1934*, London 2012.

²¹ Vgl. William Harold Ingrams, *A Report on the Social, Economic and Political Conditions of the Hadhramaut*, London 1937.

Jemen große Umbrüche. Die Arabische Republik Jemen, auch Nordjemen genannt, war bereits 1962 nach dem Tod von Imam Ahmad von republikanischen Kräften ausgerufen worden, musste aber noch acht Jahre gegen die von Saudi-Arabien unterstützten Royalisten verteidigt werden. Die Ziele der Revolution waren die Abschaffung des Imamats und des von der Zaidiyya legitimierten politischen Herrschaftsanspruchs der *sayyids* sowie die Bildung eines modernen Staates in Form einer Republik. Die Anfänge der nordjemenitischen Republik waren turbulent, da verschiedene politische und gesellschaftliche Faktionen erbittert um Macht und Einfluss rangen. Der politische und finanzielle Einfluss Saudi-Arabiens – das sich von den Royalisten abwandte, um sich schließlich mit den Republikanern zu arrangieren – nahm enorme Dimensionen an. Der Bürgerkrieg von 1962 bis 1970 im Nordjemen hatte bei den Saudis die Sichtweise entstehen lassen, dass die konsequente Durchsetzung saudischer Interessen im Jemen unabdingbar für die Sicherheit und Stabilität des Königreiches sei. Zudem sahen die ultrakonservativen Saudis den Nordjemen als strategisches Bollwerk gegen den nahezu zeitgleich entstehenden marxistisch-sozialistisch orientierten und als „gottlos“ angesehenen Staat im Südjemen.²²

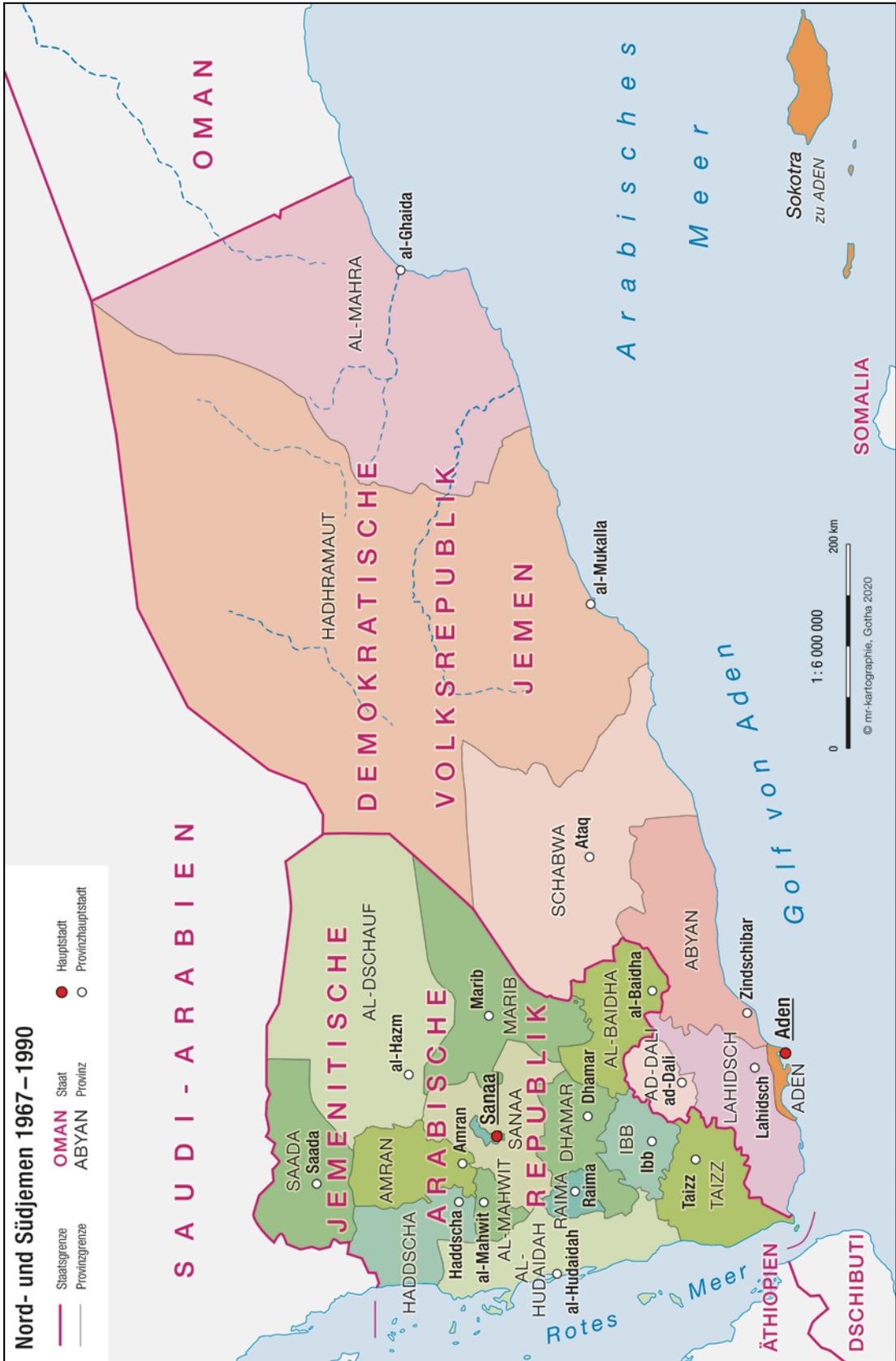
Ab 1978 wurde der Nordjemen von Ali Abdullah Salih regiert, einem Angehörigen des Militärs, der in den Wirren nach der Ermordung der Präsidenten Ibrahim al-Hamdi und Ahmad al-Ghashmi an die Macht gekommen war. Nach schwierigen ersten Jahren, die von politischen und ökonomischen Krisen sowie einem erbitterten Guerillakrieg zwischen Nord- und Südjemen überschattet wurden, gelang es Salih ab 1982, Nordjemen durch die Einberufung eines Allgemeinen Volkskongresses zu konsolidieren, der in den folgenden Jahren den Charakter einer Einheitspartei annahm.²³ Weit mehr jedoch als auf politischen und ideologischen Grundlagen beruhten Politik und Regierungsstil von Salih auf den Prinzipien der Kooptation und Patronage: Mitglieder seiner Familie und seines Stammes, die Sanhan, die der einflussreichen Stammeskonföderation der Hashid angehören, wurden in einflussreiche Positionen der Regierung gesetzt und die Loyalität der übrigen Stammesführer des Nordens sowie der politischen Opposition durch großzügige finanzielle Zuwendungen erkaufte.²⁴ Innenpolitisch war der Nordjemen weiter geprägt vom Ringen verschiedener politischer Faktionen, vor allem dem Bestreben eines tribal-islamistischen Blocks unter Scheich Abdullah al-Ahmar zur Ausmerzung der Linken, der von Saudi-Arabien unterstützt wurde. Salih hingegen verfolgte eine stärker inklusive Politik, vor allem, um seiner Macht eine breitere Basis zu geben und von den einzelnen Faktionen unabhängig zu regieren.²⁵

Auch im Süden kam es in den 1960er Jahren zum politischen Umbruch. 1963 begannen lokale Befreiungsgruppen mit ägyptischer und sowjetischer Unterstützung eine Rebellion gegen die britische Herrschaft, in deren Verlauf sich die Briten zum Rückzug aus Südarabien gezwungen sahen. Die Volksrepublik Südjemen wurde im November 1967 unabhängig erklärt und 1969 in Volksdemokratische Republik Jemen umbenannt. Der Südjemen, von einer sozialistischen Einheitspartei regiert, war der einzige marxistisch orientierte Staat im Nahen Osten und unterhielt enge Beziehungen zur Sowjetunion und anderen kommunistischen und sozialistischen Staaten. Der Südjemen verfolgte modernistische innen- und gesellschaftspolitische Ziele wie Landreformen, Gleichberechtigung der Frau, Einschränkung der Polygamie, Verbot der Kinderheirat, Einschränkung des Tribalismus und Ersetzung der Scharia durch staatliches Gesetz. Das Familiengesetz des Südjemen galt als das progressivste seiner Zeit im arabischen Kontext.²⁶ Per Verfassung wurden der Bevölkerung Arbeit, Wohnraum sowie freie Bildung und Gesundheitsversorgung zugesichert. Mitte der 1980er Jahre war der Analphabetismus fast vollständig beseitigt. Flügelkämpfe innerhalb der Sozialistischen Partei führten 1986 zu einem blutigen zehntägigen Bürgerkrieg, aus dem Ali Salim al-Beidh als Generalsekretär der Sozialistischen Partei hervorging.²⁷

24 Vgl. Sarah Phillips, *Yemen and the Politics of Permanent Crisis*, London 2011, S. 51–74.
 25 Vgl. Burrowes (Anm. 23), S. 101–113.
 26 Vgl. Susanne Dahlgren, *Contesting Realities. The Public Sphere and Morality in Southern Yemen*, New York 2010, S. 153–162.
 27 Vgl. Noel Brehony, *Yemen Divided. The Story of a Failed State in South Arabia*, London 2013, S. 151–167.

22 Vgl. Gregory Gause, *Saudi-Yemeni Relations*, New York 1990.

23 Vgl. Robert D. Burrowes, *The Yemen Arab Republic. The Politics of Development 1962–1986*, Boulder 1987, S. 124f.



Die Beziehungen zum Nordjemen, in dem tribal-konservative und allmählich erstarken-islamistische Kräfte mit Unterstützung von Saudi-Arabien die Politik des Südjemen strikt ablehnten, waren lange quasi unberechenbar; sie ähnelten einem bizarren politischen „Menuett“,²⁸ in dem sich militärische Konfrontationen mit Einheitsversprechen abwechselten. Die in den späten 1980er Jahren in der Sowjetunion einsetzende Perestroika, aber auch das gemeinsame Interesse an der Erschließung der Ölfelder entlang der innerjemenitischen Grenze sowie Salihs Bestrebungen zum Ausbau seiner Machtbasis unabhängig vom tribal-islamistischen Block des Nordens, führten zu einer Annäherung der beiden Staaten, die sich am 22. Mai 1990 zur Republik Jemen vereinigten.²⁹

PROBLEMATISCHE EINHEIT

Die im Mai 1990 verabschiedete Einheitsverfassung der Republik Jemen sah ein pluralistisches politisches System und freie Wahlen vor, bis zu deren Durchführung politische Macht zu gleichen Teilen zwischen dem Norden und dem Süden aufgeteilt werden sollte. Salih wurde Staatsoberhaupt, während al-Beidh Vizepräsident wurde. Ein Präsidialrat und ein Übergangsparlament wurden mit Vertretern aus Nord und Süd besetzt. Die ebenfalls vorgesehene Integration der Verwaltungen gelang jedoch nicht; insbesondere das Militär blieb de facto unter nördlichem und südlichem Kommando geteilt.

Bei den Parlamentswahlen von 1993 konnten Salihs Allgemeiner Volkskongress und Abdullah al-Ahmars islamistische Islah-Partei viele Wähler für sich gewinnen. Die Sozialistische Partei ging geschwächt aus den Wahlen hervor, obwohl sie die meisten Sitze im zwar flächenmäßig größeren, jedoch weit weniger bevölkerungsstarken Süden gewonnen hatte. Das neue Parlament wurde daher deutlich vom Norden dominiert.³⁰ In den anschließenden Monaten verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Nord und Süd; wachsen-

des Misstrauen, Entfremdung und ein zunehmend vergiftetes politisches Klima machten die weitere Zusammenarbeit letztlich unmöglich. Der Versuch des Südens, die staatliche Unabhängigkeit wieder herzustellen, mündete im Mai 1994 in einen kurzen, aber heftigen Bürgerkrieg, der die Hegemonie des Nordens im vereinten Jemen bestätigte und zementierte.³¹ Tausende Politiker und Militärs des Südens wurden anschließend vertrieben, darunter al-Beidh, der ehemalige Generalsekretär der Sozialistischen Partei und Vizepräsident des vereinigten Jemen, Tausende andere in den Zwangsruhestand ohne angemessene Pensionen versetzt.

ENTSTEHUNG DER HUTHIS

Die Jahre der Einheit bescherten dem Jemen eine Periode der Stabilität, die sich rückblickend jedoch auch als eine Zeit der zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Erstarrung und – trotz einer Reihe von Kommunal-, Parlaments-, und Präsidialwahlen – der schleichenden Entdemokratisierung erwies. Begünstigt von Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung, formierten sich Widerstandsgruppen gegen das Salih-Regime in Sanaa, von denen vor allem zwei – die Huthis im Norden und die Unabhängigkeitsbewegung Hiraq im Süden – den weiteren Verlauf der Geschichte bestimmten.

Die Entstehung der Huthis ist das Ergebnis eines komplexen Prozesses, der weit in die Geschichte des Jemen zurückreicht. Die Revolution von 1962 und die Abschaffung des Imamats hatten die Gruppe der *sayyids* (der Nachkommen des Propheten Muhammad) marginalisiert, die seit dem 9. Jahrhundert die regierende Elite im zaiditischen Jemen gewesen waren.³² Im stark von tribalen Normen und Traditionen geprägten, ruralen Norden stiegen nach 1962 stattdessen die Stammesführer – die Scheichs – zur politisch und wirtschaftlich einflussreichsten Gruppe auf. Die Scheichs dominierten die Wirtschaft und begannen nach 1993, die Parlamentssitze quasi in der Familie zu vererben.³³ Wegen

²⁸ Nach einem Ausdruck von Burrowes (Anm. 23), S. 99.

²⁹ Vgl. Paul Dresch, *A History of Modern Yemen*, Cambridge 2000, S. 183–204.

³⁰ Vgl. Sheila Carapico, *Campaign Politics and Coalition-Building. The 1993 Parliamentary Elections*, in: *Yemen Update* 33/1993, S. 37 ff.

³¹ Vgl. Jamal al-Suwaidi, *The Yemeni War of 1994*, Abu Dhabi 1995.

³² Vgl. Gabriele von Bruck, *Islam, Memory, and Morality in Yemen. Ruling Families in Transition*, New York 2005.

³³ Vgl. Marieke Brandt, *Tribes and Politics in Yemen. A History of the Houthi Conflict*, London 2017, S. 311 ff.

ihrer überragenden Rolle wurden sie sowohl von der Regierung in Sanaa als auch von Saudi-Arabien mit großzügigen Patronagezahlungen bedacht. Diese Ungleichverteilung von politischer Partizipation und ökonomischen Ressourcen führte zu Unzufriedenheit im einfachen Volk, dessen politische, soziale und ökonomische Situation sich nach 1962 oft nicht wesentlich verbessert hatte.

In diesem Umfeld konnten religiöse Dynamiken eine ungeheure Wucht entfalten. In der Geschichte des Jemen war das Zusammenleben von schiitisch-zaiditischen und sunnitischen Gruppen zumeist unproblematisch gewesen. Dies änderte sich, als sich im Norden ab den frühen 1980er Jahren radikale sunnitische Glaubensrichtungen auszubreiten begannen, die von Saudi-Arabien, vom konservativ-islamistischen Block um Scheich Abdullah al-Ahmar, sowie zeitweise – aus politischem Kalkül – von der jemenitischen Regierung gefördert wurden.³⁴ Auch al-Qaida entwickelte eine Präsenz im Jemen, seit in den späten 1980er Jahren Veteranen des Afghanistan-Krieges im Jemen Zuflucht suchten.³⁵ Der Anschlag auf die USS Cole im Hafen von Aden im Jahr 2000 wurde vom jemenitischen Ableger der al-Qaida verübt.

Das Gefühl der Marginalisierung und Bedrohung durch die vorwiegend von Saudi-Arabien finanzierte Ausbreitung des radikalen Sunnismus führte dazu, dass sich ein Teil der Zaiditen ab den späten 1980er Jahren ebenfalls organisierte und allmählich radikalisierte. Aus dieser zaiditischen Bewegung gingen in den frühen 2000er Jahren die Huthis hervor, die den Namen ihres Anführers, des *sayyid* Husayn al-Huthi, trugen. Unter Husayn al-Huthis Führung wurde die Bewegung zu einem Sammelbecken all jener im zaiditisch geprägten Norden, die sich religiös, politisch, sozial und wirtschaftlich marginalisiert fühlten und mit dem Status quo unzufrieden waren. Husayn al-Huthis Unwille, mit Salih zu kooperieren, wurde vom Regime als Provokation empfunden.

34 Zur Ausbreitung radikaler sunnitischer Glaubensrichtungen im Jemen vgl. Laurent Bonnefoy, *Salafism in Yemen. Transnationalism and Religious Identity*, London 2011.

35 Vgl. Lisa Wedeen, *Peripheral Visions. Publics, Power and Performance in Yemen*, Chicago 2008, S. 198; Marieke Brandt, *The Global and the Local. Al-Qaeda and Yemen's Tribes*, in: Olivier Roy/Virginie Collombier (Hrsg.), *Tribes and Global Jihadism*, London 2017, S. 105–130.

Der Konflikt zwischen dem Regime und den Rebellen begann im Sommer 2004 im Zusammenhang mit einer Polizeioperation in Husayn al-Huthis Heimatdorf in den Bergen von Saada. Im tribalen Milieu des nördlichen Hochlandes entwickelte der Konflikt schnell eine enorme Eigendynamik und wuchs sich in den folgenden Jahren zu einem Krieg aus, der große Teile der Bevölkerung des Hochlandes gegen die Regierung mobilisierte und ab 2009 auch kurzzeitig die sensible Grenze nach Saudi-Arabien überschritt. Die Saudis nahmen dies zum Anlass, einen Luftkrieg gegen die Huthis zu beginnen, um ihre Grenze zu schützen und die bereits drohende Niederlage des Regimes in Sanaa zu verhindern; zudem fürchteten die Saudis die Entstehung einer schiitischen Entente zwischen den Huthis und dem Erzfeind Iran. Der Krieg endete unentschieden im Februar 2010. Die Zeit nach dem Ende der Saada-Kriege bis zum Beginn der Protestbewegung des Arabischen Frühlings 2011 nutzten die Huthis, ihre Macht im Norden zu konsolidieren. Es erübrigt sich zu sagen, dass sie ungeheuer von der Schwächung des Regimes durch die Protestbewegung und dem Sturz Salih's profitierten, mit dem sie sich anschließend, bis zu Salih's Tod 2017, gegen seinen Nachfolger Abd Rabbuh Mansur Hadi verbündeten. Ab 2013 verfolgten die Huthis eine Doppelstrategie der politischen Betätigung in Jemens Nationaler Dialogkonferenz und gleichzeitiger militärischer Expansion, was ihnen ermöglichte, ihre politischen Visionen in das Abschlussdokument der Nationalen Dialogkonferenz einzubringen und anschließend, im September 2014, die Hauptstadt Sanaa militärisch zu erobern.³⁶

ENTSTEHUNG DER SÜDBEWEGUNG

Die zweite große Widerstandsbewegung gegen das Regime in Sanaa ging vom ehemaligen Südjemen aus. Der Bürgerkrieg von 1994 zwischen dem ehemaligen Nord- und Südjemen hatte ein

36 Vgl. Brandt (Anm. 33), S. 337–342 sowie dies., *The Huthi Enigma. Ansar Allah and the Second Republic*, in: Marie-Christine Heinze (Hrsg.), *Yemen and the Search for Stability. Power, Politics and Society after the Arab Spring*, London 2018, S. 160–183. Zur Nationalen Dialogkonferenz siehe auch den Beitrag von Marie-Christine Heinze in diesem Heft.

unüberwindbares Misstrauen bei großen Teilen der südlichen Bevölkerung gegenüber dem Norden erzeugt, das sich in den Folgejahren noch verstärkte, als der Norden seine politische Hegemonie weiter ausbaute und dem vormals liberalen, modernistischen Süden seine tribal-konservativen und religiösen Werte aufzwang. Die südliche Wirtschaft lahmte; wegen Korruption und Rechtsunsicherheit war Aden nicht wie geplant zur Wirtschaftshauptstadt des vereinten Jemen geworden. 80 Prozent des jemenitischen Öls lagen auf südlichem Territorium, aber die Einnahmen aus der Ölförderung flossen in obskure Kassen in Sanaa. Die Einheit mit dem Norden wurde vom Süden zunehmend als eine feindliche Besatzung erlebt.³⁷

Die Südliche Bewegung, auch Hirak genannt, entstand 2006/07 als Folge von Demonstrationen südjemenitischer Staatsbediensteter und Soldaten, die gegen ihre Zwangspensionierung seit dem Bürgerkrieg von 1994 protestierten und höhere Pensionszahlungen forderten. Die Demonstrationen fanden Unterstützer aus anderen Bevölkerungsgruppen des Südens und weiteten sich schnell aus. Als die Proteste ab 2008 immer brutaler vom Regime unterdrückt wurden, das sich damals bereits im Krieg mit den Huthis befand, wurden im Süden Forderungen nach Abspaltung vom Norden und Rückkehr zum unabhängigen Südjemen laut. Mit Anbruch des Arabischen Frühlings 2011 wurde die Bewegung zur „Südarabischen Revolution“: ein Sammelbecken jener Gruppen, die für die Unabhängigkeit des Südens eintraten.³⁸ Viele von ihnen erinnern sich auf nostalgische Weise an Adens Vergangenheit; die sozialen Errungenschaften des Südjemen vor der Einheit haben bis heute eine große Wirkkraft auf die politische Mobilisierung vieler Südjemeniten.³⁹ Die Nationale Dialogkonferenz 2013 scheiterte darin, einen Dialog mit der Unabhängigkeitsbewegung des Südens zu etablieren; heute haben sich weite Teile des Sü-

dens unter der Führung des regierungsähnlichen Südübergangsrates de facto vom Norden abgespalten.⁴⁰ Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die derzeitige neuerliche Aufteilung des Jemen ein Dauerzustand ist oder eine weitere Episode in der an Fragmentierungen reichen jemenitischen Geschichte.

MARIEKE BRANDT

ist Wissenschaftlerin und Projektleiterin am Institut für Sozialanthropologie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Ihre Forschungen konzentrieren sich auf die Sozialanthropologie, politische Rolle und Geschichte der tribalen Gesellschaften Südwestarabiens, insbesondere des Jemen. marieke.brandt@oeaw.ac.at

APuZ- Newsletter abonnieren

www.bpb.de/newsletter

Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

³⁷ Vgl. Anne-Linda Amira Augustin, Die Südbewegung. Aden und die politischen Umbrüche im Jemen, in: Beate Backe/Thoralf Hanstein/Kristina Stock (Hrsg.), Arabische Sprache im Kontext. Festschrift zu Ehren von Eckehard Schulz, Leipzig 2018, S. 411–430.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. dies., Generational and Political Change in Southern Yemen, in: Heinze (Anm. 36), S. 93–114.

⁴⁰ Zum Südübergangsrat siehe auch den Beitrag von Marie-Christine Heinze in diesem Heft.

REVOLUTION, TRANSITION UND KRIEG

Eine Einführung in den Jemen-Konflikt

Marie-Christine Heinze

Nach fast fünf Jahren Dauer hat der Konflikt im Jemen das Land um etwa 20 Jahre zurückgeworfen.⁰¹ Mindestens 100 000 Menschen sind gewaltsam ums Leben gekommen,⁰² viele sind körperlich versehrt und psychisch traumatisiert, und eine fast komplette Generation an Kindern ist in ihrer Entwicklung verzögert. Selbst wenn der Jemen-Konflikt 2020 ein Ende finden sollte – und hierfür gibt es heute erstmals seit Langem zarte Knospen der Hoffnung –, werden lokal ausgegrenzte Kämpfe, politische Rängeleien auf Regierungsebene und viele Akteure, die nur auf den eigenen schnellen Profit bedacht sind, das Land auf lange Zeit am Abgrund eines erneuten Krieges halten. Die jüngere Geschichte dieses Konflikts birgt jedoch einige wichtige Lektionen für dessen nachhaltige Lösung.

FRÜHLING: DIE PROTESTE VON 2011

Es begann alles so hoffnungsvoll, um wie auch in anderen Ländern des „Arabischen Frühlings“ so gewaltsam und tragisch zu enden: Bereits im Januar 2011 begannen die ersten Proteste im Jemen, die stark inspiriert waren von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten. Sie gewannen deutlich an Zulauf, beginnend mit dem 11. Februar 2011, dem Tag des Rücktritts des ägyptischen Präsidenten Muhammad Husni Mubarak. Dessen „Sturz“ schürte die Hoffnung in weiten Teilen der Bevölkerung im Jemen, dass das scheinbar Unmögliche auch hier möglich sei: der Sturz des Regimes von Präsident Ali Abdullah Salih. Auf dem von den Protestierenden so benannten „Platz des Wandels“ in der Hauptstadt Sanaa fanden sich nun Angehörige von drei sehr unterschiedlichen Gruppierungen wieder: die Jugend, die Huthis und die Südliche Bewegung. Diese teilten jedoch wichtige Schnittmengen miteinander: die Erfahrung politischer und wirtschaftlicher Marginalisierung, die Empörung und Frustration an-

gesichts des Nepotismus und der Korruptheit der politischen Eliten sowie die Überzeugung, dass Hoffnung für sie persönlich, aber auch für die Zukunft der gesamten jemenitischen Gesellschaft, nur in einem grundlegenden Wandel des politischen Systems liegen könne.

Die „Jugend“ wird bis heute als die ursprünglich tragende Kraft der Proteste von 2011 gesehen. Unter diesem Begriff versammeln sich jedoch nicht (allein) junge Menschen nach westlichen Altersvorstellungen. Wie der Literaturwissenschaftler Abdulsalam al-Rubaidi herausgearbeitet hat, bezieht sich dieser Begriff im Jemen weniger auf eine Altersgruppe als auf eine Position in der Gesellschaft und umfasst Männer und Frauen, deren Leben unter der Autorität einer Vaterfigur steht und die damit nicht unabhängig ihre eigenen Entscheidungen treffen können.⁰³ Die „Jugendrevolution“ von 2011 wurde daher auch als eine Revolte gegen die „Vaterfigur“ Ali Abdullah Salih gesehen, der bereits seit 33 Jahren die Geschicke des Landes lenkte. Die pulsierende Kreativität der „Jugend“, die sich unter anderem aus Studierenden, AkademikerInnen, JournalistInnen und zivilgesellschaftlichen AktivistInnen zusammensetzte, verlieh den Protesten in Sanaa und vielen weiteren Städten des Landes Anfang 2011 eine unglaubliche Dynamik und nährte die Hoffnung, dass im „neuen Jemen“ auch ein ganz anderes System als das bislang vorherrschende möglich sei.

Zu den Protesten der Jugend stießen rasch zwei weitere Akteursgruppen hinzu: die Huthis und die Südliche Bewegung. Die Huthis, die die Bezeichnung „Ansar Allah“ (Anhänger Gottes) vorziehen, hatten sich zwischen 2004 und 2010 sechs Runden eines immer wieder aufflammenden und zunehmend brutalen Krieges mit der jemenitischen Regierung geliefert.⁰⁴ Während diese Kämpfe vor allem in der Heimatregion der Huthis in Saada im Norden des Landes an der Grenze zu Saudi-Arabien stattfanden, boten die Proteste

2011 den Huthis die Gelegenheit, sich eine sichtbare Präsenz in der Hauptstadt zu sichern.

Ebenso logisch, weil als Protestbewegung dem „Arabischen Frühling“ vorgängig, war der Anschluss der Südlichen Bewegung an die Proteste. Auch im Süden wendeten sich die seit 2007 andauernden Proteste gegen die Marginalisierung dieser Landesteile gegen Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit, sodass ein Anschluss an die landesweite Dynamik ein natürlicher Schritt war.

Diese Kooperation endete jedoch jäh, als am 18. März 2011 Heckenschützen die oppositionellen Demonstranten auf dem „Platz des Wandels“ ins Visier nahmen, mindestens 53 von ihnen töteten und zahlreiche weitere verletzten. Dies führte zum Bruch vieler bislang weiterhin Salih und seine Partei, den Allgemeinen Volkskongress (AVK), stützender Persönlichkeiten mit der Regierung. Zu ihnen zählte auch einer der engsten Vertrauten Salihis, General Ali Muhsin al-Ahmar,⁰⁵ der – gefolgt von weiteren Truppen und Generälen – dadurch das Militär in zwei Lager spaltete und in der Folge den militärischen Schutz des „Platzes des Wandels“ in Sanaa übernahm.

Mit diesem Wechsel zentraler, das Regime bislang stabilisierender Kräfte auf die Seite der Demonstrierenden änderte sich der Charakter der „jemenitischen Revolution“ nachhaltig. Die Proteste wurden nun zunehmend von der oppositionellen Islah-Partei⁰⁶ dominiert und gewannen

somit an Struktur und landesweiter Koordination. Gleichzeitig hatten viele Mitglieder der „Jugend“ jedoch das Gefühl, dass ihre Revolution von Kräften gekapert wurde, die sie als Bestandteil des korrupten Regimes betrachteten. Vor allem auch Anhänger der Südlichen Bewegung zogen sich nun wieder aus den gemeinsamen Protesten zurück, waren diese doch inzwischen dominiert von nordjemenitischen Kräften, gegen die sie in den vergangenen Jahren auf die Straße gegangen waren.

Die Konflikte waren nun von einer Pattsituation zwischen den Sicherheitskräften geprägt, die in kurzfristigen Gewaltausbrüchen zwischen den konfligierenden Parteien und in einem andauernden niedrigniveauigen Gewaltniveau gegenüber den Demonstrierenden resultierte, insbesondere in Taizz und Sanaa. Weder der Bombenanschlag auf die Moschee in Salihis Palastanlage am 3. Juni und seine darauffolgende Ausreise zur Behandlung nach Riad noch seine überraschende Rückkehr am frühen Morgen des 23. September trugen zu einer signifikanten Veränderung dieser Grundkonstellation bei. Erst am 23. November 2011, nach neunmonatigen Protesten, unterzeichnete Ali Abdullah Salih im Gegenzug für Immunität die sogenannte Golfkooperationsratsinitiative (GKR-Initiative), die seinen Rücktritt und den nachfolgenden Transitionsprozess festlegte.

SOMMER: DER TRANSITIONSPROZESS 2012/13

Der Transitionsprozess wurde eingeläutet mit der Vereidigung einer Übergangsregierung, bestehend aus der ehemaligen Regierungspartei AVK und den wichtigsten Oppositionsparteien, allen voran der Islah-Partei, Anfang Dezember 2011, der Verabschiedung des Immunitätsgesetzes für Salih und seine Familie im Januar 2012 und der Wahl von Salihis ehemaligem Stellvertreter, Abd Rabbuh Mansur Hadi, zum Übergangspräsidenten, die ohne Gegenkandidaten im Februar 2012 stattfand. Des Weiteren sah der Exekutivmechanismus der GKR-Initiative drei Säulen für den Transitionsprozess vor, der abschließend in einer neuen Verfassung inklusive Referendum sowie Neuwahlen enden sollte: *erstens* eine Sicherheitssektorreform mit dem vornehmlichen Ziel, die Spaltung der Armee zu überwinden, *zweitens*

01 Vgl. Jonathan D. Moyer et al./United Nations Development Programme, *Assessing the Impact of the War in Yemen*, Sanaa 2019.

02 Vgl. Armed Conflict Location & Event Data Project, *Over 100 000 Reported Killed in Yemen War*, 31. 10. 2019, www.acleddata.com/2019/10/31/press-release-over-100000-reported-killed-in-yemen-war.

03 Vgl. Abdulsalam al-Rubaidi, *The Concept of „shabāb“ in Yemen. Some Remarks*, in: *Jemen-Report 47/2016*, S. 122–125.

04 Siehe auch den Beitrag von Marieke Brandt in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

05 Ali Muhsin al-Ahmar war zuletzt Oberkommandierender der Streitkräfte im Norden des Landes gewesen und hatte für Salih die Kämpfe gegen die Huthis angeführt. Er galt bis dahin als einer der engsten Vertrauten des Präsidenten und als zweitstärkster Mann im Sicherheitsapparat. Salihis Bemühungen, seinen Sohn anstatt ihm als Nachfolger aufzubauen, hatte das Verhältnis der beiden Männer jedoch zunehmend getrübt.

06 Die Islah-Partei war die größte Oppositionspartei des Landes und ist ein Zusammenschluss wichtiger gesellschaftlicher Akteure, unter anderem der jemenitischen Muslimbruderschaft, wichtigen tribalen Kräften und Geschäftsleuten.

ein *Transitional-justice*-Prozess, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für den Tod und das Verschwinden von Zivilisten verantwortlich waren, und *drittens* eine Nationale Dialogkonferenz, um unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen einen neuen Gesellschaftsvertrag auszuhandeln, der in eine neue Verfassung münden sollte.

Von diesen drei zentralen Säulen verlief die Nationale Dialogkonferenz sicherlich am erfolgreichsten. Hier kamen zwischen März 2013 und Januar 2014 ein Großteil aller soziopolitischen Akteure in der Hauptstadt Sanaa zusammen, um in neun Arbeitsgruppen gemeinsam Empfehlungen für ein neues politisches Miteinander zu erarbeiten. Jedoch erkennen bis heute große Teile der Südlichen Bewegung die Nationale Dialogkonferenz und die daraus resultierenden Ergebnisse nicht an.⁰⁷ Darüber hinaus konnten zentrale Fragen, wie zum Beispiel die zukünftige föderale Struktur des Jemen, nicht erfolgreich in der Konferenz verhandelt werden.

Die Umsetzung der zweiten zentralen Säule der GKR-Initiative, *transitional justice*, gestaltete sich am schwierigsten. Das lag vor allem an der Immunitätsgarantie für den ehemaligen Präsidenten und seine Familie, aber auch an der fortgesetzten Einbindung der alten Eliten in die Regierung, die an einem solchen Prozess kein verstärktes Interesse hatten.

Die Umsetzung der ersten Säule des Transitionsprozesses beschränkte sich letztendlich auf einige symbolträchtige Veränderungen an der Spitze wichtiger Einheiten. Die für das Innen- und Verteidigungsministerium initiierten Reformprozesse konnten bis zum Beginn des Krieges kaum substanzielle und vor allem dauerhafte Veränderungen vorweisen.

Folgende zentrale Probleme stellten den Transitionsprozess vor anhaltende Herausforderungen: Zum einen wurden bei der Aushandlung der GKR-Initiative wichtige neue politische Akteure, etwa die Jugend, die Huthis und die Südliche Bewegung, zugunsten der alten Eliten vernachlässigt. Dem gesamten Prozess mangelte es

daher von Vorneherein an Legitimität in weiten Teilen der politisierten Bevölkerung. Dies konnte nur teilweise durch die Nationale Dialogkonferenz kompensiert werden, da sich hier vor allem auch wichtige Akteure aus der Südlichen Bewegung nicht beteiligten.

Zum anderen war ein Großteil der Akteure mit Ausnahme der Jugend und dem Großteil der Südlichen Bewegung bewaffnet und bereit, die eigenen Interessen gegebenenfalls auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Darüber hinaus standen alle Akteure einander misstrauisch gegenüber. Dies führte dazu, dass man zwar bereit war, im Rahmen der Nationalen Dialogkonferenz miteinander zu verhandeln, gleichzeitig jedoch versuchte, sich auf lokaler Ebene durch Waffengewalt und auf diskursiver Ebene durch Propaganda in eine möglichst einflussreiche Position zu bringen. Parallel zur Konferenz in Sanaa kam es daher immer wieder zu bewaffneten Konfrontationen, vor allem auch zwischen Angehörigen der Huthi-Rebellen und mit der Islah-Partei affilierten Stammesmilizen.

Ferner war die Regierung der Nationalen Einheit, die sich seit Dezember 2011 bis September 2014 zur Hälfte aus ehemaliger Regierungspartei und ehemaliger Oppositionskoalition zusammensetzte, zu sehr mit den eigenen Grabenkämpfen beschäftigt, um sich in einem für die Bevölkerung spürbaren Maße um die alltäglichen Regierungsgeschäfte kümmern zu können. Während sich der Transitionsprozess und die Diskussionen in der Nationalen Dialogkonferenz also hinzogen, verschlechterte sich die wirtschaftliche und humanitäre Lage der Bevölkerung zunehmend, die daraufhin immer mehr das Vertrauen in den Prozess verlor.

Hinzu kam, dass Präsident Hadi – jenseits der Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft – nicht den notwendigen (militärischen) Einfluss hatte, um sich gegenüber den anderen politischen Akteuren nachhaltig durchsetzen zu können. Nach dem Vorbild seines Vorgängers versuchte er daher, die unterschiedlichen Akteure gegeneinander auszuspielen, um durch deren Schwächung sein eigenes politisches Überleben zu sichern. Darüber hinaus kommunizierte er nicht ausreichend mit der Bevölkerung, um diese in dem politischen Übergangsprozess mitzunehmen und den Menschen zu erklären, warum dieser Prozess so lange dauerte, warum er aber letztendlich so wichtig war.

07 Nachdem deutlich gemacht worden war, dass die Einheit des Jemen im Rahmen der Nationalen Dialogkonferenz nicht zur Debatte stehen dürfe, hatten sich die Repräsentanten der Südlichen Bewegung aus der Konferenz zurückgezogen. Nachnominiert wurden andere, Präsident Hadi nahestehende Repräsentanten der Bewegung, die bereit waren, die Einheit des Jemen nicht infrage zu stellen.

HERBST: 2014

Am 21. Januar 2014 kam die Nationale Dialogkonferenz unter großem internationalen Druck – und sechs Monate später als ursprünglich geplant – zu ihrem Ende. Etwa 1800 Empfehlungen für einen neuen Gesellschaftsvertrag gingen aus den neun Arbeitsgruppen hervor. Am gleichen Tag wurde mit dem „Garantiedokument“ Hadi Präsidentschaft, die auf zwei Jahre angelegt eigentlich im Februar geendet hätte, um ein weiteres Jahr verlängert. Die Ergebnisse der Konferenz sind bis heute für viele Jemeniten – und auch für viele der derzeit am Krieg beteiligten Akteure – weiterhin zukunftsweisend und bindend. Die Konferenz stellt daher einen wichtigen Meilenstein in der jüngeren Geschichte des Jemen dar.

Die eine zentrale Frage jedoch – nämlich wie in Zukunft das politische System des Jemen strukturiert sein sollte – konnte dort nicht gelöst werden. Zwar hatte man sich grundsätzlich auf die Einführung eines föderalen Systems geeinigt, war jedoch zu keinem Kompromiss mit Blick auf die Aufteilung der föderalen Regionen gekommen. Diese Frage ließ Präsident Hadi dann kurz nach Ende der Nationalen Dialogkonferenz von einem von ihm bestimmten und daher nicht politisch repräsentativen Gremium entscheiden. Die Huthis, die hier nicht vertreten waren, waren besonders unzufrieden mit dem Ergebnis, zerstörte es doch ihre Hoffnung auf eine semi-autonome Region unter ihrer Kontrolle im Norden des Landes.

Präsident Hadi trieb den Transitionsprozess jedoch weiter voran und gab Anfang März die Mitglieder des Komitees zum Schreiben der neuen Verfassung bekannt. Dieses war nun mit der komplexen Aufgabe betraut, aus den rund 1800 Empfehlungen der Nationalen Dialogkonferenz eine neue Verfassung auszuarbeiten und diese gleichzeitig in ein föderales System zu gießen. Dass keineswegs alle Mitglieder dieses Komitees Experten in rechtswissenschaftlichen Fragestellungen waren, machte die Sache nicht leichter. Während sich das Komitee in den darauffolgenden Monaten seiner herausfordernden Aufgabe widmete, destabilisierte sich die wirtschaftliche und politische Lage im Jemen zunehmend. Nicht nur die Bevölkerung verlor immer mehr ihr Vertrauen in den Transitionsprozess, von dem sie

nichts mitbekam, der jedoch offensichtlich ihre Lage nicht verbesserte, sondern auch die Akteure, die sich in der Nationalen Dialogkonferenz und in den nachfolgenden Gremien und Entscheidungen nicht ausreichend repräsentiert gefühlt hatten.

Im September 2014 nahmen die Huthis dann mithilfe ihres ehemaligen Erzfeindes und nun Verbündeten Ali Abdullah Salih nach zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen und einer mehrwöchigen Eskalationsstrategie die Hauptstadt Sanaa ein. Ein in der Folge unter Mitwirken des UN-Sondergesandten ausgehandeltes Friedens- und Nationales Partnerschaftsabkommen wurde am 21. September unterzeichnet. Es sah den schrittweisen Rückzug der Huthis aus der Hauptstadt im Gegenzug für folgende Maßnahmen vor: die Ernennung zweier zusätzlicher Präsidentenberater – jeweils ein Repräsentant der Huthis und der Südlichen Bewegung – und eines neuen, politisch neutralen Premierministers; die Bildung einer neuen Technokraten-Regierung unter Beteiligung der Huthis und der Südlichen Bewegung; die teilweise Wiedereinführung der Energiesubventionen, die Ende Juli erheblich gekürzt worden waren; sowie die Bekämpfung von Korruption und die forcierte Umsetzung der Empfehlungen der Nationalen Dialogkonferenz. Anfang November wurde tatsächlich eine neue Technokraten-Regierung unter Premierminister Khalid Bahah eingesetzt, die jedoch aufgrund der fortgesetzten Besetzung der Ministerien und anderer wichtiger staatlicher Institutionen durch die Huthis kaum in der Lage war, die Amtsgeschäfte schnell zu übernehmen und mit dem notwendigen Druck zu führen.

Als Mitte Januar 2015 der inzwischen fertiggestellte Verfassungsentwurf, der trotz gegenteiliger vorheriger Absprachen einen Paragraphen zur Festlegung der umstrittenen föderalen Aufteilung des Landes in sechs Regionen enthielt, in der Hauptstadt Sanaa vorgestellt werden sollte, eskalierte dort die militärische Lage. Am 22. Januar traten Regierung und Präsident Hadi zurück und wurden sofort von den Huthis unter Hausarrest gestellt. Am 6. Februar gaben die Huthis im Rahmen einer „Verfassungsdeklaration“ die Einrichtung eines nationalen Übergangsrates mit 551 Mitgliedern sowie eines Präsidentschaftsrates unter Leitung von Muhammad al-Huthi, einem Cousin Abd al-Malik al-Huthis, bekannt und vollendeten damit ihre Machtübernahme. Am

21. Februar, also genau an dem Tag, an dem seine Präsidentschaft formal geendet hätte, gelang Hadi die Flucht aus seinem Hausarrest in die südliche Hafenstadt Aden, wo er von seinem Rücktritt zurücktrat und die Bildung einer neuen Regierung ankündigte. In den folgenden Tagen jedoch rückten die Huthi/Salih-Kräfte mit ihren Truppen Richtung Aden vor und zwangen Hadi zur Flucht nach Saudi-Arabien.

WINTER: 2015 BIS HEUTE

Am 25. März griff dann die saudisch geführte Koalition in den Jemen-Konflikt ein, der seitdem am besten als Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung beschrieben werden kann. Dieses Eingreifen der Koalition wurde nachträglich im April 2015 vom UN-Sicherheitsrat mit Resolution 2216 legitimiert. Bereits im Sommer 2015 gelang es Kämpfern des südlichen Widerstands mit Unterstützung der Koalition und hier vor allem der Vereinigten Arabischen Emirate, Aden von der Huthi/Salih-Allianz zu befreien, Ende 2015 war die Allianz dann aus dem Großteil des ehemaligen Südjemen zurückgedrängt worden. In den folgenden zwei Jahren blieben die Fronten mehr oder weniger statisch. Eine wirkliche Veränderung in der Dynamik resultierte erst aus dem Bruch der Huthi/Salih-Allianz und dem Tod Salihs durch die Huthis Anfang Dezember 2017. Im Vorfeld hatte Salih angesichts eines zunehmenden Machtverlustes innerhalb der Allianz vorsichtig seine Fühler zur Gegenseite ausgestreckt und sich indirekt zu einem Bruch mit den Huthis bereit erklärt. Nach seinem Tod wandten sich einige seiner Familienmitglieder und Anhänger von den Huthis ab, während andere sich den Huthis anschlossen oder von diesen inhaftiert wurden. Diese Schwächung der Gegenseite wollte die Anti-Huthi-Koalition zum Vorstoß auf al-Hudaidah, die seit 2015 unter Huthi-Kontrolle stehende Hafenstadt am Roten Meer, nutzen und rückte im Laufe des Jahres 2018 zunehmend gen Norden vor.

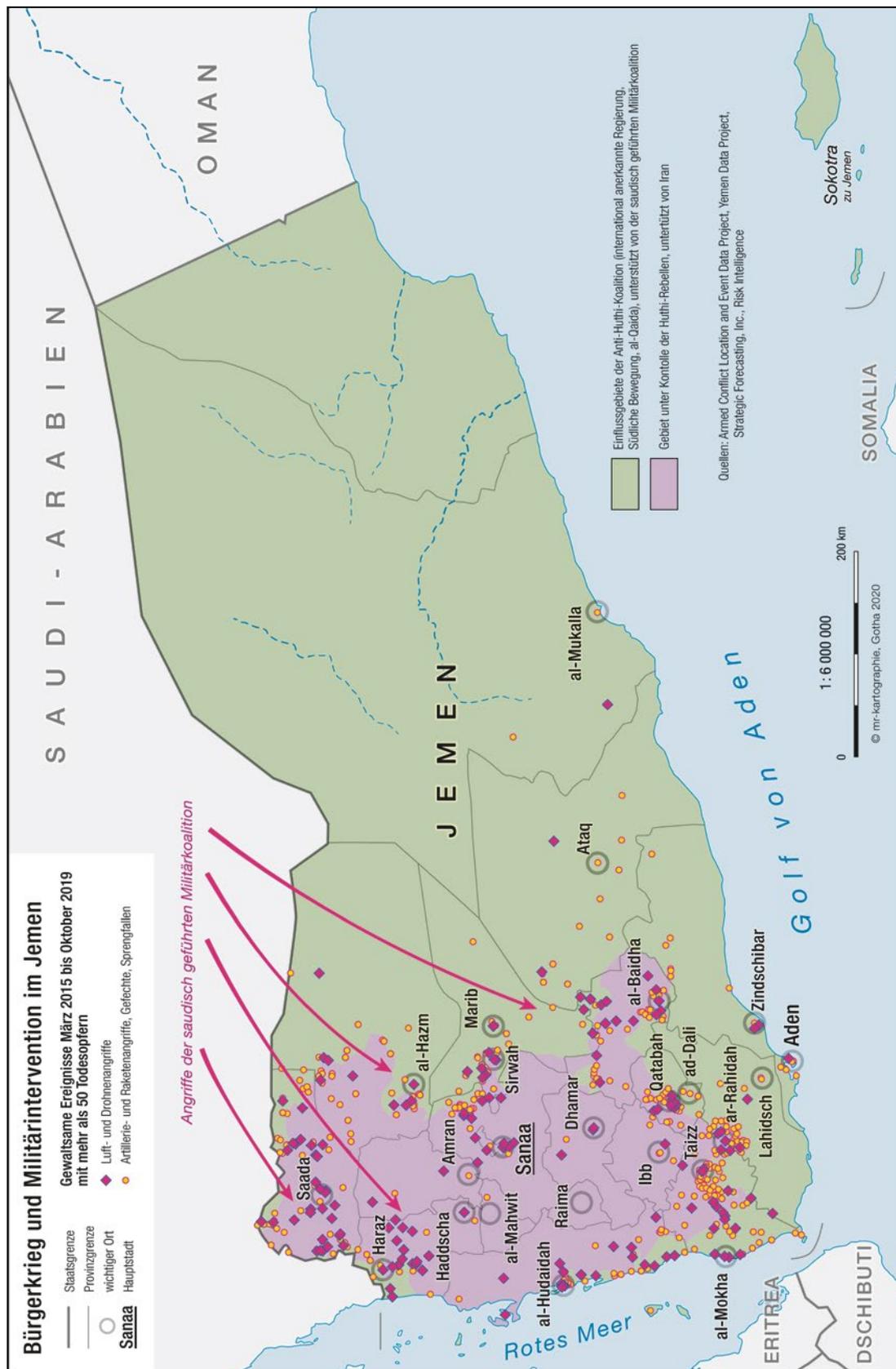
Will man allein die groben Konfliktlinien nachzeichnen, so stehen sich heute auf der einen Seite die Huthis und auf der anderen Seite eine Anti-Huthi-Koalition unter nomineller Führung der international anerkannten Regierung gegenüber. Die Huthis werden unterstützt von Iran und dessen regionalen Partnern, vor allem der

Hisbollah. Der Umfang dieser Unterstützung ist – auch in Form von Waffenlieferungen – im Laufe der Kriegsjahre gewachsen, allerdings ist Iran gegenüber den Huthis keineswegs weisungsbefugt. Iran kann Ratschläge erteilen, die Entscheidungen treffen jedoch die Huthis.

Die Lage auf der Gegenseite ist weitaus komplexer: Hier finden sich zum einen die international anerkannte Regierung und Präsident Hadi. Letzterer lebt seit 2015 in Riad. Eine wichtige Rolle spielt hier unter anderem die Islah-Partei, die mit Vizepräsident Ali Muhsin, durch den ein Großteil des saudi-arabischen Geldes zur Unterstützung der Kämpfe im Jemen fließt und der die im Norden gegen die Huthis kämpfenden Truppen befehligt, sowie mit Shaykh Sultan al-Aradah, dem populären Gouverneur der Boom-Region Marib, großes Gewicht in der Regierung hat. Teil der Anti-Huthi-Koalition sind zum anderen wichtige Akteure der Südlichen Bewegung, von denen viele weiterhin einen eigenständigen südarabischen Staat anstreben. An vorderster Front steht hier der Südübergangsrat, der von sich behauptet, die legitime politische Vertretung aller Südjemeniten zu sein. Der Südübergangsrat wurde im Mai 2017 gegründet; sein Präsident ist der vorherige Gouverneur von Aden, Aydarus al-Zubaidi, sein Vize der Salafi Hani Ali bin Braik. Letzterer steht dem „Sicherheitsgürtel“ vor, eine Ansammlung von mit dem Südübergangsrat affilierten und von den Vereinigten Arabischen Emiraten ausgebildeten und unterstützten Milizen.

Außerdem umfasst die Anti-Huthi-Koalition eine Vielzahl weiterer Akteure, darunter Anhänger der Südlichen Bewegung, die sich nicht vom Südübergangsrat repräsentiert fühlen, Milizen- und Stammesführer, die auf lokaler Ebene vor allem für ihre eigenen Interessen gekämpft haben, Anhänger von al-Qaida und dem sogenannten Islamischen Staat und viele mehr. Es ist hier auch wichtig zu betonen, dass viele Männer auf beiden Seiten kämpfen, weil dies die einzige Möglichkeit ist, an ein regelmäßiges Einkommen zu gelangen. So rekrutiert zum Beispiel Saudi-Arabien schon seit Längerem diejenigen, die an der eigenen Grenze gegen die Huthis kämpfen, aus der Bevölkerung des südlichen Jemen.

Unterstützt wird die Anti-Huthi-Koalition von der saudisch geführten Koalition, wobei sich hier auch recht schnell unterschiedliche Interessen, Prioritäten und auch Brüche bemerkbar ge-



macht haben. Saudi-Arabien unterstützt vor allem die international anerkannte Regierung und Präsident Hadi und ist im Jemen eher in den nördlichen Regionen aktiv sowie in al-Mahra an der Grenze zu Oman. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben seit 2015 große Ressourcen in den Aufbau des „Sicherheitsgürtels“ und anderer mit ihnen affilierter Milizen im Süden des Landes sowie in die Unterstützung des Südübergangsrates gesteckt. Ihr Augenmerk lag hierbei nicht nur auf den strategisch wichtigen Häfen von Aden und al-Mukalla entlang des Golfs von Aden, sondern auch auf der gezielten Eindämmung des Einflusses der Muslimbrüder, die durch die Islah-Partei in den vergangenen Jahrzehnten breiten Rückhalt in der südlichen Bevölkerung erfahren haben und welche von den Vereinigten Arabischen Emiraten als Terroristen betrachtet werden.

Das Engagement der saudisch geführten Koalition im Jemen wäre nicht möglich ohne die militärische und materielle Unterstützung aus dem (westlichen) Ausland. An vorderster Front stehen hier die USA und Großbritannien, aber auch Frankreich, Deutschland und weitere Länder haben durch die lukrativen Waffenhandelsverträge mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten am Sterben im Jemen mitverdient.

Diese unterschiedlichen Haltungen innerhalb der saudisch geführten Koalition gegenüber den Muslimbrüdern in der Anti-Huthi-Koalition haben zum Beispiel dazu geführt, dass sich Taizz, die drittgrößte Stadt des Jemen, seit 2015 in einem katastrophalen Belagerungszustand befindet und die Huthis hier aufgrund der Spaltung innerhalb der Anti-Huthi-Koalition bislang nicht zurückgedrängt werden konnten. Noch gravierender jedoch sind die tiefen Gräben zwischen der international anerkannten Regierung, die den Anspruch erhebt, das gesamte jemenitische Territorium zu kontrollieren, und dem Südübergangsrat, der mittel- und langfristig einen eigenständigen Staat anstrebt. Diese Spannungen haben immer wieder – und zuletzt im August/September 2019 – zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen auf der Seite der international anerkannten Regierung stehenden Truppen und jenen des „Sicherheitsgürtels“ in Aden und den umliegenden Gouvernoraten geführt. In der Folge dieser Kämpfe musste die in der temporären Hauptstadt Aden sitzende Regierung zeitweise das Land verlassen.

AUSBLICK

Welche Chancen auf Frieden gibt es angesichts dieser Vielfalt und Komplexität der Akteure?⁰⁸ Dreimal haben die Vereinten Nationen bislang erfolglos versucht, zwischen den Hauptkonfliktparteien zu vermitteln: im Juni und Dezember 2015 in Genf und Biel sowie von April bis Mai 2016 in Kuwait.⁰⁹ Erst die Gespräche Anfang Dezember 2018 in Schweden, die explizit keine Friedensverhandlungen, sondern nur Vorgespräche waren, brachten mit dem Stockholm-Abkommen einen ersten kleinen Durchbruch.¹⁰ Verantwortlich für diesen Durchbruch war unter anderem der massive Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien nicht nur vor dem Hintergrund der Affäre rund um die Tötung des Journalisten Dschamal Kachoggi, sondern vor allem auch, weil nur durch ein solches Abkommen ein sich im Laufe des Jahres 2018 anbahnender Angriff auf die Hafenstadt al-Hudaidah durch die Anti-Huthi-Koalition noch zu vermeiden war.¹¹ Dieser internationale Druck führte jedoch auch dazu, dass das Stockholm-

08 Siehe auch den Beitrag von Mareike Transfeld in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

09 Einen sehr guten Überblick über diese und weitere gescheiterte Mediationsversuche im Umgang mit den Huthis bietet Marieke Brandt, *Twelve Years of Shifting Sands. Conflict Mediation with Yemen's Huthis (2004–2016)*, in: *Jemen-Report* 49/2018, S. 104–116.

10 Für eine detailliertere Analyse des Stockholm-Abkommens und seiner Umsetzung vgl. Marie-Christine Heinze, *Stand der Friedensverhandlungen im Jemen*, in: *Jemen-Report* 50/2019, S. 48f.

11 Das Augenmerk der Anti-Huthi-Koalition lag unter anderem deswegen auf al-Hudaidah, weil die Huthis dort seit 2015 durch das Erheben von Zöllen auf die über den Hafen importierten Waren hohe Einnahmen erzielen konnten. Ein anderer vonseiten der Koalition und der saudisch geführten Koalition immer wieder vorgebrachter Grund ist die Annahme, dass die Huthis über den Hafen der Stadt Waffenlieferungen aus Iran erhalten. Aufgrund des Kontrollmechanismus UNVIM der Vereinten Nationen, den jedes Schiff vor Löschen seiner Fracht in al-Hudaidah durchlaufen muss, ist dies jedoch eher unwahrscheinlich; die von Iran gelieferten Waffenteile kommen über andere Wege ins Land. Der Fokus der internationalen Gemeinschaft bei den Verhandlungen in Schweden lag vor allem deswegen auf al-Hudaidah, weil über diesen Hafen nicht nur der Großteil aller kommerziellen Importe ins Land kommt – als wichtigster im Norden gelegener Hafen versorgt er den Großteil der jemenitischen Bevölkerung, die zu rund 70 Prozent im Norden lebt –, sondern auch der Großteil der humanitären Lieferungen in den Jemen. Wären Kämpfe um die Hafenstadt und insbesondere den Hafen selbst ausgebrochen, hätte dies die ohnehin hungernde Bevölkerung in eine noch tiefere Katastrophe gestürzt.

Abkommen in vielen Details sehr vage war und in der Folge von den Verhandlungsparteien unterschiedlich ausgelegt wurde. Entsprechend schwierig hat sich seine Umsetzung seitdem gestaltet, viele Details mussten erst im Nachhinein verhandelt werden – zum Teil bis heute.

Größere Hoffnungen setzt die internationale Gemeinschaft nun in neuere Dynamiken, die unter anderem aus den Auseinandersetzungen zwischen der international anerkannten Regierung und dem mit dem Südübergangsrat affilierten „Sicherheitsgürtel“ resultieren. Um eine weitere Eskalation der im August ausgebrochenen Kämpfe in Aden und das Auseinanderbrechen der Anti-Huthi-Koalition zu verhindern, brachte Saudi-Arabien die Konfliktparteien zunächst in Dschidda und später in Riad zusammen. Das am 5. November 2019 unterzeichnete Riad-Abkommen sieht nun die Bildung einer neuen Regierung vor, bestehend jeweils zur Hälfte aus Ministern aus dem Norden und dem Süden, sowie die Eingliederung der mit dem Südübergangsrat affilierten Milizen in die Sicherheitsstrukturen der Regierung. Darüber hinaus wird der Südübergangsrat in Zukunft Teil der Regierungsdelegation bei möglichen Friedensverhandlungen mit den Huthis sein. Saudi-Arabien hat zur Stützung des Abkommens Truppen nach Aden geschickt und übernimmt damit von den Vereinigten Arabischen Emiraten, die nach eigenen Angaben ihre Truppen im Laufe des Jahres 2019 aus dem Süden zurückgezogen haben, auch militärisch die regionale Vorherrschaft im Süden des Landes. Darüber hinaus führen die Saudis auch Gespräche mit weiteren hochrangigen Politikern aus anderen Fraktionen, um die Anti-Huthi-Koalition weiter zu einen.¹²

Neben dem Riad-Abkommen stimmen aber auch die direkten Gespräche zwischen Saudi-Arabien und den Huthis vor allem über die Sicherheit der saudisch-jemenitischen Grenze die internationale Gemeinschaft hoffnungsvoll, dass es im Laufe von 2020 zu umfassenden Friedensgesprächen kommen könnte. Die aktive Rolle, die Saudi-Arabien hier in den verschiedenen Gesprächssträngen einnimmt, verweist zumindest auf das große Interesse des Königreiches, diesen Krieg zu

einem Ende zu bringen. Viele Hürden und Fragezeichen bleiben jedoch bestehen: Nicht nur ist das Riad-Abkommen – wie auch das Stockholm-Abkommen – in Teilen vage formuliert und kann daher auch durchaus noch an der Umsetzung scheitern. Auch ist das Misstrauen zwischen den Huthis und der vielgesichtigen Gegenseite groß – bis zu einem umfassenden Friedensabkommen ist es daher noch ein langer, steiniger Weg.

Sollte es doch zu einem Friedensabkommen kommen, so wird die nachfolgende (erneute) Transitionsphase geprägt sein von Akteuren, die sich nicht an das Abkommen gebunden fühlen und in diesem keinen Vorteil sehen, vom (gewaltsamen) Geschacher der Konfliktparteien um eine möglichst vorteilhafte Position für mögliche Neuwahlen und von einer hungernden Bevölkerung, die wieder verzweifelt darauf wartet, dass das Leiden und die Hoffnungslosigkeit endlich ein Ende haben. Deutschlands Einfluss auf die ersten zwei Gefahren wird merklich gering sein. Was wir jedoch tun können, ist, uns in unseren Plänen und Strategien bereits jetzt auf eine Post-Konfliktphase vorzubereiten, sodass die Bevölkerung dann möglichst schnell die Vorteile des Friedens zu spüren bekommt. Nur wenn dies geschieht, hat der Jemen eine Chance auf nachhaltigen Frieden.

MARIE-CHRISTINE HEINZE

ist Vorstandsvorsitzende von CARPO – Center for Applied Research in Partnership with the Orient. Sie hat Islamwissenschaften in Bonn und Friedens- und Sicherheitsforschung in Hamburg studiert und in der Bielefelder Sozialanthropologie zum Jemen promoviert.

heinze@carpo-bonn.org

¹² Vgl. Peter Salisbury, *The Beginning of the End of Yemen's Civil War?*, 5. 11. 2019, www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/yemen/beginning-end-yemens-civil-war.

WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DES KONFLIKTS IM JEMEN

Rafat Al-Akhali

Bereits vor Ausbruch des aktuellen Krieges im Jemen 2015 litt das Land unter wiederholten Konflikten und damit unter Instabilität, schlechter Regierungsführung, Unterentwicklung, wirtschaftlichem Niedergang und einer weit verbreiteten Armut. Der Anteil der Bevölkerung, der in extremer Armut lebt,⁰¹ stieg von 7,4 Prozent 1998 auf 18,8 Prozent 2014. Die Weltbank schätzte die extreme Armut für 2018 auf 51,9 Prozent und die Armutsrate insgesamt auf 80,6 Prozent.⁰²

In den ersten beiden Jahrzehnten nach der Vereinigung des Nordjemen und der Demokratischen Volksrepublik Jemen 1990 hatte der Jemen bescheidene Verbesserungen beim Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index, HDI) der Vereinten Nationen erzielt, mit dem langfristige Entwicklungen in drei wesentlichen Dimensionen gemessen werden: Lebenserwartung bei Geburt, Bildung und Lebensstandard. Das Land hatte zwischen 1990 und 2010 seinen HDI-Wert von 0,399 auf 0,498 gesteigert. Anschließend kehrte sich die Entwicklung jedoch wieder um, und 2017 belegte der Jemen mit einem HDI von 0,452 den 178. Platz unter 189 Staaten.⁰³ Damit lag er auch unter dem Durchschnittswert von 0,504 für Länder mit niedrigem Entwicklungsstand und unter dem Durchschnitt von 0,699 für arabische Länder.

Dieser Beitrag bietet einen Überblick über die wirtschaftliche Situation im Jemen vor dem Konflikt, gefolgt von einer Analyse der Auswirkungen des Krieges auf den Arbeitsmarkt, einzelne Wirtschaftssektoren, die Infrastruktur und volkswirtschaftliche Kennzahlen.

BESCHÄFTIGUNGS- UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR VOR 2015

Vor dem Konflikt betrug die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von 15 Jahren und äl-

ter im Jemen 13,4 Millionen.⁰⁴ Ein Großteil der Beschäftigung, nämlich 73,2 Prozent, erfolgte im informellen Sektor. Im formellen Sektor waren 4,85 Millionen Personen beschäftigt, 653 000 waren arbeitslos. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 13,5 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit war mit 24,5 Prozent fast doppelt so hoch. Etwa 30 Prozent der Erwerbstätigen waren im Staatsdienst beschäftigt, über 29 Prozent der verfügbaren Arbeitsplätze fanden sich in der Landwirtschaft (*Abbildung 1*).

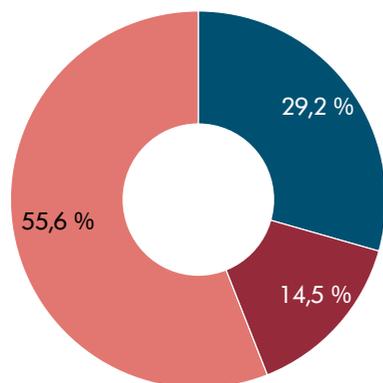
Mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur des Jemen sind Erdöl und Erdgas die wesentlichen Säulen. Bergbau und Rohstoffförderung, die von der Öl- und Gasproduktion dominiert werden, machten 2014 nach aktuellen Preisen etwa 24 Prozent des jemenitischen BIP aus. Den zweitwichtigsten Wirtschaftszweig bilden Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei, deren Anteil am BIP 2014 rund 13 Prozent betrug. Darauf folgen die öffentliche Hand, der Groß- und Einzelhandel, Transport und Lagerdienstleistungen, die verarbeitende Industrie, Immobilien und Unternehmensdienstleistungen sowie die Bauwirtschaft (*Abbildung 2*).⁰⁵

Erdöl- und Erdgasförderung ist nicht nur aufgrund ihres Beitrags zum BIP von großer Bedeutung, sondern bildet auch einen wesentlichen Anteil der staatlichen Einnahmen sowie an den Gesamtexporten des Landes. Von 2010 bis 2014 generierte sie zwischen 46 und 65 Prozent der öffentlichen Einnahmen und machte zwischen 72 und 89 Prozent aller Exporte aus.⁰⁶

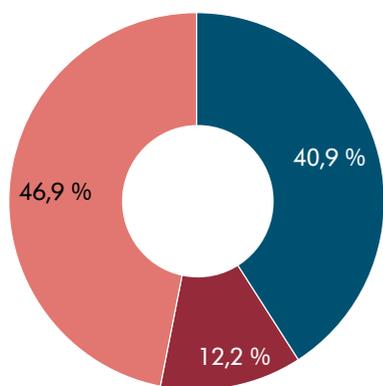
WIRTSCHAFTLICHER ZUSAMMENBRUCH

Nach über vier Jahren bewaffneten Konflikts im Land ist die ohnehin schwache jemenitische Wirtschaft fast komplett zusammengebrochen. Bereits von 2000 bis 2010 war die reale Wachstumsrate des BIP pro Kopf mit weniger

Abbildung 1: Beschäftigungsstruktur nach Sektoren



ohne Subsistenzlandwirtschaft

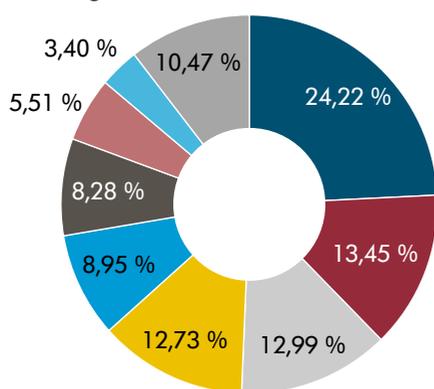


mit Subsistenzlandwirtschaft

■ Landwirtschaft ■ Industrie ■ Dienstleistungen

Quelle: Internationale Arbeitsorganisation 2015

Abbildung 2: BIP nach Wirtschaftsaktivität 2014



■ Bergbau und Rohstoffförderung ■ Immobilien
 ■ Landwirtschaft und Fischerei ■ Bau
 ■ Öffentliche Hand ■ Andere
 ■ Groß- und Einzelhandel
 ■ Transport und Lagerdienstleistung
 ■ Verarbeitende Industrie

Quelle: Yemen Central Statistical Organization 2016

als 1,5 Prozent im Jahr verhalten ausgefallen.⁰⁷ Dennoch ging das BIP pro Kopf zwischen 2011 und 2018 um durchschnittlich 8 Prozent pro Jahr weiter zurück (Abbildung 3).⁰⁸ Das bedeutet, dass der Jemen die Hälfte seines BIP pro Kopf einbüßte, das von 1334 US-Dollar 2010 auf einen geschätzten Wert von 667 US-Dollar 2018 absackte.⁰⁹

Auch wenn sich der Bürgerkrieg praktisch auf jeden Aspekt des Alltags im Jemen auswirkt – von demografischen Faktoren wie Mortalität, Fruchtbarkeit und Migration bis zu den Faktoren menschlicher Entwicklung wie Gesundheit, Bildung und Armut –, konzentriere ich mich im Folgenden auf Indikatoren wirtschaftlicher Entwicklung wie Beschäftigung, Kaufkraft, staatliche Einnahmen, Infrastruktur und Produktion.

Für den durchschnittlichen jemenitischen Bürger sind die wirtschaftlichen Auswirkungen des Bürgerkrieges besonders bei der Kaufkraft zu spüren, und das in zweierlei Hinsicht: *Erstens* macht sich die eingeschränkte wirtschaftliche Aktivität selbst bei einfachsten Erwerbsmöglichkeiten wie etwa in der Landwirtschaft bemerkbar. *Zweitens* haben sich die Güter des täglichen Bedarfs und der Grundversorgung durch die Inflation enorm verteuert. Aufgrund dieser beiden Faktoren müssen Hunderttausende jemenitische

01 Definiert als Personen, denen pro Kopf weniger als 1,90 US-Dollar am Tag als Haushaltseinkommen zur Verfügung stehen (basierend auf den Preisen von 2011).

02 Weltbank (WB), Yemen's Economic Update – April 2019, <http://pubdocs.worldbank.org/en/365711553672401737/Yemen-MEU-April-2019-Eng.pdf>.

03 Vgl. Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Human Development Indices and Indicators: 2018 Statistical Update Yemen, http://hdr.undp.org/sites/all/themes/hdr_theme/country-notes/YEM.pdf.

04 Vgl. hier und im Folgenden Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Yemen Labour Force Survey 2013–2014, Beirut 2015, www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---arabstates/---ro-beirut/documents/publication/wcms_419016.pdf.

05 Vgl. Yemen Central Statistical Organization, Gross Domestic Product Estimates 2000–2014, 20. 9. 2016, www.cso-yemen.com/content.php?lng=english&id=683.

06 Vgl. Internationaler Währungsfonds, Yemen 2014, IMF Country Report 14/276, Washington, D. C. 2014, www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2016/12/31/Republic-of-Yemen-2014-Article-IV-Consultation-and-Request-for-a-Three-Year-Arrangement-41901.

07 WB, GDP per Capita Growth (annual %) – Yemen, Rep., 1991–2018, <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.KD.ZG?locations=YE>.

08 Ebd.

09 In konstanten US-Dollar von 2010.





Arabische Halbinsel und Horn von Afrika

Orte

- über 1.000.000 Einwohner
- 500.000 – 1.000.000 Einwohner
- ⊙ 100.000 – 500.000 Einwohner
- unter 100.000 Einwohner
- Sanaa** Hauptstadt

Grenzen und administrative Gliederung

- Staatsgrenze
- ⋯ strittige Grenze
- JEMEN** Staat

Verkehr

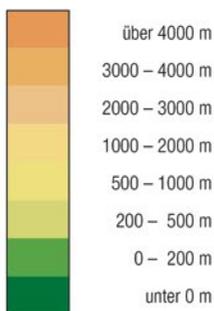
- Autobahn, Schnellstraße
- sonstige Straße
- Eisenbahnlinie

Hydrografie

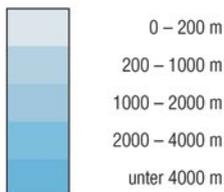
- Fluss
- Stausee, See

Relief

Landhöhen

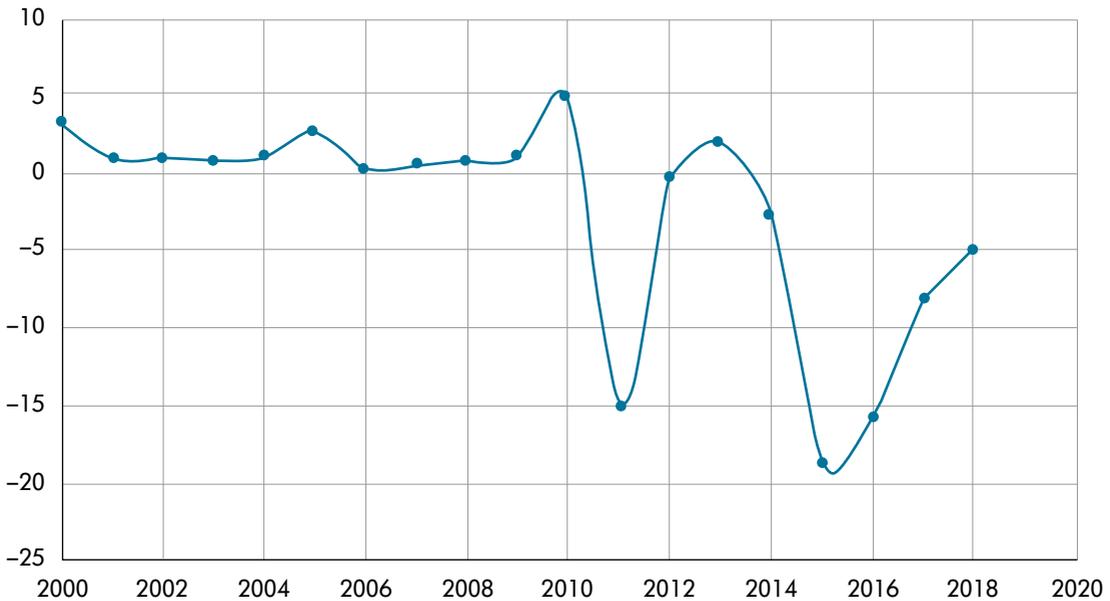


Meerestiefen



© mr-kartographie, Gotha 2020

Abbildung 3: Wachstum des BIP pro Kopf in Prozent pro Jahr



Quelle: Weltbank 2018

Bürger hungern;¹⁰ nach Einschätzung internationaler Hilfsorganisationen machen sie derzeit die schlimmste humanitäre Krise weltweit durch. Im Februar 2019 stuften die Vereinten Nationen 24 Millionen Menschen – fast 80 Prozent der jemenitischen Bevölkerung – als hilfs- oder schutzbedürftig ein, 14 Millionen wurden als akut hilfsbedürftig eingeschätzt.¹¹

HOHE EINKOMMENSVERLUSTE

Um einen Eindruck der Auswirkungen des Konflikts auf die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten zu bekommen, lohnt eine Betrachtung der Beschäftigten im Staatsdienst, in der Privatwirtschaft und in der Landwirtschaft.

Nach Angaben der jemenitischen Finanzverwaltung arbeiteten 2014 etwa 1,25 Millionen Personen für den Staat. Im September 2016 musste die Bezahlung der Staatsbediensteten aufgrund

einer Liquiditätskrise ausgesetzt werden. In den von der international anerkannten jemenitischen Regierung kontrollierten Gebieten wurde die Bezahlung von Beamten der öffentlichen Verwaltung und Militärangehörigen Anfang 2017 wieder aufgenommen.¹² Ende 2018 meldete die zuständige Behörde, dass 246 963 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes im Verlauf des Jahres regelmäßig ihre Bezüge erhalten hatten, während die übrigen 225 390 Beamten, größtenteils Lehrer und Gesundheitspersonal, nicht bezahlt worden waren, weil entweder die Mittel fehlten oder sie außerhalb der von der Regierung kontrollierten Gebiete tätig waren. Da ein Haushalt im Jemen durchschnittlich 6,7 Personen umfasst,¹³ betrifft dieser Einkommensverlust mindestens 1,5 Millionen Personen.

Zur wirtschaftlichen Situation der etwa 770 000 Militärangehörigen und Sicherheitskräfte im Jemen gibt es keine offiziellen Daten. Es ist jedoch

10 Siehe auch den Beitrag von Alex de Waal und Bridget Conley in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

11 Vgl. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs Yemen, Yemen: Humanitarian Needs Overview 2019, Dezember 2018, https://yemen.un.org/sites/default/files/2019-08/2019_Yemen_HNO_FINAL.pdf.

12 Vgl. Mansour Ali Al Bashiri, *Economic Confidence Building Measures – Civil Servant Salaries, Rethinking Yemen's Economy*, Policy Brief 11/2019, <https://sanaacenter.org/publications/main-publications/7224>.

13 Vgl. Yemen Ministry of Public Health and Population and Central Statistical Organization, *Yemen: 2013 National Health and Demographic Survey – Key Findings*, Rockville 2015, <https://dhsprogram.com/pubs/pdf/SR220/SR220English.pdf>.

allgemein bekannt, dass die Soldaten, die sich entweder den Truppen der international anerkannten Regierung oder den Huthi-Truppen angeschlossen haben, auch ihren Sold erhalten, unabhängig davon, ob sie bereits 2014 in Dienst standen oder erst nach Ausbruch des Konflikts angeheuert wurden. Es wird außerdem berichtet, dass sich viele Militärangehörige nicht den Kampfhandlungen angeschlossen haben und lieber zu Hause blieben. Diese Gruppe hat vermutlich seit September 2016 keinen Sold mehr bekommen.¹⁴

Mindestens die Hälfte der jemenitischen Staatsbediensteten wartet also seit zwei Jahren auf ihr Gehalt,¹⁵ und diejenigen, die bezahlt wurden, mussten erleben, wie ihr Verdienst aufgrund der massiven Inflation stetig an Wert verlor. Es liegen zwar keine genauen Zahlen und Untersuchungen dazu vor, doch kann davon ausgegangen werden, dass der öffentliche Dienst viele qualifizierte Mitarbeiter verloren hat, die entweder ins Ausland gegangen sind oder zu internationalen Nichtregierungsorganisationen gewechselt haben, die als einzige Arbeitgeber im Land noch Arbeitskräfte einstellen.

Die am Boden liegende jemenitische Wirtschaft hat auch für die Erwerbstätigen im Privatsektor verheerende Auswirkungen. Im August/September 2015 hatten 26 Prozent aller Unternehmen seit Beginn des Konflikts wenige Monate zuvor den Betrieb eingestellt.¹⁶ In den drei großen Städten Sanaa, al-Hudaidah und Aden war die Beschäftigung Anfang 2016 in allen Sektoren um 12,8 Prozent zurückgegangen,¹⁷ was einem Verlust von 130 000 Arbeitsplätzen entspricht. Bei der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 6,7 Personen betraf dieser Einkommensverlust 870 000 Menschen. Eine Untersuchung von 2017 zeigt, dass 83 Prozent der privatwirtschaftlichen

Unternehmen direkt oder indirekt durch den Krieg geschädigt wurden.¹⁸ Die Weltbank schätzte im Juli 2019, dass 25 Prozent der Unternehmen den Betrieb infolge des Konflikts einstellen mussten, 80 Prozent einen drastischen Umsatzrückgang verzeichnen und über 50 Prozent ihre Aktivitäten zurückschrauben mussten. Aus vielen großen wurden mittelgroße Unternehmen, aus kleinen Unternehmen wurden Mikrobetriebe. Von den Unternehmen, die den Betrieb aufrechterhalten konnten, verloren 20 Prozent zumindest einen Teil ihrer Vollzeitbeschäftigten, 27 Prozent verloren Teilzeitkräfte.¹⁹

Auch die Landwirtschaft im Jemen ist durch den Konflikt inklusive Forstwirtschaft und Fischerei erheblich beeinträchtigt. Laut Welternährungsorganisation war der Agrarsektor vor dem Konflikt für zwei Drittel der jemenitischen Bevölkerung die Haupteinkommensquelle. Genau auf diesen Sektor hat der Bürgerkrieg die massivsten Auswirkungen: 50 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten haben ihre Arbeit verloren.²⁰ So mussten etwa die Bauern in der Region Tihamma im Westen des Landes einen monatlichen Einkommensverlust von 40 bis 80 Prozent pro Haushalt verkraften.²¹

SINKENDE STAATSEINNAHMEN, STIEGENDE INFLATION

Die Staatseinnahmen sind bei Kriegsbeginn abrupt eingebrochen (*Abbildung 4*). Dieser massive Rückgang ist vor allem auf den Zusammenbruch der Erdöl- und Erdgasexporte zurückzuführen: Internationale Öl- und Gasunternehmen stellten ihre Tätigkeit nach Beginn des Krieges ein und haben sie seitdem nicht wieder aufgenommen.

14 Vgl. o. A., *Inflated Beyond Fiscal Capacity: The Need to Reform the Public Sector Wage Bill, Rethinking Yemen's Economy*, Policy Brief 16/2019, https://devchampions.org/uploads/publications/files/Rethinking_Yemens_Economy-policy_brief_16.pdf.

15 Vgl. Al Bashiri (Anm. 12).

16 Vgl. Small and Micro Enterprise Promotion Service/United Nations Development Programme, *Rapid Business Survey: Impact of the Yemen Crisis on Public Sector Activity*, November 2015, www.ye.undp.org/content/yemen/en/home/library/crisis_prevention_and_recovery/undp-smeps-rapid-business-survey.html.

17 Vgl. ILO, *Yemen Damage and Needs Assessment, Crisis Impact on Employment and Labour Market*, Beirut 2016, www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---arabstates/---ro-beirut/documents/publication/wcms_501929.pdf.

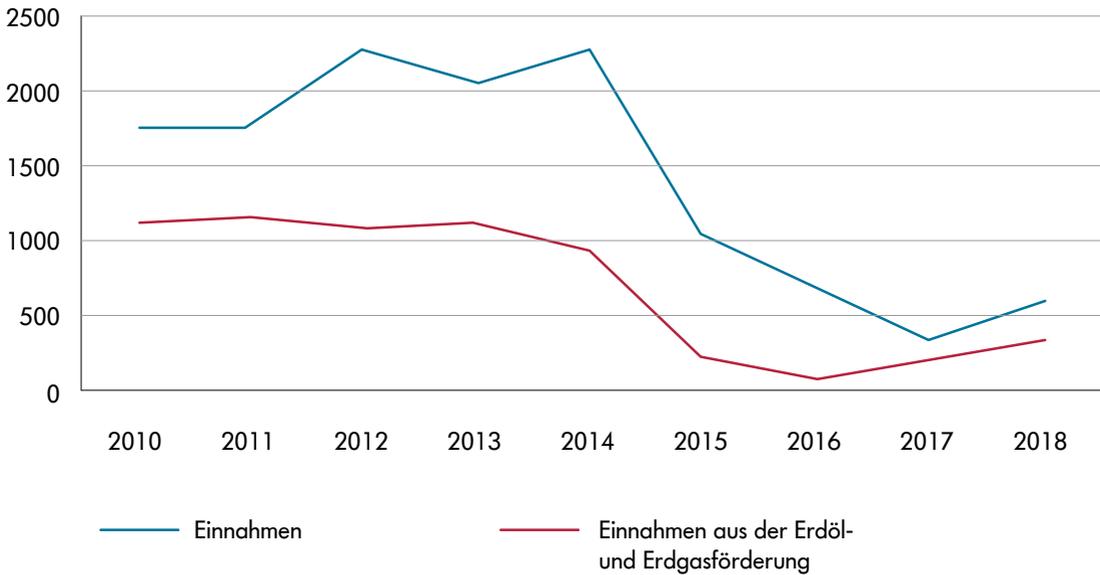
18 Vgl. Studies and Economic Media Center, *The Private Sector: War and Development Roles*, 17.7.2017, <http://economicmedia.net/?p=1443>.

19 Vgl. WB, *Yemen – Bringing Back Business Project: Risky Business: Impact of Conflict on Private Enterprises*, Washington, D.C. 2019, <http://documents.worldbank.org/curated/en/205781562185537178>.

20 Vgl. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, *Smallholder Agricultural Production Restoration and Enhancement Project*, Sanaa 2017, www.fao.org/3/a-bt085e.pdf.

21 Vgl. Flood-Based Livelihoods Network Foundation, *Food Production, Irrigation Marketing, and Agricultural Coping Mechanisms*, Briefing Note 2/2017, <http://spate-irrigation.org/wp-content/uploads/2018/02/Briefing-Note-2-%E2%80%93-Food-Security-Copy.pdf>.

Abbildung 4: Staatseinnahmen in Milliarden Jemen-Rial



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Daten des internationalen Währungsfonds

Zudem ist die Regierung aufgrund ihrer geringen Autorität in den Teilen des Landes, die nur noch nominell unter ihrer Kontrolle stehen, bei der Erhebung von Steuern stark eingeschränkt.

Die sinkenden Staatseinnahmen führten zu einem gravierenden Haushaltsdefizit, da die Regierung weiterhin Ausgaben hatte, die sich im Bereich Militär und Sicherheit erhöhten. Die jemenitische Zentralbank glich die fehlenden Steuereinnahmen durch eine Erhöhung der Geldmenge aus, wodurch wiederum die Inflation weiter angekurbelt wurde.

Der Rückgang der Öl- und Gasexporte führte außerdem zu einem akuten Mangel an ausländischen Devisen, die für die Einfuhr wichtiger Güter wie Lebensmittel, Treibstoff und Medikamente benötigt werden. Dieses Ungleichgewicht wird zusätzlich noch durch die Aufspaltung der jemenitischen Zentralbank erschwert, die von der Regierung der Republik Jemen im September 2016 nach Aden verlegt wurde, während die De-facto-Machthaber in Sanaa ihre eigene Zentralbank unterhalten. Infolgedessen ist der Devisenkurs starken Schwankungen unterworfen. Der Wechselkurs ist von 215 Jemen-Rial pro US-Dollar 2014 auf 570 Jemen-Rial pro US-Dollar im Januar 2019 gesunken.²²

²² Vgl. Ministry of Planning and International Cooperation, Yemen Social and Economic Updates, Dezember 2018.

Der Kursverlust schlägt sich auch in den enorm gestiegenen Preisen für den Großteil aller Waren nieder, vor allem für Lebensmittel. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen meldete im November 2018, dass seit Beginn des Konflikts der Preis für Weizenmehl um 130 Prozent gestiegen sei, für rote Bohnen um 163 Prozent, für Zucker um 86 Prozent und für Pflanzenöl um 75 Prozent. Die Kosten für einen Warenkorb mit Lebensmitteln waren um 127 Prozent gestiegen. Zusätzlich stieg der durchschnittliche Preis für Kochgas im November um 168 Prozent, für Benzin um 202 und für Diesel um 232 Prozent.²³

ZERSTÖRTE INFRASTRUKTUR

Die anhaltenden Kämpfe haben überall im Jemen schwere Schäden an der Infrastruktur hinterlassen. Der finanzielle Umfang der Zerstörung lässt sich nur schwer einschätzen, solange noch aktiv gekämpft wird, doch die Weltbank hat im Mai 2018 eine dynamische Schadens- und Bedarfsanalyse vorgelegt, die eine Momentaufnahme

²³ Vgl. Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, Yemen Market Watch Report 30/2018, https://fscluster.org/sites/default/files/documents/yemen_market_watch_report_-_november_2018.pdf.

me der durch den Krieg verursachten Schäden an der jemenitischen Infrastruktur bietet. Sie beziffert das Ausmaß der Schäden in 16 jemenitischen Städten auf 6 bis 7,5 Milliarden US-Dollar. Über 72 Prozent der Kosten, also insgesamt 4,5 bis 5,4 Milliarden US-Dollar, werden für die Schäden an Häusern und Gebäuden veranschlagt. Die Schäden im Gesundheitssektor, also zum Beispiel an Krankenhäusern und medizinischen Zentren, belaufen sich auf bis zu 665 Millionen US-Dollar, die Kosten im Energiesektor, also etwa an Kraftwerken und Stromleitungen, könnten bis zu 640 Millionen US-Dollar betragen.²⁴

Bei einer Umfrage zur Erfassung der Schäden in 20 verschiedenen Bezirken im Jemen wurden 2018 am häufigsten die Schäden an der Wasserversorgung genannt. Schäden an der Stromversorgung kamen an zweiter Stelle, gefolgt von Schäden an Einrichtungen zur medizinischen Versorgung sowie an Schulen und Straßen.²⁵

ZERSPLITTETERE STAATLICHE EINRICHTUNGEN

Ein besonders gravierender Effekt des Krieges besteht darin, dass die staatlichen Einrichtungen, die traditionell in Sanaa angesiedelt waren, auseinandergerissen wurden. Infolge der Bemühungen um eine Zentralisierung der politischen und administrativen Gewalt war die Mehrheit der Ministerien, unabhängigen Behörden und die Zentralbank des Landes nach der Staatsgründung 1990 in Sanaa ansässig. Kurz nach der Eroberung der Hauptstadt durch die Huthi Ende 2014 erklärte die international anerkannte Regierung Aden zur vorübergehenden Hauptstadt, und im Zuge einer Art Schneeballeffekt kam es zur Einrichtung weiterer Behörden und Ministerien in Sanaa und Aden, sodass es bald sämtliche staatliche Institutionen in doppelter Ausführung gab. Das betrifft

auch zentrale wirtschaftspolitische Institutionen wie das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium, die Steuerbehörde, die Zollbehörde, die Rechnungskontrollbehörde sowie die oberste Behörde für Korruptionsbekämpfung.

Ein offenkundiges und vielfach untersuchtes Beispiel für eine durch den Krieg zersplitterte Institution ist die jemenitische Zentralbank. Im September 2016 erteilte Präsident Abd Rabbuh Mansur Hadi die Anweisung, die Zentralbank nach Aden zu verlegen, und ernannte auch gleich einen neuen Bankpräsidenten. Das war der Auftakt für eine Bankenkrise im Jemen, die immer noch anhält.²⁶ In ihrem Verlauf entstanden zwei miteinander konkurrierende Institutionen in Sanaa und Aden mit einer jeweils eigenen Geldpolitik.

Die Folgen des Konflikts im institutionellen Bereich wirken sich auch auf lokaler Ebene wirtschaftlich aus. In den Gebieten unter der Kontrolle der international anerkannten Regierung hat sich das Kräfteverhältnis zugunsten lokaler Autoritäten verschoben, vor allem der Gouverneure. Das zeigt sich besonders deutlich in rohstoffreichen Gouvernoraten wie Marib, Hadhramaut und Schabwa oder in grenznahen Bezirken mit entsprechenden Einnahmen wie al-Mahra, wo die Gouverneure die weitgehende Kontrolle über die Einnahmen des Gouvernorats haben und diese aufgrund der Schwäche der Zentralregierung nach Gutdünken verwenden können.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

²⁴ Vgl. WB, Yemen Dynamic Damage and Needs Assessment – Phase III, Washington, D. C. 2018 (internes Dokument).

²⁵ Vgl. Tom Lambert/Afcar Consulting, Yemen Multi-Sector Early Recovery Assessment, United Nations' Emergency Employment and Community Rehabilitation Cluster, 2018, <http://earlyrecovery.global/sites/default/files/yemen-multisector-earlyrecoveryassessment.pdf>.

²⁶ Vgl. Farea Al-Muslimi, Revitalizing Yemen's Banking Sector: Necessary Steps for Restarting Formal Financial Cycles and Basic Economic Stabilization, The Sana'a Center for Strategic Studies, Februar 2019, <http://sanaacenter.org/publications/analysis/7049>.

RAFAT AL-AKHALI

ist Fellow of Practice für strategische Projekte an der Blavatnik School of Government der Oxford University, Vereinigtes Königreich. 2014/15 war er Minister für Jugend und Sport des Jemen. rafat.al-akhali@bsg.ox.ac.uk

FRONT IM REGIONALKONFLIKT

Der Jemen zwischen Iran und Saudi-Arabien

Guido Steinberg

Am 14. September 2019 schlugen 19 Drohnen und Marschflugkörper meteregenau in Lagertanks und Verteilertürme der saudi-arabischen Ölanlagen von Abqaiq und Khurais nahe der Küste des Persischen Golfs ein. Sofort brachen Feuer aus, die die beiden Anlagen zusätzlich beschädigten und die Ölproduktion Saudi-Arabiens für einige Wochen auf etwas weniger als die Hälfte verringerten. Getroffen wurden nicht nur zwei der wichtigsten Einrichtungen der saudi-arabischen Ölindustrie, sondern auch das Herz der weltweiten Ölversorgung, die mit einem Schlag um rund fünf Prozent zurückging.

Die Huthi-Rebellen aus dem Jemen bekannten sich noch am selben Tag zu dem Angriff, doch wurden rasch Zweifel an dem Bekenntnis laut. Zu anspruchsvoll schien der Angriff, als dass die jemenitische Miliz tatsächlich dafür verantwortlich sein konnte. US-Nachrichtendienste stellten außerdem rasch fest, dass die Drohnen und Cruise Missiles von iranischem Territorium gestartet waren. Neben der Tatsache, dass es sich bei dem Angriff um den vorläufigen Höhepunkt einer dramatischen Eskalation im Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien handelte, zeigte der Ablauf der Ereignisse aber doch, wie eng die Huthis 2019 mit den Iranern kooperierten. Sie bekannten sich zu einem Aufsehen erregenden Angriff, der ohne Weiteres einen US-amerikanischen Militärschlag hätte provozieren können – wahrscheinlich, weil sie es Iran ermöglichen wollten, die Urheberschaft des Anschlags abzustreiten. Dies zeigte, dass die Huthis zu einem willigen Instrument iranischer Politik geworden waren.

Saudi-Arabien hatte gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten im März 2015 einen Krieg begonnen, um das Entstehen einer „jemenitischen Hisbollah“ an seiner Südgrenze zu verhindern, wie es Politiker und Diplomaten beider Länder seitdem gebetsmühlenartig wiederholen. Doch gelang es ihnen nie auch nur annähernd, die

Rebellengruppe zu zerschlagen: Vielmehr schossen die Huthis im Laufe der Jahre Hunderte ballistische Raketen auf saudi-arabisches Territorium ab. Als diese 2018 immer häufiger abgefangen wurden, setzten die Aufständischen auf iranische Drohnen und Marschflugkörper, die schwerer aufzuhalten sind. Die Rebellen, deren Beziehungen zu Iran bis 2014 eher oberflächlich geblieben waren, waren im Laufe des Krieges zu der Bedrohung geworden, die anfänglich das wichtigste Argument für den Krieg gewesen war.

HUTHIS ERGREIFEN DIE MACHT

Die Huthis und ihr heutiger Anführer Abd al-Malik al-Huthi präsentieren sich als die Vertreter aller nordjemenitischen Zaiditen. Diese stellen zwischen 30 und 40 Prozent der jemenitischen Bevölkerung, und ihre Imam genannten Herrscher regierten den Jemen vom späten 9. Jahrhundert bis 1962.⁰¹ Die Zaiditen sind zwar Schiiten, stehen dem Sunnitentum allerdings weitaus näher als die anderen schiitischen Glaubensrichtungen. Neben sozioökonomischen Verbesserungen und mehr politischer Partizipation forderten sie bereits ab den 1980er Jahren vor allem kulturelle und religiöse Rechte ein, die sie durch die Politik der Zentralregierung gefährdet sahen. Der Grund hierfür waren Missionierungsversuche einiger von Saudi-Arabien unterstützter salafistischer Prediger und Gruppen in den zaiditischen Regionen im Norden. Die Regierung in Sanaa förderte die Salafisten, weil sie befürchtete, ihr könnte in Gestalt der führenden zaiditischen Familien politische Konkurrenz erwachsen.

Ab Ende der 1990er Jahre begannen die Huthis mit dem Aufbau einer politischen Bewegung mit eigenen Milizkräften. Zwischen 2004 und 2010 führten diese Einheiten einen Guerillakrieg gegen die Truppen des Regimes und mit ihnen verbündete Stammesmilizen, der unentschieden en-

dete, aber den Norden des Jemen verwüstete. Das Regime von Ali Abdullah Salih, der von 1978 bis 2012 regierte, stellte die Huthi-Rebellen von Beginn an als Terroristen und – mit Verweis auf ihre „schiitische“ Identität – als Agenten des schiitischen Iran dar. So falsch diese Behauptung damals auch war, gelang es dem jemenitischen Präsidenten, die saudi-arabische Führung von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Riad intervenierte im November 2009 sogar aufseiten der Regierung, es gelang aber nicht, die Huthis entscheidend zu schwächen und den Schmuggel von Waffen in ihr Gebiet zu verhindern.

2011 erreichten die Proteste des Arabischen Frühlings auch den Jemen, in deren Folge Präsident Salih im November abtreten musste. Nachdem die Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens vermittelnd eingegriffen hatten, machte Salih einer Übergangsregierung unter der Führung seines vorherigen Stellvertreters Abd Rabbuh Mansur Hadi Platz. Gleichzeitig begann im März 2012 die Nationale Dialogkonferenz, die innerhalb von zwei Jahren eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Zwar waren auch die Huthis beteiligt, doch zogen sie sich im Januar 2014 aus den Beratungen zurück. Sie hatten bereits die vorangegangenen zwei Jahre genutzt, um ihre Positionen in ihrer Heimatprovinz Saada zu konsolidieren und in umliegenden Gegenden auszubauen. 2014 gingen sie in die Offensive, indem sie zunächst die Provinz Amran einnahmen und im September auch in Sanaa einmarschierten und die Hauptstadt unter ihre Kontrolle brachten.

Die Regierung Hadi war zu diesem Zeitpunkt so stark geschwächt, dass sie sich den Huthis nicht entgegenstellen konnte. Zum einen hatte sie mit der Rücknahme von Subventionen für Treibstoff bereits im August 2014 Proteste ausgelöst, die die Huthis zur Vorbereitung der Einnahme von Sanaa nutzten. Zum anderen hatte sie kaum Kontrolle über die Sicherheitskräfte, die teilweise dem ehemaligen Präsidenten Salih gegenüber loyal geblieben waren. Dieser und die Huthis begruben 2014 ihre lange Feindschaft, sodass sich die Sicherheitskräfte den Rebellen bei der Einnahme der Stadt nicht entgegenstellten. In der Folge verbündeten sich die beiden Seiten sogar und rückten gemeinsam nach Süden vor, wo sie versuchten, Aden einzunehmen. Beide vereinte

die Feindschaft gegenüber Saudi-Arabien, die bei den Huthis zur Ideologie gehört, bei Salih aber vor allem entstand, weil er Riad für seinen Machtverlust 2011 mitverantwortlich machte. Die neue Allianz zeigte beträchtliche Stärke, denn ihre damals rund 20000 Kämpfer vereinten die kampferprobten und hoch motivierten Guerillatruppen der Huthis mit der gut ausgerüsteten und ausgebildeten Republikanischen Garde, die Salih gegenüber loyal blieb.⁰²

IRAN EXPANDIERT

Als die Huthi-Salih-Allianz Sanaa einnahm, war die Lage im Nahen und Mittleren Osten von starken Spannungen zwischen den regionalen Großmächten Iran und Saudi-Arabien geprägt. Ihr Konflikt bestimmt die Politik im Nahen und Mittleren Osten seit der Islamischen Revolution von 1979 in Iran und hat sich seit 2011 nicht nur massiv verschärft, sondern wirkt auch immer stärker auf die gesamte Region ein. Die Auseinandersetzung ist *erstens* machtpolitischer Natur, denn Iran tritt seit vier Jahrzehnten als revisionistische Macht auf, die auf eine Hegemonie am Persischen Golf und im Nahen Osten hinarbeitet, während Saudi-Arabien versucht, den Status quo zu wahren. *Zweitens* liegt auch eine weltanschauliche Frontstellung vor, denn Iran vertritt eine schiitisch-islamistische, republikanische und revolutionäre Staatsideologie, während die saudi-arabische Gesellschaftsidee sunnitisch-islamisch, monarchisch und sehr konservativ geprägt ist. Die wichtigste Ursache für die Verschärfung und Internationalisierung dieses Konflikts ab 2011 war eine Änderung in der Politik Teherans, das die Unruhen und die darauf folgende Instabilität nutzte, um seine Präsenz in der Region auszubauen.

Bis 2011 war es Revolutionsführer Ali Khamenei und dem von ihm angeführten militärisch-geheimdienstlichen Komplex in der iranischen Politik vor allem darum gegangen, einem möglichen Angriff auf Iran seitens der USA, Israels und regionaler Verbündeter durch Abschreckung zuvorzukommen. Zu diesem Zweck entwickelten die Revolutionsgarden ballistische Raketen unterschiedlicher Reichweite, die Re-

01 Siehe auch den Beitrag von Marieke Brandt in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

02 Vgl. International Institute for International Studies, *The Military Balance 2017*, London 2018, S. 412f.

gionalstaaten wie Saudi-Arabien oder Israel erreichen konnten. Im Persischen Golf und an der Straße von Hormus bereitete sich die Marine der Revolutionsgarden auf eine Art „Guerillakrieg zur See“ gegen US-Verbände und die zivile Schifffahrt vor.⁰³ Jenseits der eigenen Grenzen hatte Iran die „Achse des Widerstands“ aufgebaut, ein Bündnis, dem Syrien, die libanesische Hisbollah, schiitische Milizen im Irak, die palästinensische Hamas und der „Islamische Dschihad“ in Gaza angehörten. Als in Syrien 2011 ein Bürgerkrieg begann, in dessen Folge mit dem Assad-Regime der einzige staatliche Verbündete Teherans unter Druck geriet, ging die iranische Führung in die Offensive.

Zur Unterstützung Assads entsandte Teheran ein Expeditionskorps, das dabei helfen sollte, die Personalnot der syrischen Truppen auszugleichen. Der wichtigste Bestandteil waren Einheiten der libanesischen Hisbollah, die ihre Präsenz in Syrien ab 2011 stetig ausweiteten. Hinzu kamen schiitische Milizionäre aus dem Irak, Afghanistan und sogar Pakistan, die unter dem Kommando des Jerusalem-Korps der iranischen Revolutionsgarden kämpften. Ihr größter Erfolg war die Einnahme von Ost-Aleppo im Dezember 2016, die den Sieg des Regimes über die Aufständischen einleitete. Parallel dazu bemühten sich die Iraner um den Aufbau einer militärischen Infrastruktur, die – nach dem Vorbild des Südlibanon – eine zweite Front gegen Israel bilden sollte.⁰⁴

Ganz ähnlich ging das Jerusalem-Korps im Irak vor, wo sein Einfluss bereits seit Jahren stark war. Im Juni 2014 brachen dort die staatlichen Sicherheitskräfte im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) zusammen. Es bildete sich ein Bündnis schiitischer Milizen namens „Volksmobilisierung“, in dem iranentreue Organisationen wie Badr, Kataib Hisbollah und Asaib Ahl al-Haqq dominierten. Sie übernahmen eine wichtige Rolle im Kampf gegen die Dschihadisten, der im Juli 2017 mit der Wiedereroberung von Mossul endete. In den Folgejahren gelang es der irakischen Regierung nicht, die Kontrolle über die Milizen zu ge-

winnen; vielmehr weiteten die Iraner ihren Einfluss auf Politik und Militär im Irak aus. Viele Iraker sahen in Qasem Soleimani, dem mächtigen Kommandeur des Jerusalem-Korps, den eigentlichen Herrscher des Irak.⁰⁵

Auch im Jemen – einem Land, an dem Iran lange kein Interesse gezeigt hatte – sahen die Revolutionsgarden eine Möglichkeit, ihren Einfluss auszuweiten. Zwar waren die Voraussetzungen hier schlechter, denn die Hisbollah und die irakischen Milizen stehen der Islamischen Republik religiös und ideologisch sehr viel näher als die Huthis. Aber die Huthis hatten außer dem Ex-Präsidenten Salih – der sie immerhin sechs Jahre brutal bekämpft hatte – keine Unterstützer, worin die Iraner eine Gelegenheit sahen.

Hier spielte auch der religiöse Konflikt eine Rolle, denn der althergebrachte Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten ist seit der Islamischen Revolution 1979 und verstärkt seit dem Irak-Krieg 2003 ein wichtiger politischer Faktor in der Region. Anlass für den Ausbruch von Feindseligkeiten ist meist der Zusammenbruch von Staaten und Gesellschaften, der die Menschen zwingt, Schutz bei ihren jeweiligen Ethnien oder Religionsgemeinschaften zu suchen. Die schiitische Islamische Republik sucht und findet ihre Verbündeten aufgrund dieser Konstellation unter den Schiiten in der Region, wie der Hisbollah oder irakischen Schiitenmilizen, oder bei Gruppen, die so isoliert sind, dass sie keine andere Schutzmacht finden, wie die palästinensische Hamas. Für die jemenitischen Huthis trifft beides zu, sodass Iran sie schon vor 2014 unterstützte.

Die Waffenlieferungen nahmen jedoch parallel zum Aufstieg der Huthis 2013 und 2014 zu, und nach der Einnahme Sanaas durch die Huthis bauten die iranischen Revolutionsgarden ihre Unterstützung weiter aus. Außerdem häuften sich Hinweise, dass Hisbollah-Ausbilder den Huthis halfen, eine noch schlagkräftigere Truppe zu formen.⁰⁶ Iran lieferte auch immer mehr Raketen, mit denen die jemenitischen Rebellen begannen, Saudi-Arabien zu beschießen. Während sie in der Frühzeit vor allem Städte und Gebie-

03 Vgl. Michael Connell, *Iran's Military Doctrine*, United States Institute of Peace: The Iran Primer, 2010, <http://iranprimer.usip.org/resource/irans-military-doctrine>.

04 Vgl. Guido Steinberg, *Die schiitische Internationale: Iranentreue Milizen weiten den Einfluss Teherans in der arabischen Welt aus*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 59/2018.

05 Vgl. Dexter Filkins, *The Shadow Commander*, 23. 9. 2013, www.newyorker.com/magazine/2013/09/30/the-shadow-commander.

06 Vgl. Yara Bayoumy/Mohammed Ghobari, *Iranian Support Seen Crucial for Yemen's Houthis*, 15. 12. 2014, www.reuters.com/article/-idUSKBN0JT17A20141215.

te nahe der Grenze ins Visier nahmen, griffen sie ab Ende 2017 auch mehrfach die saudi-arabische Hauptstadt Riad an.⁰⁷ Ab 2018 mehrten sich zudem Berichte über Angriffe mittels Drohnen und Cruise Missiles, die endgültig zeigten, dass Iran hinter den Huthis stand – allein weil die Huthis nicht in der Lage sind, diese Waffen herzustellen.

SAUDI-ARABIEN INTERVENIERT

Die Feindschaft der Huthis gegenüber Saudi-Arabien hat – im Gegensatz zu deren Bündnis mit Iran – eine lange Vorgeschichte. Denn das Königreich hat das Ziel, potenzielle Gefahren für die eigene Sicherheit frühzeitig abzuwehren, und beeinflusst deshalb bereits seit Jahrzehnten die Politik des Jemen. Ein wichtiger Grund hierfür ist, dass die Bevölkerung des saudi-arabischen Südwestens enge tribale, religiöse und kulturelle Beziehungen in den Nachbarstaat unterhält. Dass diese Gegend ein Teil des Königreiches wurde, war das Ergebnis einer Eroberungskampagne, die mit dem saudi-arabisch-jemenitischen Krieg von 1934 endete. Seitdem sind sich die Herrscher in Riad der Loyalität der Bewohner des „Südens“, wie die Region im Jargon der Saudis heißt, nicht sicher und fürchten jemenitische Einflüsse.

Zwei Gründe führten trotz dieser Interessenslage dazu, dass Riad die Huthis nicht frühzeitig und entschlossen bekämpfte: *Erstens* war ihre Priorität seit 2007 der Kampf gegen die jemenitische al-Qaida. Die Organisation nahm viele saudi-arabische Kämpfer auf, die vor allem darauf zielten, den bewaffneten Kampf in ihr Heimatland zu tragen. Infolge dieser Entwicklung befasste sich das für die Terrorismusbekämpfung zuständige saudi-arabische Innenministerium ab 2007 intensiver mit der Lage in dem Nachbarland. Das eigentlich federführende Ressort in der Jemen-Politik, das Verteidigungsministerium, das auf die Bekämpfung der Huthis drängte und 2009 den kurzen Krieg gegen sie verantwortete, verlor dagegen an Einfluss. Dies führte dazu, dass der Kampf gegen die Huthis nicht oberste Priorität hatte, wie es ab 2015 wieder der Fall war.

Der bürokratische Konflikt spiegelte *zweitens* ein grundlegenderes Problem in der saudi-arabischen Führung wider. Die Machtelite in Riad war aufgrund einer Thronfolgeregelung, der zufolge der jeweils älteste Sohn des Staatsgründers ibn Saud (1880–1953) auf seinen verstorbenen Bruder folgt, schon 2007 stark überaltert und mit den Regierungsgeschäften physisch und intellektuell überfordert. Die führenden rund ein Dutzend Prinzen suchten immer wieder nach Lösungen im Konsens, was die Politik des Landes weiter verlangsamte. Amtsträger aus Nachbarländern beschwerten sich bereits seit 2005 immer häufiger über die Lähmung der saudi-arabischen Politik.

Die Situation änderte sich erst 2011/12, als in rascher Folge der Innen- und der Verteidigungsminister, die beide auch hintereinander als Kronprinzen amtiert hatten, starben und der Arabische Frühling die saudi-arabische Führung zum Handeln zwang. Das Königreich führte die Gegenrevolution an, wurde zunächst aber vor allem dort aktiv, wo es befürchtete, dass Iran die Instabilität in der Region nutzen könnte, um seinen Einfluss auszudehnen. Im März 2011 schickte es gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten Truppen und Polizei nach Bahrain, die den Sicherheitskräften dort helfen sollten, die Proteste der schiitischen Bevölkerungsmehrheit niederzuschlagen. Riad, Abu Dhabi und Manama sahen in den Demonstrationen einen iranisch angeleiteten Umsturzversuch. In Syrien ging Saudi-Arabien sogar in die Offensive, indem es sunnitische Aufständische gegen das Regime von Präsident Bashar al-Assad unterstützte. Riad ging es vor allem darum, den einzigen staatlichen Verbündeten Irans zu stürzen und durch eine prosaudische Regierung zu ersetzen – ohne Erfolg, wie sich spätestens 2016 in Aleppo zeigte.⁰⁸

Ab 2015 wurde die saudi-arabische Politik noch entschlossener, aber auch impulsiver und aggressiver. Der wichtigste Grund war die schrittweise Machtübernahme durch Mohammed bin Salman al-Saud. Dessen Vater Salman bestieg im Januar 2015 den Thron und ernannte seinen Lieblingssohn zum Verteidigungsminister. Dieser nutzte die Gelegenheit, übernahm schrittweise

07 Vgl. Shuaib Almosawa/Anne Barnard, Saudis Intercept Missile Fired From Yemen That Came Close to Riyadh, 4. 11. 2017, www.nytimes.com/2017/11/04/world/middleeast/missile-saudi-arabia-riyadh.html.

08 Vgl. Guido Steinberg, Anführer der Gegenrevolution: Saudi-Arabien und der arabische Frühling, SWP-Studie 8/2014, S. 23–26.

die Regierungsgeschäfte und schaltete seine Konkurrenten aus, bis er im Juni 2017 zum Kronprinzen ernannt wurde.⁰⁹ Seine erste wegweisende Entscheidung Anfang 2015 war die, gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten militärisch gegen die Huthis im Jemen zu intervenieren.

KRIEG IM JEMEN

In der Nacht vom 25. auf den 26. März 2015 begannen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate ihre Intervention gegen die Huthis im Jemen. Ihr Ziel war die Vertreibung der Rebellen aus der Hauptstadt Sanaa und die Wiedereinsetzung der international anerkannten Regierung von Präsident Hadi, der 2015 von Aden nach Riad geflohen war. Die Verbündeten sperrten den jemenitischen Luftraum und verhängten eine Seeblockade, um die Huthis zum Aufgeben zu zwingen.

Das größte Problem der Koalition war das Fehlen von Bodentruppen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate verfügten nicht über ausreichende eigene Kontingente, die sie hätten einsetzen können. Saudi-Arabien hatte möglicherweise gehofft, dass Ägypten oder Pakistan Militär entsenden würden, um diese Schwäche auszugleichen. Pakistan ist finanziell stark von saudi-arabischer Unterstützung abhängig, die dem Militär des Landes den Aufbau eines eigenen Nuklearprogramms ermöglichte. Ägypten hingegen erhält mehr Geld aus den Emiraten, die das Regime des ägyptischen Präsidenten al-Sisi seit 2013 mehrfach vor dem Bankrott retteten. Trotzdem weigerten sich beide Staaten, Truppen zur Verfügung zu stellen, weshalb Riad und Abu Dhabi gezwungen waren, den Mangel an Personal notdürftig durch die Rekrutierung von Söldnern auszugleichen. So entsandten der Sudan und der Senegal reguläre Truppen, für die Saudi-Arabien bezahlte.¹⁰ Die Vereinigten Arabischen Emirate schickten darüber hinaus auch eine eigene Söldnertruppe ins Feld, die seit Jahren am Golf aufgebaut worden war. Außerdem gingen die bei-

den Militärs arbeitsteilig vor: Saudi-Arabien konzentrierte sich auf Luftangriffe im Norden, während die Emirate mit Bodentruppen mehr im Südosten und Süden des Landes aktiv waren. Insgesamt zeigte sich das emiratische Militär deutlich besser vorbereitet; seine Spezialkräfte waren beispielsweise für die Einnahme von Aden im Juli 2015 verantwortlich, während ihre saudi-arabischen Waffenbrüder keine ähnlichen Erfolge vorweisen konnten.¹¹

Eine Offensive gegen das von den Huthis beherrschte jemenitische Hochland war ohne eine Verstärkung der Truppen aussichtslos. Im Laufe des Krieges versuchte Riad, das Manko durch eine intensivierte Zusammenarbeit mit der jemenitischen Islah-Partei auszugleichen. Die Partei ist ein Bündnis von Islamisten, Stammesmilizen und einigen Salafisten und war von 2011 bis 2013 der wichtigste Gegenspieler der Huthis. Sie hatte 2013 jedoch die Unterstützung Riads verloren, das sich damals entschlossen hatte, den Aufstieg der Islamisten in der arabischen Welt insgesamt zu bekämpfen. Die Schwäche des innerjemenitischen Gegners war ein Grund für den Siegeszug der Huthis 2014/15. Die Neuorientierung der saudi-arabischen Jemen-Politik stieß jedoch auf den Widerstand Abu Dhabis, das seit 2012 auf eine radikal anti-islamistische Politik setzte und jegliche Kooperation mit al-Islah ablehnte. Stattdessen bauten die Vereinigten Arabischen Emirate auf ein Bündnis süd-jemenitischer Milizen.¹²

Das Fehlen von Bodentruppen, strategische Divergenzen und die Stärke der Huthis verhinderten militärische Fortschritte. Schon Ende 2015 entwickelte sich deshalb ein militärisches Patt, das bis 2018 Bestand hatte. Die Luftangriffe verbunden mit der Seeblockade hatten vielmehr eine humanitäre Katastrophe zur Folge. Ein Grund dafür war, dass die saudi-arabische Luftwaffe ihre Ziele rasch von rein militärischen auf die gesamte Infrastruktur ausweitete, sodass Häfen, Elektrizitätswerke, Straßen und Brücken zerstört wurden. Hinzu kamen zahlreiche Angriffe auf Kranken-

09 Vgl. Ben Hubbard, *Saudi King Rewrites Succession, Replacing Heir With Son*, 31. 6. 2017, www.nytimes.com/2017/06/21/world/middleeast/saudi-arabia-crown-prince-mohammed-bin-salman.html.

10 Vgl. Emile Hokayem/David Roberts, *The War in Yemen*, in: *Survival* 6/2016, S. 157–186, hier S. 171.

11 Vgl. Eleonora Ardemagni, *The Yemeni Conflict. Genealogy, Game-Changers and Regional Implications*, *Italian Institute for International Political Studies, Analysis* 294/2016, S. 10.

12 Vgl. Ghaith Abdul-Ahad, *Yemen on the Brink: How the UAE Is Profiting from the Chaos of Civil War*, 21. 12. 2018, www.theguardian.com/news/2018/dec/21/yemen-uae-united-arab-emirates-profiting-from-chaos-of-civil-war.

häuser und weitere zivile Ziele aller Art, wie etwa Lebensmittelfabriken. Ergebnis waren eine Versorgungskrise, Hunger und die Verbreitung von Epidemien wie vor allem Cholera.

Als diese Maßnahmen die Huthis nicht zum Aufgeben brachten, begannen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im Juni 2018 einen Angriff auf al-Hudaidah. Der Hafen der Stadt ist die letzte große Verbindungslinie des jemenitischen Hochlands in die Außenwelt. Riad und Abu Dhabi könnten gehofft haben, die Huthis durch die Eroberung al-Hudaidahs zu Verhandlungen zu zwingen. Es gelang den Verbündeten zwar, in die Außenbezirke der Stadt vorzudringen, doch wuchs der internationale Widerstand. Zu groß schien die Gefahr, dass die Einnahme zu einer weiteren Verschlechterung der ohnehin katastrophalen humanitären Situation im Norden des Jemen führen würde.¹³

DIE VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE ZIEHEN AB

Es dürfte vor allem der Widerstand des US-Kongresses in Washington gewesen sein, der Riad und Abu Dhabi im Dezember 2018 bewog, einem Waffenstillstandsabkommen für die Provinz al-Hudaidah zuzustimmen. Vermittelt wurde dieses durch den Sondergesandten der Vereinten Nationen, Martin Griffiths, bei Gesprächen in Stockholm. Zwar erwies sich die Implementierung zunächst als schwierig, im Mai 2019 kündigten die Huthis aber ihren Rückzug aus al-Hudaidah an. Doch statt zu einer Beruhigung beizutragen, verschärfte sich der Konflikt erneut, als die Rebellen ihre Angriffe gegen Saudi-Arabien mit Raketen, Drohnen und Cruise Missiles wieder aufnahmen, die sie seit Ende 2018 weitgehend eingestellt hatten. Wie bedrohlich die Situation war, zeigte sich im Juni 2019, als die Huthis den zivilen Flughafen von Abha im saudi-arabischen Südwesten mit Cruise Missiles angriffen und 26 Menschen verletzten.¹⁴

In dieser Situation kündigten die Vereinigten Arabischen Emirate im Juni 2019 den Rückzug

ihrer Truppen aus dem Jemen an. Einige Beobachter interpretierten diesen Schritt als eine Reaktion auf die Situation rund um die Straße von Hormus, die sich im Mai und Juni – parallel zu den Luftangriffen der Huthis auf saudi-arabische Ziele – dramatisch verschärft hatte. Die iranischen Revolutionsgarden verübten Anschläge auf mehrere Öltanker in direkter Nähe zu den Vereinigten Arabischen Emiraten. Außerdem schoss das iranische Militär eine US-Überwachungsdrohne ab, woraufhin US-Präsident Donald Trump einen Vergeltungsschlag anordnete, kurz vor Beginn aber wieder absagte. Anhänger dieser Interpretation glaubten, dass Abu Dhabi die Truppen zurückzog, um sie im Falle einer Eskalation zum Schutz des Heimatlands einsetzen zu können.¹⁵

Es ist sehr gut möglich, dass die Eskalation am Persischen Golf ein Motiv für den emiratischen Abzug war. Hinzu kam, dass die Emirate nicht nur – wie ihre saudi-arabischen Verbündeten – auf die Zerschlagung der Huthis, sondern auch auf die Kontrolle von Häfen hingearbeitet hatten. Nach der Einnahme von Aden 2015 hatte das emiratische Militär gemeinsam mit seinen jemenitischen Verbündeten alle wichtigen jemenitischen Häfen mit Ausnahme von al-Hudaidah besetzt. Die Vereinigten Arabischen Emirate übernahmen auch die strategisch wichtigen Inseln Perim – am Eingang des Roten Meeres – und Sokotra – an der Einfahrt in den Golf von Aden. Auf der gegenüberliegenden Küste hatten sie eine Luftwaffenbasis und den Hafen von Assab in Eritrea übernommen und ihre Präsenz in Berbera in Somaliland und Bosaso in Puntland ausgebaut. Abu Dhabi zielte ganz offenkundig auf die Kontrolle des Seewegs durch den Golf von Aden in das Rote Meer.¹⁶

Im Frühjahr 2019 erreichten die Vereinigten Arabischen Emirate dieses Ziel und gaben ihre Kontrolle über die wichtigsten Häfen und Flugfelder trotz ihrer Rückzugsankündigung auch in den Folgemonaten nicht ab. Außerdem hat Abu Dhabi im Jemen starke Verbündete, die weiterhin unterstützt wurden. Die meisten von

¹³ Vgl. International Crisis Group, Yemen: Averting a Destructive Battle for Hodeida, Middle East and North Africa Briefing 59/2018, www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/yemen/b59-yemen-averting-destructive-battle-hodeida.

¹⁴ Vgl. Vivian Yee, Houthis Strike Saudi Airport, Escalating Yemen Conflict, 12.6.2019, www.nytimes.com/2019/06/12/world/middleeast/saudi-airport-attack.html.

¹⁵ Vgl. Bringing Them Home: The UAE Begins Pulling Out of Yemen, 4.7.2019, www.economist.com/middle-east-and-africa/2019/07/04/the-uae-begins-pulling-out-of-yemen.

¹⁶ Vgl. Will McEniri, The UAE's Geostrategic Plans in Yemen and the Gulf of Aden, Australian Institute of International Affairs, 21.5.2018, www.internationalaffairs.org.au/australianoutlook/the-uaes-geostrategic-plans-in-yemen-and-the-gulf-of-aden.

den Emiraten ab 2015 aufgebauten Milizen gehörten der südjemenitischen Separatistenbewegung an, die eine Abspaltung vom Norden wollten. Zu diesem Zweck bildeten sie im Mai 2017 den „Südübergangsrat“, der in Kämpfen gegen Einheiten der Hadi-Regierung die Kontrolle über die Stadt Aden übernahm. Die Regierung verfügte aber nicht über die Mittel, die von den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgestellten, ausgebildeten und ausgerüsteten Milizen des Übergangsrates aus dem Feld zu schlagen. So sorgten die Separatisten dafür, dass die Emirate auch weiterhin im Südjemen eine wichtige Rolle spielten. Außerdem zog Abu Dhabi nicht alle seine Truppen ab, sodass immer auch die Möglichkeit blieb, erneut in größerem Maßstab zu intervenieren.¹⁷

KEIN ENDE DES KRIEGES

Im Laufe des Jahres 2019 setzte Saudi-Arabien den Krieg gegen die Huthis ohne seine Verbündeten fort. Das größte Hindernis waren die stetigen Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der Hadi-Regierung und den separatistischen Gegnern im Süden. In Absprache mit den Vereinigten Arabischen Emiraten gelang es Riad jedoch, die verfeindeten Jemeniten zu einem Friedensabkommen zu bewegen, das im November geschlossen wurde. Vor der Übereinkunft zog Abu Dhabi auch seine letzten Truppen aus Aden ab, woraufhin sich die Lage dort beruhigte.

Ohne die Unterstützung der emiratischen Truppen war ein Sieg für die Saudis aber vollkommen unmöglich geworden. Dabei wurden Erfolge aus Sicht der Führung in Riad dringend notwendig, denn die Huthis bedrohten nun tatsächlich die Sicherheit Saudi-Arabiens: Im fünften Jahr des Krieges zeigten die Angriffe auf den saudi-arabischen Süden, dass aus den Huthis tatsächlich eine Art „jemenitische Hisbollah“ geworden war, vor der saudi-arabische und emiratische Offizielle immer wieder gewarnt hatten. Zudem waren die Attacken auf die Ölanlagen von Abqaiq und Khurais, die ihren Ausgang in Iran und nicht im Jemen genommen hatten, eine

Machtdemonstration der Allianz zwischen Teheran und den Huthis. Sie führten Riad schmerzlich vor Augen, wie wenig die saudi-arabische Luftabwehr den Drohnen und Marschflugkörpern ihrer Gegner entgegenzusetzen hatte.

Vieles spricht dafür, dass 2019 einen Einschnitt im Jemen-Krieg bedeutete. Der Rückzug der emiratischen Truppen aus dem Krieg gegen die Huthis, die Schwäche der Saudis angesichts der Angriffe von Iranern und Huthis und das Fehlen eines ernsthaften innerjemenitischen Gegners für die Huthis zeigen, dass es auch in absehbarer Zeit keiner Seite möglich sein wird, den Krieg für sich zu entscheiden. Dies würde vor allem angesichts der katastrophalen Lage im Land für eine Verhandlungslösung sprechen. Die Konstellation im Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran erschwert jedoch eine solche Vereinbarung: Würde Riad den Jemen-Krieg heute beenden, käme dies einer schweren Niederlage in der großen regionalen Auseinandersetzung gleich. Es ist unklar, ob die saudi-arabische Führung bereit wäre, einen solch hohen Preis für eine Beruhigung der Lage zu bezahlen. Möglicherweise spekuliert Riad noch auf den Ausbruch des Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und Iran, der die Kräfteverhältnisse im Nahen und Mittleren Osten neu ordnen würde.

GUIDO STEINBERG

arbeitet als Islamwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
guido.steinberg@swp-berlin.org

¹⁷ Vgl. Jonathan Fenton-Harvey, The UAE Still Has Military Ambitions in Yemen Despite „Withdrawal“, 8. 11. 2019, www.al-monitor.com/pulse/originals/2019/11/yemen-aden-uae-withdrawal-saudi-hadi-dispute.html.

ANSATZPUNKTE FÜR EINEN NACHHALTIGEN FRIEDEN IM JEMEN

Mareike Transfeld

Vielen Menschen im Jemen erscheint ein dauerhafter Frieden in ihrem Land unerreichbar. Seit Jahren warten sie darauf, dass UN-Verhandlungen zu einer politischen Lösung des Konflikts führen. Weite Teile der jemenitischen Bevölkerung haben den Glauben daran verloren. Doch auch ohne diese politische Lösung gibt es viele Punkte, an denen bereits jetzt angesetzt werden kann, um das Leben der Bevölkerung auf der lokalen Ebene zu verbessern und so dazu beitragen, Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen.

Ausgangspunkt für solche Überlegungen ist die Einsicht, dass binäre Erklärungen für den Konflikt im Jemen seiner Komplexität nicht gerecht werden. Weder ist es ausreichend, ihn als Stellvertreterkrieg zwischen dem sunnitischen Königreich Saudi-Arabien und seinem schiitischen Gegenspieler Iran zu sehen, noch beschränkt er sich auf die von diesen regionalen Akteuren unterstützten Konfliktparteien, der international anerkannten Regierung unter Präsident Abd Rabbuh Mansur Hadi und den Huthi-Rebellen im Norden des Landes.

Maßnahmen für einen nachhaltigen Frieden im Jemen müssen weit über ein Friedensabkommen zwischen den Hauptkonfliktparteien hinausgehen.⁰¹ Nicht nur sind die Konfliktlinien sehr viel komplexer, als diese vereinfachte Gegenüberstellung suggeriert, sondern es wirken sich auch eine Vielzahl politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktoren auf nationaler und lokaler Ebene auf die Stabilität des Jemen aus. Diese werden im Folgenden ausgeleuchtet, bevor die Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden nach Bereichen dargestellt und das Potenzial verschiedener gesellschaftlicher Akteursgruppen in diesem Zusammenhang diskutiert werden.

KOMPLEXE KONFLIKTLINIEN

Die jemenitische Gesellschaft ist durch komplexe und sich überschneidende regionale, konfessionel-

le, wirtschaftliche und demografische Unterschiede und Konfliktlinien geprägt, die sich im Laufe des Konflikts verschärft haben. Sehr viel ausgeprägter als das herkömmliche konfessionelle Erklärungsmuster sind beispielsweise regionale Identitäten. Diese wurden geformt durch ganz eigene historische Erfahrungen, durch an die jeweiligen geografischen Gegebenheiten angepasste Lebensbedingungen, durch unterschiedliche wirtschaftliche Grundlagen und Möglichkeiten oder durch konfessionelle Prägungen. Als Ergebnis ist die jemenitische Gesellschaft mit Blick auf Formen sozialer Organisation und Lebensart ausgesprochen heterogen. All diese Faktoren prägten auch die Art und Weise, wie sich der jemenitische Staat seit Beginn des aktuellen Konflikts fragmentiert hat.

Zwischen September 2014 und Februar 2015 drängten die Huthis, eine soziopolitische Bewegung aus der Grenzregion zu Saudi-Arabien, die international anerkannte Regierung unter Präsident Hadi aus der Hauptstadt Sanaa. Das Hochland im Nordwesten des Jemen ist das Kernland der Zaidiyya, eine nominell schiitische Strömung des Islam, der geschätzt 30 bis 40 Prozent der jemenitischen Bevölkerung folgen. Neben dem Bedürfnis, die eigene religiöse Identität zu schützen, war es auch die politische und wirtschaftliche Marginalisierung dieser Region nach der Revolution von 1962,⁰² die in den 1990er Jahren zur Entstehung der Huthi-Bewegung im Gouvernorat Saada geführt hat. Durch das Bündnis mit ihrem vormaligen Erzfeind, dem 2011 zurückgetretenen Präsidenten Ali Abdullah Salih, gelang es der Bewegung ab 2014, weite Teile des Nordwestens unter ihre Kontrolle zu bringen.

Im Zentraljemen weichen die Zaiditen den Schafiten, einer Strömung des sunnitischen Islam, die im südlichen Jemen und in den Küstengebieten vorherrscht. Die Unterschiede zwischen den beiden Traditionen sind minimal, und Anhänger beider Richtungen haben in der Vergangenheit gemeinsam in denselben Moscheen gebetet und un-

tereinander geheiratet. Das fruchtbare Land des Zentraljemen hat jedoch anders als im kargen, stammesorganisierten Norden Großgrundbesitzer und Bauern hervorgebracht. Nördlich der Grenze zwischen den beiden ehemaligen jemenitischen Staaten und südlich des nördlichen Hochlands hat sich also eine andere regionale Identität herausgebildet. So trafen die Huthis während ihres Vorrückens in der Stadt Taizz auf heftigen Widerstand. Dieser wurde bald von der jemenitischen Muslimbruderschaft in Gestalt der Partei al-Islah dominiert.

Auch im Süden des Jemen stießen die Huthis auf Widerstand, hier im Namen der südjemenitischen Identität. Die Stammesstrukturen im dünn besiedelten Süden sind durch koloniale Erfahrungen und die Unabhängigkeit des sozialistischen Staates Südjemen geprägt, der von 1967 bis 1990 existierte. Die starken Unterschiede zwischen dem Nord- und Südjemen wurden nach der Vereinigung der beiden Staaten 1990 nie wirklich überwunden.⁰³ Stattdessen festigte der Bürgerkrieg von 1994, in dessen Zuge der Süden versuchte, sich abzuspalten, die Dominanz des Nordens. Dennoch haben Bestrebungen nach einem unabhängigen Staat zum Teil überdauert, insbesondere bei Gruppen im urbanen Südwesten, also in Aden, anders als in den Regionen Hadhramaut und al-Mahra im äußersten Osten des Landes.

Das Patronagenetzwerk, das der ehemalige Präsident Ali Abdullah Salih geschaffen hat, um sich und sein Regime an der Macht zu halten, ist ebenfalls eine landesweite Struktur, die die Gesellschaft unterteilt – in jene Gruppen, die über Jahrzehnte Zugang zu Staatsressourcen und finanziellen Mitteln hatten, und jene, die ausgeschlossen blieben – und nach wie vor das Verhalten einiger lokaler Akteure beeinflusst. So gelang es den Huthis etwa nicht, in ihrer Allianz mit Salih das von Stammesstrukturen geprägte Gou-

vernorat Marib einzunehmen, das aufgrund seines Antagonismus zum Regime von staatlichen Ressourcen abgeschnitten war und in weiten Teilen nicht einmal über die grundlegendste Infrastruktur verfügte. Heute gilt das Gouvernorat als Kernland der international anerkannten Regierung. Im südlichen Schabwa, das hingegen eng mit dem Patronagenetzwerk Salihs verwoben war, stellten sich trotz der gemeinsamen südjemenitischen Identität lokale Kräfte auf die Seite der als nordjemenitisch verstandenen Regierung gegen den Südübergangsrat, der sich als Vertreter eines künftigen südjemenitischen Staates versteht und sich aus Anführern der südlichen Bewegung Hirak zusammensetzt.

FRIEDENSVORAUSSETZUNGEN

Staatsinstitutionen

Vor diesem Hintergrund ist die zentrale Voraussetzung für einen nachhaltigen Frieden die Bildung einer nationalen Regierung, die die verschiedenen Regionen beziehungsweise regionalen Identitäten in gleicher und fairer Weise vertritt, sodass sie von allen anerkannt wird. Vor Beginn des Huthi-Vormarsches hatte die Nationale Dialogkonferenz 2013 eine föderalistische Staatsform beschlossen, Zuschnitt und Anzahl der Regionen sowie das Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Regionen müssen jedoch noch ausgehandelt und verfassungsrechtlich verankert werden.

Zugleich muss das Funktionieren der Staatsinstitutionen gewährleistet werden, um das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat wieder herzustellen. Mit der Übernahme der Hauptstadt Sanaa und der dort ansässigen staatlichen Institutionen durch die Huthis ist das jemenitische Institutionengefüge zersplittert. Einige Strukturen wurden vollständig zerstört, andere von nichtstaatlichen Akteuren übernommen, zu wiederum anderen entstanden Parallelstrukturen, als die international anerkannte Regierung unter Präsident Hadi Aden zur neuen Hauptstadt erklärte. In weiten Teilen der Gebiete, die nominell unter der Kontrolle der international anerkannten Regierung stehen, sind Behörden zusammengebrochen.

Sowohl neue als auch alte staatliche Strukturen sind nach fast fünf Jahren Konflikt stärker auf der lokalen Ebene verankert als auf der Ebene des von Präsident Hadi verkörperten Nationalstaates. Beim erforderlichen *state building* an erster Stelle stehen sollten jene lokalen Instituti-

01 Vgl. Mareike Transfeld, Yemen. Conflict Escalation Despite UN-Mediated Power Sharing, in: dies./Muriel Asseburg/Wolfram Lacher (Hrsg.), *Mission Impossible? UN Mediation in Libya, Syria and Yemen*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Research Paper 8/2018, www.swp-berlin.org/en/publication/mission-impossible-un-mediation-in-libya-syria-and-yemen.

02 Siehe auch den Beitrag von Marieke Brandt in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

03 Vgl. International Crisis Group, *Breaking Point? Yemen's Southern Question*, Middle East Report 114/2011, www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/yemen/breaking-point-yemen-s-southern-question.

onen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, einschließlich Wasser, Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Die im Jahr 2000 eingeführten Lokalverwaltungen haben die Aufgabe, die Bedürfnisse der Bevölkerung auszuwerten und entsprechende Dienstleistungen sicherzustellen. Seit Beginn des Krieges erfüllen sie diese Funktion nicht mehr. Keiner der Akteure, die für sich beanspruchen, die Bevölkerung zu vertreten, bemüht sich derzeit ernsthaft darum, diese mit Dienstleistungen zu versorgen.

Wirtschaft

Eine weitere Grundvoraussetzung für den Frieden im Jemen ist die Stabilisierung der Wirtschaft. Die Wirtschaftskrise und die Kriegswirtschaft heizen den Konflikt weiter an, während immer mehr Familien kaum imstande sind, sich zu ernähren. Männer sehen oft keine andere Wahl, als sich der einen oder anderen Seite anzuschließen, um für ein Gehalt zu kämpfen.⁰⁴ Die jemenitische Wirtschaft war bereits vor dem Krieg die schwächste der Region und der Jemen das arabische Land mit dem niedrigsten Entwicklungsstand. Eine Kombination verschiedener Faktoren hat seit Beginn des Krieges zu einer katastrophalen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse geführt. Die Hälfte der Jemeniten haben ihr Einkommen verloren.⁰⁵

Die systematische Zerstörung der lokalen Industrie und der landwirtschaftlichen Infrastruktur durch die von Saudi-Arabien angeführte Koalition lässt nicht nur den Arbeitsmarkt schrumpfen, sondern verhindert auch lokale Produktion. Hinzu kommt, dass die Huthis sich an einer systematischen Umleitung von humanitären Hilfsgütern beteiligen, die häufig auf dem Schwarzmarkt enden. Diese Dynamik geht einher mit einer florierenden Kriegswirtschaft, an der viele bewaffnete Akteure verdienen und folglich kein Interesse an einer Beendigung des Krieges haben.

Der Umzug der Zentralbank von Sanaa nach Aden 2016 hat die Institution gespalten, ihre

Steuerungskraft geschwächt und sich weiter negativ auf die Wirtschaft des Landes ausgewirkt. Die Reserven der Zentralbank nehmen ab, gleichzeitig nimmt der Staat nach der Aussetzung der Erdöllexporte, die 40 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen, und der geringeren Unterstützung durch internationale Geber weniger ein. Der Staat konnte kaum Gehälter zahlen, wovon schätzungsweise ein Viertel der Bevölkerung betroffen ist. In der Folge verzeichnete der jemenitische Rial eine Abwertung; seit 2015 hat er mehr als 75 Prozent seines Wertes eingebüßt.

Der Verlust von Arbeitsplätzen, die Abwertung der jemenitischen Währung und die Unfähigkeit der international anerkannten Regierung, Gehälter zu bezahlen, tragen wesentlich zur humanitären Krise im Land bei. Dies betrifft Regierungsangestellte einschließlich Lehrer, Universitätspersonal, Ärzte oder Krankenschwestern, entsprechend werden Bildungs- und Gesundheitswesen immer schwächer. Lebensmittel sind zwar auf den jemenitischen Märkten erhältlich, die Menschen können sie sich aber nicht mehr leisten.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist daher ein wichtiger Ansatzpunkt mit Blick auf einen langfristigen Frieden. Auf lokaler Ebene kann dies in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und besonders im Bereich der Landwirtschaft geschehen.

Gesellschaft

Der Konflikt hat die jemenitische Gesellschaft in beispiellosem Ausmaß gespalten. Durch ein verstärktes Auftreten radikal-religiöser Gruppen, die in Moscheen versuchen, Kämpfer zu rekrutieren, sind neue konfessionelle Spaltungen entstanden und alte vertieft worden. Die bereits existierenden Differenzen aufgrund unterschiedlicher regionaler Identitäten sind im Zuge der bewaffneten Auseinandersetzungen wieder stärker hervorgetreten.

Auf lokaler Ebene sind es hauptsächlich politische Differenzen, die mangelnde Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, Treibstoff und Medikamenten sowie finanzielle Schwierigkeiten, die Konflikte in der Nachbarschaft oder in den Familien auslösen. Der Mangel an Möglichkeiten, sich einzubringen, und die Erfahrung des Krieges führen zu psychischen Problemen und Traumata. Darüber hinaus hat die anhaltende Gewalt zu Blutfehden zwischen Stämmen geführt, die eine jahrzehntelange Spirale aus Racheaktionen zur Folge haben können.

Der Vertrauensverlust zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen erschwert einen

04 Vgl. beispielsweise *Rethinking Yemen's Economy, Generating New Employment Opportunities in Yemen*, Policy Brief 8/2018, dass., *Private Sector Engagement in Post-Conflict Yemen*, Policy Brief 7/2018; Peter Salisbury, *Corruption in Yemen. Maintaining the Status Quo?*, in: Noel Brehony/Saud al-Sarhan (Hrsg.), *Rebuilding Yemen. Political, Economic, and Social Challenges*, Berlin 2015, S. 61–77.

05 Siehe auch den Beitrag von Rafat Al-Akhali in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

nationalen Konsens, eine Verständigung über eine gemeinsame jemenitische Identität, auf die sich die verschiedenen Regionen des Landes beziehen können, während zugleich ihre Individualität und ihr Wert in der Vielfalt anerkannt werden. Kurzfristig müssen daher auf lokaler Ebene Maßnahmen zur Vertrauensbildung, zur Konfliktverhütung und -lösung sowie zur Bewältigung von Traumata umgesetzt sowie Formen und Möglichkeiten der Übergangsjustiz erörtert werden.

Sicherheit und Justiz

Die Sicherheitslage unterscheidet sich von Gebiet zu Gebiet. In vielen Gegenden finden kaum oder gar keine Kämpfe statt, in anderen kommt Gewalt sehr regelmäßig vor. Die Sicherheits- und Justizinstitutionen sind fragmentiert.⁰⁶ Ihre Loyalität teilt sich zwischen verschiedenen Gruppen auf, darunter die Huthis, die international anerkannte Regierung, Milizen, Stämme, politische Parteien und der Südübergangsrat. Sie unterscheiden sich auch regional in Bezug auf ihre Funktionsfähigkeit; Rechtsstaatlichkeit wird jedoch nirgends effektiv durchgesetzt. Neben der durch den Krieg selbst verursachten Unsicherheit ist die jemenitische Bevölkerung einer zunehmenden Kriminalität ausgesetzt, die beispielsweise von bewaffneten Banden, Extremisten, Angehörigen der Streitkräfte oder entlaufenen Strafgefangenen begangen wird.

Sicherheits- und Justizinstitutionen können derzeit ihrer Verantwortung, Konflikte und Verbrechen zu lösen oder zu verhindern, nur rudimentär nachkommen. Traditionelle Konfliktlösungsmechanismen werden sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren genutzt, doch auch diese wurden durch den Konflikt zunehmend aufgeweicht. Herausforderungen auf lokaler Ebene sind die mangelnde Kooperation und Koordination zwischen sowohl staatlichen als auch nichtstaatlichen Institutionen sowie zwischen Regionen. Kriminelle wer-

den nicht systematisch verfolgt, und die Sicherheits- und Justizbehörden handeln willkürlich. Der Aufbau der Kapazitäten dieser Institutionen, insbesondere der örtlichen Polizei und der Gerichte, und die Suche nach Lösungen zur Demobilisierung informeller bewaffneter Gruppen sind daher für einen dauerhaften Frieden unabdingbar.

GESELLSCHAFTLICHE AKTEURE

Um diese Voraussetzungen für einen nachhaltigen Frieden im Jemen zu schaffen, können auf lokaler Ebene verschiedene gesellschaftliche Akteursgruppen wichtige Rollen spielen.

Zivilgesellschaft

Die jemenitische Zivilgesellschaft, hier verstanden als der Raum zwischen Regierung und politischen Parteien einerseits und sozialen Organisationen wie Stämmen und der Gesellschaft im Allgemeinen andererseits, setzt sich aus Organisationen und Wohltätigkeitseinrichtungen zusammen, die häufig extern finanziert werden, auf Spenden beruhen oder auf freiwilligem Engagement basieren. Aktivität und Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft im Jemen haben sich stets parallel zu den jeweiligen politischen Regimen entwickelt.⁰⁷ Der aktuelle Konflikt bedeutet ein Schrumpfen des Raumes für zivilgesellschaftliches Engagement: Besonders in den von den Huthis kontrollierten Gebieten sind Aktivisten Entführungen, Verhaftungen und anderen Formen der Belästigung ausgesetzt. Die Aufsichtsbehörden der Huthis erschweren es den Organisationen, ihrer Arbeit unabhängig nachzugehen.

Für die Stabilisierung des Landes spielen zivilgesellschaftliche Organisationen jedoch eine wichtige Rolle. Sie schließen Lücken, die der fragmentierte Staat insbesondere bei der Erbringung von Dienstleistungen und bei der Bewältigung der humanitären Krise nicht schließen kann. In der Tat konzentriert sich die Mehrheit der derzeit im Jemen tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf humanitäre Hilfe.

06 Vgl. beispielsweise Marie-Christine Heinze (Hrsg.), *Addressing Security Sector Reform in Yemen. Challenges and Opportunities for Intervention During and Post-Conflict*, CARPO-Report 4/2017, https://carpo-bonn.org/wp-content/uploads/2017/12/carpo_policy_report_04_2017.pdf. Eine ältere, dennoch wichtige Darstellung findet sich bei Erica Gaston/Nadwa Al-Dawsari, *Justice in Transition in Yemen. A Mapping of Local Justice Functioning in Ten Governorates*, United States Institute of Peace, 2014, www.usip.org/sites/default/files/PW99_Justice-in-Transition-in-Yemen.pdf.

07 Vgl. Laurent Bonnefoy/Marine Poirier, *Civil Society and Democratization in Yemen. Enhancing the Role of Intermediate Bodies*, Knowledge Programme Civil Society in West Asia, Working Paper 3/2009, <https://hal-sciencespo.archives-ouvertes.fr/hal-01066200/document>; Sheila Carapico, *Civil Society in Yemen. The Political Economy of Activism in Modern Arabia*, Cambridge 1998.

Im Gegensatz zu Stämmen und Milizen kann die Zivilgesellschaft eine Brücke zwischen den Menschen und dem Staat bauen und dadurch sowohl den Staat als auch die Rechtsstaatlichkeit stärken. Auf lokaler Ebene ist die Zivilgesellschaft am Puls der Zeit und kann neue Dynamiken, die den Frieden gefährden könnten, leichter erfassen als nationale geschweige denn internationale Beobachter. Der potenzielle Beitrag der Zivilgesellschaft zu einem nachhaltigen Frieden im Jemen ist beträchtlich. Doch viele zivilgesellschaftliche Organisationen müssen in ihren Kapazitäten gestärkt werden. Dies gelingt am besten durch direkte Projektunterstützung und internationalen Austausch.

Frauen

Frauen gehören zu den schwächsten Gruppen in der jemenitischen Gesellschaft. Die Rolle der Frau ist aufgrund sozialer Normen auf den privaten Bereich beschränkt, mit Hausarbeit und Kindererziehung als Hauptverantwortung. Die Benachteiligung von Frauen bei politischer Partizipation, in Gesundheit und Bildung sowie auf dem Arbeitsmarkt ist erheblich.

Nach den Kindern sind die Frauen die am stärksten vom Krieg betroffene Gruppe: Viele sind durch den Krieg zu Alleinversorgerinnen ihrer Familien geworden, während die Ehemänner oder Väter ihren Arbeitsplatz beziehungsweise ihr Einkommen verloren haben, an vorderster Front kämpfen oder in Traumata und Depressionen versinken. Frauengeführte Haushalte haben jedoch Schwierigkeiten, die Grundbedürfnisse der Familien zu befriedigen. Durch die Notwendigkeit, ein Einkommen zu erwirtschaften, hat sich der Wirkungsbereich vieler Frauen zunehmend ausgeweitet; ein Großteil der Frauen ist besonders im humanitären Bereich tätig. Während manche diese Veränderungen als positiv empfinden, da sie nun einen aktiven Beitrag zum öffentlichen Leben leisten können, bedeutet es für andere eine enorme Belastung, über ihre ursprünglichen Aufgaben im Haushalt hinaus zu arbeiten. Viele junge Frauen müssen auch ihre Ausbildung für ihre neuen Verpflichtungen opfern. Mit der neuen Entwicklung einher gehen vor dem Hintergrund zunehmender Armut und verbreiteter Traumata und Depressionen unter Männern vermehrte Fälle von Gewalt gegen Frauen sowohl im häuslichen Kontext als auch im öffentlichen Raum.

Frauen können bei der Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung gerade auf lokaler Ebene

neine zentrale Rolle spielen,⁰⁸ nicht zuletzt aufgrund ihres starken Engagements im humanitären Bereich, wo sie von Männern weniger als bedrohlich wahrgenommen werden als im politischen Bereich. Frauen vermitteln erfolgreich in lokalen und Stammeskonflikten und überwinden politische Spaltungen für humanitäre Zwecke, zum Beispiel für die Betreuung oder Freilassung von Kriegsgefangenen. Sie tragen wie keine andere Kraft in der jemenitischen Gesellschaft zum Zusammenhalt der Gemeinschaft bei und sollten daher im Mittelpunkt der Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung und Konfliktverhütung stehen.

Jugend

Zwei Drittel der jemenitischen Bevölkerung sind unter 24 Jahre alt. Es waren vor allem junge Leute, die sich 2011 an den Protesten gegen das Salih-Regime beteiligten, insbesondere aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit und Korruption. Weite Teile dieser Generation waren frustriert, da sie trotz ihrer Qualifikationen keinen Arbeitsplatz finden konnten. Durch ihr politisches Engagement erhofften sie sich mehr politische und wirtschaftliche Möglichkeiten.⁰⁹

Der Krieg stellt eine katastrophale Belastung für die jemenitische Jugend dar. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage macht politisches Engagement fast unmöglich und sorgt für zunehmende Trostlosigkeit.¹⁰ Die Gefahren des

08 Vgl. Marie-Christine Heinze/Sophie Stevens, *Women as Peacebuilders in Yemen*, Juni 2018, www.sddirect.org.uk/media/1571/sdd_yemenreport_full_v5.pdf; Marie-Christine Heinze/Marwa Baabbad, *Women Nowadays Do Anything. Women's Role in Conflict, Peace and Security in Yemen*, Juni 2017, <https://carpo-bonn.org/wp-content/uploads/2017/06/Heinze-Baabbad-Women-nowadays-do-anythingupdate.pdf>; Awfa Al Naami/Soman Moodley, *We Won't Wait. As War Ravages Yemen, Its Women Strive to Build Peace*, 30.1.2017, <http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/-620182>.

09 Vgl. Atiaf Alwazir, *Yemen's Independent Youth and Their Role in the National Dialogue Conference. Triggering a Change in Political Culture*, SWP Comment 23/2013/C 23, www.swp-berlin.org/en/publication/yemens-independent-youth.

10 Vgl. Ala Qasem, *Grasping for Hope. Yemeni Youth Struggle for Their Future*, in: *Politics, Governance, and Reconstruction in Yemen*, Project on Middle East Political Science, POMEPS Studies 29/2017, https://pomeps.org/wp-content/uploads/2018/02/POMEPS_Studies_29_Yemen_Web-REV.pdf; Mareike Transfeld, *Youth Activism in the Yemeni Civil War. Internet Mitigates Effects of Violence as Local Factors Shape Activism Scene*, Yemen Polling Center, Policy Report, Februar 2019, www.yemenpolling.org/advocacy/upfiles/YPCPublications_Youth-Activism-in-the-Yemeni-Civil-War--February-2019.pdf.

Krieges sowie der mit ihm einher gehende Mangel an Arbeits- und Bildungschancen führt bei vielen zu psychischen Problemen und Depressionen. Oft sehen sich junge Jemeniten aufgrund der wirtschaftlich desolaten Lage gezwungen, ihre Ausbildung aufzugeben, um die Eltern bei der Versorgung der Familie zu unterstützen. Viele junge Männer werden in die Arme von Milizen oder kriminellen Gruppen getrieben.¹¹

Dennoch hat ein großer Teil der jemenitischen Jugend ein großes Bedürfnis, zu Entwicklungs- und Stabilisierungsbemühungen in ihrem Land beizutragen, und in verschiedenen Städten tragen Jugendgruppen mit sicherheitsrelevanten Aktivitäten, der Unterstützung von Bildungseinrichtungen bei der Aufrechterhaltung ihres Betriebs und der Organisation kultureller Aktivitäten zu einer positiven Entwicklung bei. Gerade auf der lokalen Ebene kann die Jugend einen wichtigen Beitrag zur Konfliktbearbeitung leisten.

Medien

Die jemenitische Medienlandschaft hat sich in den vergangenen zehn Jahren erheblich verändert.¹² Vor 2011, unter dem Regime des ehemaligen Präsidenten Ali Abdullah Salih, wurden Fernseh- und Rundfunkmedien staatlich kontrolliert. Mit der zunehmenden Spannung innerhalb des herrschenden Regimes begannen die Eliten, Zeitungen zu finanzieren, die unabhängig wirkten, aber mit politischen Parteien verbunden waren. In der politischen Übergangszeit zwischen 2012 und 2014 nach der Unterzeichnung der Golfkooperationsratsinitiative explodierte die Anzahl der Rundfunk-, Print- und Onlinemedien. Trotz der neuen Freiheiten konnte sich aufgrund fehlender unabhängiger Finanzierungsquellen und professioneller Standards jedoch kein unabhängiger Qualitätsjournalismus entwickeln.

Im aktuellen Konflikt tragen Medien maßgeblich zur Vertiefung der sozialen Verwerfungen und zur Eskalation der Gewalt bei.¹³ Die

Pressefreiheit hat sich in den von den Huthis besetzten Gebieten dramatisch verschlechtert: Medien wurden mit Huthi-Personal ausgestattet, das die Linientreue der Medienberichterstattung sicherstellt. Nachrichtenagenturen, die die Huthi-Linie nicht einhielten, wurden geschlossen, Journalisten von den Huthis inhaftiert und gefoltert.¹⁴ Viele Medienunternehmen nahmen ihre Tätigkeiten von Marib aus wieder auf, wo sie begrenzte staatliche und saudische Unterstützung erhalten. Diese Unterstützung reicht allerdings nicht aus, um sie in die Lage zu versetzen, professionelle Standards zu entwickeln. In Aden ist der Freiheitsgrad der Medien im Vergleich zu dem in von den Huthis besetzten Gebieten zwar höher. Radikale nationalistische und religiöse Gruppen schränken jedoch die Meinungsfreiheit ein. Insbesondere eine Unabhängigkeit des Südens und religiöse Normen stellen rote Linien dar.

Medien können potenziell einen wesentlichen Beitrag zur Friedenskonsolidierung leisten. Sie haben nicht nur den Auftrag, konstruktiv über Politik zu berichten, sondern tragen auch zur politischen Bildung der Bevölkerung bei. Unter den aktuellen Bedingungen ist es unwahrscheinlich, dass Medien im Jemen diese Funktion erfüllen können. Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen müssten unabhängige Medien in die Lage versetzen, professionelle Standards zu entwickeln und durchzusetzen.

Dieser Beitrag ist eine Zusammenfassung des Berichts „Understanding Peace Requirements in Yemen“, der im Rahmen des im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit durchgeführten und durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierten Projekts „Forschungskoooperation zur Friedensförderung im Jemen“ im März 2019 von CARPO – Center for Applied Research in Partnership with the Orient veröffentlicht wurde.

MAREIKE TRANSFELD

ist Politik- und Islamwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Jemen und promoviert an der Berlin Graduate School Muslim Cultures and Societies. mareike.transfeld@fu-berlin.de

11 Vgl. Mareike Transfeld, *Waiting for the State, Relying on the Family. Yemen's Youth in Peril*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Februar 2018.

12 Vgl. Laura Battaglia, *Yemen, 2016–2018*, <https://medialandscapes.org/country/yemen>.

13 Vgl. Afrah Nasser, *The Yemen War, Media, and Propaganda*, 3.5.2017, www.atlanticcouncil.org/blogs/menasource/the-yemen-war-media-and-propaganda.

14 Vgl. Silvia Battaglia, *Yemen. „Nobody Is Listening to Us“*, in: *Index 2/2017*, S. 70ff.

HUNGER ALS KRIEGSWAFFE

Alex de Waal · Bridget Conley

Hunger als Kriegswaffe ist so alt wie der Krieg selbst. Fast im gesamten Verlauf der Menschheitsgeschichte wurde das Aushungern von Zivilbevölkerungen als „natürliche“ Begleiterscheinung von Konflikten abgetan oder schlicht als legitimes Mittel der Kriegsführung akzeptiert. Erst mit dem Zweiten Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen wurden 1977 erste Schritte unternommen, Hunger als Kriegswaffe zu ächten. In Artikel 14 werden das Angreifen, Zerstören, Entfernen oder Unbrauchbarmachen von „für die Zivilbevölkerung lebensnotwendigen Objekten“ untersagt – eine Kategorie, die nicht nur Lebensmittel, sondern auch Trinkwasser, Medikamente, Decken und angemessene Unterkunft umfasst.

Das Verbot bedeutete zwar nicht das Ende von Aushungerung in bewaffneten Konflikten, aber die Praxis ist als Verbrechen sichtbarer geworden. Angesichts der globalen Kapazitäten zur Ernährung von Bevölkerungen sowie zu humanitärer Hilfe im Krisenfall gibt es heute keinen Grund mehr, dass jemand auf der Welt verhungern sollte, geschweige denn ganze Zivilbevölkerungen. In den sieben Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Zahl der Menschen, die bei Hungersnöten ums Leben kommen, drastisch gesunken, und die weitgehende Eliminierung von Hungersterblichkeit gehört zu den großen Errungenschaften unserer Zeit. Seit 2011 kehrt sich der weltweite Rückgang von Hungersnöten und damit verbundener Todesfälle jedoch um. Dieser erneute Anstieg von Hungersterblichkeit ist nicht etwa auf Klima- oder Naturkatastrophen zurückzuführen, sondern auf Krieg.⁰¹

Ein Beispiel ist der Jemen: Fast fünf Jahre, nachdem Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate einen Krieg begonnen haben, um die Huthi-Milizen zu vertreiben, die die jemenitische Hauptstadt Sanaa übernommen hatten,⁰² erleiden weite Teile der Bevölkerung bittere Armut und Hunger. Ernährungssicherheits- und -bedarfsanalysen zeigen übereinstim-

mend, dass ohne internationale Hilfsmaßnahmen im Jemen eine umfassende Hungersnot herrschen würde.⁰³ Dabei illustriert die Krise im Jemen ohnehin bereits auf dramatische Weise eine Vielzahl von Hungerverbrechen unterschiedlicher Art.

HUNGERVERBRECHEN IM JEMEN

Einige Akte des Entzugs von Lebensgrundlagen für Zivilisten im Jemen sind unmittelbarer und taktischer Natur und bringen Angreifer und ihre Opfer in eine direkte Konfrontation. So verhinderten die Huthi-Milizen bei der Belagerung der Stadt Taizz, dass Lebensmittellieferungen in Viertel gelangten, in denen regierungstreue Milizen ausharrten. Nicht nur in diesem Fall blockierten beide Seiten Hilfskonvois oder stahlen Vorräte für den eigenen Bedarf. Blockaden und Diebstahl nahmen derartige Ausmaße an, dass Vertreter des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen Anfang 2019 drohten, die Hilfe einzustellen, wenn der Zugang nicht besser gewährleistet werde.⁰⁴

In anderen Fällen sind Angreifer weiter von ihren Opfern entfernt: Bei Luftschlägen durch Flugzeuge der Militärkoalition wurden Krankenhäuser, Trinkwasserbrunnen, Bewässerungsanlagen und Fischerboote zerstört.⁰⁵ Von Monitoringgruppen zusammengetragene Informationen belegen, dass es sich dabei um systematische und anhaltende Angriffe handelt und nicht um Zielfehler.⁰⁶

Diese offenkundigen Einsätze von Hunger als Kriegswaffe sind jedoch nicht der Hauptgrund für das Elend im Jemen. Die tragische Ironie ist, dass nach wie vor Lebensmittel verfügbar sind. Vor dem Krieg importierte der Jemen über 80 Prozent seiner Grundnahrungsmittel, und die kommerziellen Lebensmittellieferanten handelten gekonnt ihre Routen entlang der unruhigen Straßen des Landes aus. Mit einer einzigen Unterbrechung – die kurzzeitige vollständige Einfuhr-

blockade durch Kriegsschiffe der Koalition im November 2017 – sind die Lebensmitteleinfuhren auch während des Konflikts weitergegangen. Das Hauptproblem besteht darin, dass die Menschen es sich nicht mehr leisten können, Lebensmittel zu kaufen.

Im heutigen Jemen werden Millionen Menschen – Lehrer, Beamte der lokalen Behörden, Fabrikarbeiter oder Angestellte – häufig nicht bezahlt oder sind nicht mehr in der Lage, von ihrem Gehalt Lebensmittel zu erwerben. Verantwortlich dafür sind drei politische Entscheidungen. Zum einen beschlossen sowohl die Huthi-Machthaber, die Sanaa besetzt hielten, als auch die international anerkannte Regierung unter Abd Rabbuh Mansur Hadi, die nach Aden geflohen war, die Devisenreserven herunterzufahren, um den Krieg zu finanzieren. Das verursachte eine Inflation: Die Gehälter stagnierten, die Nahrungsmittelpreise schnellten in die Höhe. Zum anderen entschied die Zentralbank gleichzeitig, ihre Kredite an Lebensmittelimporteure zu beschränken. Dadurch waren diese gezwungen, die Preise für die Verbraucher zu erhöhen. Des Weiteren ordnete die Regierung auf Geheiß ihrer saudischen und emiratischen Schutzherrn an, die Zentralbank des Jemen vom besetzten Sanaa nach Aden zu verlegen, und setzte die Auszahlung von Gehältern an Staatsbedienstete aus. Von einem Moment auf den anderen verloren Millionen Menschen ihr Einkommen, und ihre Familien begannen zu hungern.⁰⁷ Im Gegensatz zu

einer von Dürre und Ernteausfall verursachten Hungersnot, bei der die Landbevölkerung verhungert, gerieten nun Stadtbewohner in eine extreme Notlage.

Es ist weitgehend akzeptiert, dass wirtschaftliche Strategien und Politiken, so böswillig ihre Zielsetzungen oder so verheerend ihre Ergebnisse auch sein mögen, nicht als internationale Verbrechen gelten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen können Verletzungen des Rechts auf angemessene Ernährung oder des Rechts auf Gesundheit nach sich ziehen, aber nicht vor einem internationalen Gerichtshof strafrechtlich verfolgt werden.

Dieselben Männer, die im Jemen die beschriebenen Entscheidungen trafen, ordneten militärische Angriffe auf Lebensmittellieferungen und medizinische Einrichtungen an und verhinderten so die Auslieferung lebenswichtiger Hilfsgüter. Für sich genommen ist die Entscheidung, einer Million Zivilisten ihr Gehalt nicht auszahlen, kein Kriegsverbrechen. Wenn dies aber mit unmenschlicher Konsequenz über mehr als drei Jahre andauert und parallel Angriffe stattfinden, die zweifellos als Kriegsverbrechen zu kategorisieren sind, dann fügt sich das Bild zu einem Komplott auf höchster Ebene zusammen, ein Volk durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen.

In den Monaten und Jahren nach der Verlegung der Zentralbank nach Aden müssen sich die Machthaber in Riad und Abu Dhabi ebenso wie im Jemen der verheerenden Auswirkungen ihres Wirtschaftskrieges und der Militärangriffe bewusst gewesen sein, und sie hatten alle Möglichkeiten, beides zu beenden.⁰⁸ Mehr als zwei Jahre lang weigerten sie sich jedoch, einzulenken. Erst im Dezember 2018, nachdem sie von UN-Vermittlern unter Druck gesetzt worden waren, einen massiven Angriff auf den Hafen al-Hudaida zu unterlassen, der die wichtigste Verkehrsader für Hilfslieferungen unterbrochen hätte, zeigten sie Gnade und ließen die Zügel ein wenig locker.

01 Vgl. Alex de Waal, *Mass Starvation: The History and Future of Famine*, Cambridge 2017.

02 Siehe auch den Beitrag von Marie-Christine Heinze in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

03 Vgl. Famine Early Warning Systems Network, *East Africa Food Security Outlook. June 2019 to January 2020*, Juni 2019, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/EAST%20AFRICA%20Food%20Security%20Outlook%20June%20to%20January%202020_Final.pdf.

04 Vgl. Maggie Michael, *AP Investigation: Food Aid Stolen as Yemen Starves*, 31. 12. 2018, www.apnews.com/bcf4e7595b554029bcd372cb129c49ab.

05 Vgl. Martha Mundy, *The Strategies of the Coalition in the Yemen War: Aerial Bombardment and Food War*, World Peace Foundation, Occasional Paper, 9. 10. 2018, <https://sites.tufts.edu/wpf/files/2019/11/Strategies-of-the-Coalition-in-the-Yemen-War-20181005.pdf>.

06 Vgl. ebd.; Jeffrey Stern, *From Arizona to Yemen: The Journey of an American Bomb*, 11. 12. 2018, www.nytimes.com/2018/12/11/magazine/war-yemen-american-bomb-strike.html.

07 Vgl. Farea Al-Muslimi/Mansour Rageh, *Yemen's Economic Collapse and Impending Famine: The Necessary Immediate Steps to Avoid Worst-Case Scenarios*, Sana'a Center for Strate-

gic Studies, *Yemen in Crisis Report 3/2015*; Institut de Relations Internationales et Stratégiques, *Yemen Six Month Economic Analysis: Economic Warfare and the Humanitarian Context*, Januar 2017.

08 Vgl. International Crisis Group, *Central Bank Crisis Risks Famine in Yemen*, 29. 9. 2016, www.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/gulf-and-arabian-peninsula/yemen/central-bank-crisis-risks-famine-yemen.

Die Vereinten Nationen schätzen die Zahl der Toten im Jemen seit 2015 auf 233 000, die Hälfte davon führen sie auf verunreinigtes Wasser und Schwäche aufgrund von Mangelernährung zurück.⁰⁹ Da die Machthaber auf beiden Seiten keine Erhebungen zum Ernährungszustand und der Anzahl der ums Leben gekommenen Kinder zulassen, gibt es dazu kaum konkrete Angaben. Im November 2018 schätzte die Kinderrechtsorganisation Save the Children die Zahl der an Unterernährung gestorbenen Kinder im Jemen auf 85 000 – diese ist wahrscheinlich zu niedrig angesetzt.¹⁰ Die Situation ist nach wie vor ernst: Im Oktober 2019 ging die Weltgesundheitsorganisation davon aus, dass fast 250 000 Menschen im Jemen vor dem Hungertod stehen.¹¹

Am Fall des Jemen wird deutlich, dass Massenaushungerung kein Verbrechen ist, dass im Affekt begangen oder von unberechenbaren Elementen verübt werden kann, die sich über Befehle hinwegsetzen. Um Massenhunger herbeizuführen, bedarf es vielmehr nachhaltiger Anstrengungen über Monate oder Jahre hinweg.

ZWECHE VON AUSHUNGERUNG

Aushungerung resultiert stets aus einer fatalen Kombination aus strategischen und taktischen Entscheidungen im Verbund mit besonderen lokalen Gegebenheiten und setzt sich trotz oder gerade wegen der Folgen für ganze Zivilbevölkerungen fort – so auch im Jemen. In der modernen Kriegsführung gehen die Zwecke des Einsatzes von Hunger als Kriegswaffe jedoch über das Beispiel Jemen hinaus.

Das extremste Ziel von Aushungerung ist Mord. Dieser Fall kommt selten vor und beschränkt sich meist auf das strafende Verhun-

09 Jonathan D. Moyer et al./United Nations Development Programme, *Assessing the Impact of War on Development in Yemen*, Sanaa 2019, www.undp.org/content/dam/yemen/General/Docs/ImpactOfWarOnDevelopmentInYemen.pdf.

10 Vgl. Save the Children Federation, *Yemen: 85 000 Children May Have Died from Starvation since Start of War*, 20. 11. 2018, www.savethechildren.org/us/about-us/media-and-news/2018-press-releases/yemen-85000-children-may-have-died-from-starvation.

11 World Health Organization, *Keeping Yemen from the Brink of Famine: Italy and WHO Fight Malnutrition*, 3. 10. 2019, www.emro.who.int/yem/yemen-news/keeping-yemen-from-the-brink-of-famine-italy-and-who-fight-malnutrition.html.

gnlassen von Einzelpersonen. Vielleicht am offenkundigsten kriminell ist Aushungerung, wenn sie gegen Insassen von Gefängnissen oder Lagern eingesetzt wird. Während des Zweiten Weltkrieges setzten Japaner und Deutsche sowohl Zivilbevölkerungen als auch Kriegsgefangene bei so niedrig bemessenen Lebensmittelrationen Zwangsarbeit aus, dass es einer Todesstrafe gleichkam. Unmittelbar nach dem Krieg übernahm die UdSSR diese Praxis: Ein Drittel der von den Sowjets inhaftierten Kriegsgefangenen kam ums Leben, Schätzungen zufolge 1,1 Millionen Menschen.¹²

Im großen Maßstab verübt, kann es sich um Völkermord handeln. Das diesbezüglich höchstgesteckte Ziel verfolgten die Nationalsozialisten mit dem „Hungerplan“ im Rahmen des „Unternehmens Barbarossa“ 1941, durch den 30 Millionen „nutzlose Esser“ im deutsch besetzten Polen und der Sowjetunion verhungern sollten. Zwar wurde dieses schreckliche Ausmaß nicht erreicht, es starben jedoch bis zu sechs Millionen Menschen in Kriegsgefangenenlagern, belagerten Städten und Arbeitslagern den Hungertod. Ein früherer Fall war der Genozid an den Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 unter deutscher Kolonialherrschaft im heutigen Namibia, als die aufständischen Bevölkerungsgruppen in die Wüste getrieben wurden und zwischen 40 000 und 60 000 Menschen an Hunger und Durst starben. Während des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915/16 starben mehr Menschen, über eine Million, an Hunger als bei den Massakern. Und während des „Holodomor“ 1932/33 in der Ukraine suchte Stalin ohne Zweifel eine sehr hohe Anzahl von Ukrainern dem Hungertod zu überlassen, etwa 3,3 Millionen kamen ums Leben.

Klassischerweise geht der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe wie im Fall von Taizz mit Belagerungen einher mit dem Ziel, territoriale Kontrolle ohne die Gefahren eines offenen Angriffs zu übernehmen oder einen solchen Angriff erst dann zu starten, wenn die Verteidiger durch Hunger und Krankheit gravierend geschwächt sind. Theoretisch kann eine Belagerung rechtskonform vonstatten gehen, in der Praxis ist es jedoch so gut wie unmöglich sicher-

12 Vgl. Michael Borchard, *Die Deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: Zur Politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage, 1949–1955*, Düsseldorf 2000, S. 11.

zustellen, dass Zivilisten verpflegt werden, während Soldaten Hunger leiden. Praktisch gesehen ist ein Belagerungskrieg also gemäß Genfer Konventionen unrechtmäßig. Der breitere Kontext von Belagerungen und Blockaden muss für die Beurteilung ihrer Sträflichkeit berücksichtigt werden.

Allein die beiden Weltkriege liefern anschauliche Beispiele: die Blockade Deutschlands von 1916 bis 1919, die nach dem Waffenstillstand von November 1918 andauerte, da Großbritannien Deutschland schwächen und dazu zwingen wollte, den Versailler Vertrag mit seinen harten Bedingungen zu unterzeichnen; die Leningrader Blockade durch Nazideutschland von 1941 bis 1944, bei der eine Million Menschen ums Leben kamen; die vollständige Blockade Japans 1945, als die US-Luftwaffe im Rahmen der „Operation Starvation“ Seeminen über japanischen Häfen abwarf. Zu den markantesten Fällen nach 1945 gehören die von der nigerianischen Regierung verhängte Blockade der selbsternannten Republik Biafra während des Bürgerkrieges von 1967 bis 1970; die Belagerungen von Dschuba und weiteren südlichen Garnisonsstädten durch die südsudanesischen Streitkräfte der Sudan People's Liberation Army von 1984 bis 2004; die Einkesselung von „sicheren Zufluchtsorten“ der bosnischen Regierung durch die bosnischen Serben von 1992 bis 1995; die russische Belagerung von Grosny in Tschetschenien 1999 sowie der entscheidende Angriff der Streitkräfte Sri Lankas auf tamilische Gebiete 2008/09.

Das verheerendste Beispiel einer Belagerung aus jüngerer Zeit ist die Umsetzung der Strategie „Kapitulation oder Hungertod“ der syrischen Regierung gegenüber den von Oppositionskräften gehaltenen urbanen Enklaven.¹³ Die längste davon währte von 2013 bis 2018 in Ost-Ghouta, einem Vorort der Hauptstadt. Auf dem Höhepunkt der Belagerung war der Preis für Grundnahrungsmittel in Ost-Ghouta 60 Mal so hoch wie im von der Regierung kontrollierten, wenige Kilometer entfernten Damaskus. Die 400 000 Einwohner von Ost-Ghouta wurden komplett von der Wasser- und Stromversorgung abgeschnitten, und der Handel kam zum Erliegen. Einem Offizier der Regierungsarmee zufolge hätte sie auch die Luftzufuhr gesperrt, wenn sie

dazu in der Lage gewesen wäre. Durch das Graben von Tunneln, das Hereinschmuggeln von Vorräten sowie die Zahlung exorbitant hoher Bestechungsgelder für die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln und Medikamenten konnte die belagerte Bevölkerung überleben.

Aushungerung im Rahmen von Belagerung kann auch mit dem Ziel stattfinden, ganze Bevölkerungen zu vertreiben. Vor allem in der Kolonialgeschichte gibt es viele Beispiele für den Einsatz von Aushungerung, um indigene Völker zugunsten neuer Siedler zu vertreiben, insbesondere in Nordamerika und Australien. Zu den extremsten Fällen von Zwangsumsiedlung im Verbund mit von Hunger geprägten Bedingungen in Amerika zählen der „Pfad der Tränen“ der Cherokee in den 1830er Jahren und der „Lange Marsch“ der Diné beziehungsweise Navaho zwischen 1864 und 1866. Aktuelle Fälle wurden für die somalischen Bantu dokumentiert und in Myanmar, wo die Regierung Rohingya-Städte belagern ließ. Eine Variante ist die Aushungerung mit dem Ziel, dass sich Menschen in Gebiete begeben, die unter der Kontrolle des Verursachers der Aushungerung stehen, wie es etwa die Regierung in Guatemala 1982/83 mit Blick auf indigene Gruppen verfolgte oder die indonesische Regierung von 1975 bis 1980 mit Blick auf die Bevölkerung des heutigen Osttimor.

Ein weiteres Ziel von Aushungerung kann die kollektive Bestrafung sein, wie bei den Sanktionen gegen den Irak von 1991 bis 1996, der Belagerung von Sarajevo im Bosnienkrieg von 1992 bis 1995 und der Blockade von Gaza durch Israel und Ägypten seit 2007. In diesen Fällen wurden die Einschränkungen der Warenströme jeweils so justiert, dass sie das größtmögliche Ausmaß menschlichen Leids in der Zivilbevölkerung hervorriefen, ohne jedoch ein Massensterben zu verursachen. Ziel ist es, die politische Einstellung der Bevölkerung zu ändern. Menschen müssen jedoch nicht erst verhungern, damit diese Praxis verwerflich ist und als strafbar gelten kann – der Fokus des Rechts liegt auf dem Konzept des Vorenthaltens. Solche Fälle gehen immer mit Komplikationen einher, etwa wenn Behörden, die sich im Belagerungszustand befinden, sich ungeachtet des Leids der Zivilbevölkerung weigern, nachzugeben oder die dürftigen Vorräte nach Kriterien verteilen, die nicht an Bedürftigkeit orientiert sind. Im Fall der Sanktionen gegen den Irak unter Saddam Hussein liegen

¹³ UN Doc. A/HRC/37/72.

beispielsweise eindeutige Beweise für eine erhöhte Kindersterblichkeitsrate vor, das Regime trug jedoch selbst eine Mitschuld daran, weil es entschieden hatte, wer welche lebenswichtigen Nahrungsmittel und Medikamente erhalten sollte.

Die Geschichte der Aufstandsbekämpfung liefert viele Beispiele für Aushungerung mit dem Ziel, die Zivilbevölkerung und die Widerstandskämpfer physisch oder politisch zu separieren. Während des Zweiten Burenkrieges von 1899 bis 1902, als erstmals der Begriff „Konzentrationslager“ aufkam, trieben die Briten Zivilisten in abgeschlossene Areale, in denen unhygienische Zustände und eine spärliche Versorgung mit Wasser und Nahrung rasch zu hohen Todesraten führten, um die bewaffneten Gruppen zum Aufgeben zu zwingen. Dabei kamen etwa 20 000 Buren und 12 000 Afrikaner ums Leben. Als Musterbeispiel für eine psychologische Kriegsführung gemäß der Strategie einer „Eroberung der Herzen und Köpfe“ gilt der britische Versuch, in Malaysia in den 1950er Jahren durch die strikte Kontrolle von Lebensmittellieferungen im Rahmen der „Operation Starvation“ einen kommunistischen Guerillakrieg zu unterdrücken. In beiden Fällen schrieb der Sieger die Geschichte, und erst viele Jahrzehnte später wurden die menschlichen Kosten der Aufstandsbekämpfung angemessen dokumentiert.¹⁴

Die Praxis entwickelte sich in der Geschichte der Dekolonisierung weiter und wurde zum festen Bestandteil der Aufstandsbekämpfung. Exemplarisch genannt sei hier das britische Vorgehen in Kenia gegen die Mau Mau in den 1950er Jahren, der französische Krieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Algerien von 1954 bis 1962, das portugiesische *Aldeamentos*-Programm in Mosambik während des Unabhängigkeitskrieges von 1964 bis 1973, die von beiden Seiten zu tödlichen Zwecken vorgenommenen Zwangsumsiedlungen von Zivilisten während des mosambikanischen Bürgerkrieges von 1976 bis 1992, Umsiedlungslager in Burundi während des Bürgerkrieges von 1996 bis 2000 und schließlich die Kriege im Sudan in den 1980er Jahren und in Darfur von 2003 bis 2005 sowie im Südsudan seit 2013.

¹⁴ Vgl. Douglas Porch, *Counterinsurgency: Exposing the Myths of the New Way of War*, Cambridge 2013, S. 69.

Häufig wird die zentrale Rolle von politischen Entscheidungen außer Acht gelassen, mit denen bewusst Hungersnöte hervorgerufen werden. Bestes Beispiel hierfür ist die Hungersnot in Äthiopien von 1983 bis 1985, deren Ursache seinerzeit als Naturkatastrophe deklariert wurde – als Dürre biblischen Ausmaßes. Vor diesem Hintergrund erschien der seit 1974 anhaltende Bürgerkrieg als eine bedauerliche Behinderung der internationalen Hilfsmaßnahmen. Dabei waren Aufstandsbekämpfungstaktiken ausschlaggebend dafür, dass die Bewohner einer ohnehin rauen Umgebung massenhaft vom Hungertod bedroht wurden: Das Epizentrum der Hungersnot in Nordäthiopien war exakt das Gebiet, in dem die Militärregierung von Präsident Mengistu Haile Mariam ihre nachhaltigsten militärischen Offensiven durchführte. Dabei wurden riesige Ackerflächen niedergebrannt und dem örtlichem Handel und der Arbeitsmigration strenge Beschränkungen auferlegt. Die Luftwaffe bombardierte systematisch Marktplätze, sodass Märkte notgedrungen – wenn überhaupt – nachts stattfinden mussten. Die Agrarwirtschaft geriet in eine Krise, der Handel mit Lebensmitteln kam zum Stillstand, und die Menschen verhungerten.¹⁵ Verschlimmert wurde das Leid durch ein Zwangsumsiedlungsprogramm, bei dem Zehntausende Bewohner der Gebiete, in denen Aufständische operierten, gewaltsam zusammengetrieben und in den Süden des Landes gebracht wurden, wo sie Hunger litten und keinen Zugang zu medizinischer Versorgung hatten. Als direkte Folge starben mindestens 80 000 Menschen an Krankheit, Nahrungsmittel- und Wassermangel oder weil angemessene Unterkünfte oder für den Anbau von Feldfrüchten benötigte Werkzeuge sowie Saatgut fehlten.

Armeen lassen nicht nur „feindliche“ Bevölkerungen hungern, sondern verursachen mitunter auch Hungersnot auf der eigenen Seite. So lebten in allen vorindustriellen Staaten Heere üblicherweise auf Kosten der Landbewohner, indem sie sich von den Dorfgemeinschaften verpflegen ließen. Als Reaktion auf die Beschwerden seitens der Bauern über in ihrem Dorf einquartierte Truppen bemerkte im 19. Jahrhundert der äthiopische Kaiser Theodor II. kurz und

¹⁵ Vgl. Alex de Waal, *Evil Days: Thirty Years of War and Famine in Ethiopia*, New York 1991, S. 211.

bündig: „Soldaten essen, Kleinbauern liefern.“¹⁶ Aber noch im Zweiten Weltkrieg wurden japanische Truppen zu den Inselgruppen von Indonesien und den Philippinen mit Essensrationen für die ersten Tage geschickt, danach sollten sie sich, so der Befehl, Proviant bei den jeweiligen lokalen Bevölkerungen besorgen. Ähnlich gelagert ist der Fall der Hungersnot in Bengalen von 1943 im britisch regierten Indien. Dabei verlagerte die Politik der „Profitinflation“ die Bürde der Kriegskosten von der britischen auf die indische Bevölkerung – auf Kosten von mindestens 2,5 Millionen Menschenleben.

Die verheerendsten Fälle von Massenverhuntern im 20. Jahrhundert gingen jedoch weniger mit Krieg als solchem einher als mit imperialen Eroberungen oder totalitärer Herrschaft und resultierten aus umfassenden gesellschaftlichen Transformationen – etwa im Zuge der zwangsweisen wirtschaftlichen Neuausrichtung der kolonialen Ökonomien an den wirtschaftlichen und politischen Zielen der jeweiligen Metropole oder im Rahmen planwirtschaftlicher Reformen wie die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion ab 1929¹⁷ oder der „Große Sprung nach vorn“ in China.¹⁸

SCHLUSSBETRACHTUNG

In der Geschichte der modernen Kriegsführung hat Aushungerung vielen Zwecken gedient und sich als mächtige und oft tödliche Kriegswaffe erwiesen. Einige Hungerverbrechen sind klar umrissen, etwa die Entrechtung von Kriegsgefangenen oder die fortwährende Belagerung einer einzelnen Stadt wie Sarajevo in den 1990er Jahren. Andere sind komplexer, und es spielen neben ökonomischen und Umweltfaktoren auch politische Entscheidungen eine Rolle, sowohl militärische als auch wirtschaftliche.

Wer den Einsatz von Hunger als Kriegswaffe unterbinden oder zumindest die Folgen für seine Verursacher verschärfen will, muss sich der Herausforderung stellen, einzelne Handlungen in ihrem größeren Kontext zu analysieren. Hunger

¹⁶ Zit. nach Donald Crummey, *Banditry and Resistance: Noble and Peasant in 19th Century Ethiopia*, in: ders. (Hrsg.), *Banditry, Rebellion and Protest in Africa*, London 1986, S. 142.

¹⁷ Vgl. etwa Sarah Cameron, *The Hungry Steppe: Famine, Violence, and the Making of Soviet Kazakhstan*, Ithaca 2018, S. 5.

¹⁸ de Waal (Anm. 1), S. 77.

kann eine starke Waffe für Kriegsparteien sein, die oft genau wissen oder schnell lernen, dass ihre Entscheidungen schweres Leid und Sterben in der Zivilbevölkerung verursachen. Zustände wie im Jemen stellen eines der aktuellsten und furchtbarsten Beispiele dar. Vor dem Hintergrund der historischen Fälle betrachtet, kann Massenaus-hungerung als das bezeichnet werden, was es ist – ein Krieg gegen Zivilisten.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

ALEX DE WAAL

ist Exekutivdirektor der World Peace Foundation und Forschungsprofessor an der Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University in Somerville, USA.

alex.deWaal@tufts.edu

BRIDGET CONLEY

ist Forschungsdirektorin der World Peace Foundation in Somerville, USA.

bridget.conley@tufts.edu

Unterwegs und überall.

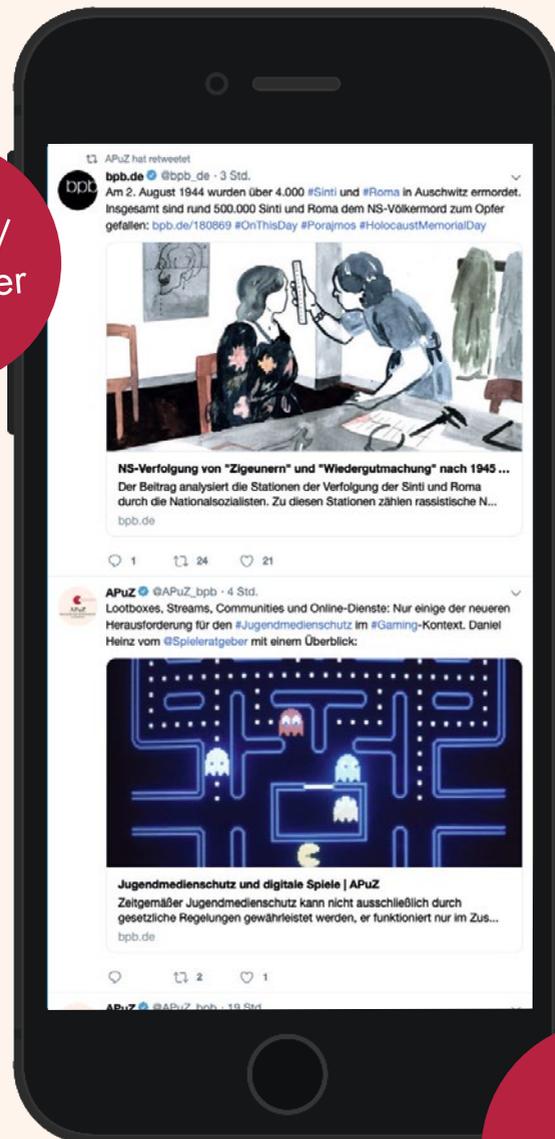
APuZ als E-Book oder PDF herunterladen
und in über 500 Ausgaben lesen, suchen, markieren ...

bpb.de/
shop/apuz



Immer informiert.

Bestellen Sie den APuZ-Newsletter
oder folgen Sie uns auf Twitter!



Der Newsletter informiert Sie etwa 30 mal im Jahr per E-Mail über die Beiträge der aktuellen Ausgabe sowie über kommende Themenschwerpunkte, den jährlichen „Call for Papers“ und Veranstaltungen.

Auf Twitter meldet sich die Redaktion zu tagesaktuellen Themen mit Links zu Beiträgen aus der APuZ und dem Netzwerk der Bundeszentrale für politische Bildung.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



APuZ

Nächste Ausgabe
4-5/2020, 20. Januar 2020

1945

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Dezember 2019

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz